

**Einbeziehung von Migrantenvereinen,  
-initiativen und -selbstorganisationen in  
stadtteilbezogene Handlungsstrategien**

Dokumentation der Zielgruppenkonferenz  
für Quartiersmanager/innen am  
25. und 26. Mai 2005

## **Impressum**

Herausgeber:  
Regiestelle E&C der Stiftung SPI  
Sozialpädagogisches Institut Berlin  
„Walter May“  
Nazarethkirchstraße 51  
13347 Berlin  
Telefon 0 30. 457 986-0  
Fax: 0 30. 457 986-50  
Internet: <http://www.eundc.de>

Ansprechpartnerin/Redaktion:  
Petra Dinkelacker

## **Inhalt:**

- 4 Vorwort**  
Petra Dinkelacker, Regiestelle E&C
- 5 Integration von jungen Migranten und Migrantinnen; Gemeinsame Handlungsfelder von Jugendmigrationsdiensten und Quartiersmanagern**  
Angelika von Heinz
- 10 Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik**  
Claudia Walther
- 16 Migrantenorganisationen unter Berücksichtigung ihres Integrationspotentials**  
Uwe Hunger
- 19 Einbindung von Migranten/innen und Migrantenorganisationen in operative Projekte der Stadt Frankfurt**  
Helga Nagel
- 24 Partizipation von Migranten/innen und Migrantenvereinen im Stadtteil**  
Alp Otman
- 30 Migrantenvereine und -selbstorganisationen als Partner für das Berufliche Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten (BQN) in Essen**  
Ina Wolbeck
- 32 Strategien eines interkulturellen Quartiersmanagements**  
Dieter Filsinger
- 41 Zusammenarbeit mit Moscheevereinen**  
Reinhard Fischer
- 45 Wohnen in Nachbarschaften – Projektentwicklung mit Migranten/innen**  
Heike Binne
- 49 Imageverbesserung, Sauberkeit und Sicherheit im Quartier Borsigplatz – Gemeinsame Interessen und kleinster gemeinsamer Nenner als Grundlage für eine erfolgreiche Stadtteilarbeit**  
Mike Ndambuki
- 54 „Imece“ – Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren türkischsprachiger Bewohner/innen**  
Emine Basaran
- 56 Teilnehmer/innenliste**
- 59 Programm**

## Vorwort

Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist eine bedeutende strategische Zukunftsaufgabe, die zentral verantwortet, aber lokal gelöst werden muss. Migration ist kein zeitlich befristetes Phänomen und auch kein randständiges Thema bestimmter „Problemgruppen“, sondern berührt zahlreiche Politikfelder. Städtische Integrationspolitik muss als kommunale Querschnittsaufgabe angegangen werden und unterschiedliche Akteure einbinden.

Migration und Integration bilden deshalb einen entscheidenden Schwerpunkt der Programmplattform E&C. Insbesondere die Frage der Einbindung von Migrantinnen und Migranten in die Strategien der Stadtteilentwicklung und die Entwicklung von partizipativen Konzepten der Jugendhilfe wurden in der Programmgestaltung der Regiestelle E&C durch Expertisen, Newsletter und Konferenzen aktiv unterstützt und begleitet.

Dabei kristallisierte sich heraus, dass die Verständigung mit Migrantenorganisationen und der Aufbau interkultureller Kommunikation und Kooperation eine der schwierigsten Aufgaben in der Stadtteilentwicklung ist. Andererseits bieten sich hierüber wichtige Ansatzpunkte, um Problemlagen zu verringern.

Viele Migrantenorganisationen üben eine wichtige Integrationsfunktion aus und nehmen eine Vermittlerrolle zwischen den Zugewanderten und den deutschen Bewohnern/innen wahr. Auf kommunaler und lokaler Ebene gibt es immer mehr Beispiele erfolgreicher Kooperation von Verwaltungen, Bildungsträgern und Akteuren der Sozialen Arbeit mit Migrantenorganisationen, wie z. B. im Bildungs- und Ausbildungsbereich, im Bereich der Gesundheitsförderung oder der Sprachförderung.

Auf der Zielgruppenkonferenz „Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen und -selbstorganisationen in stadtteilbezogene Handlungsstrategien“, die im Mai 2005 stattfand, tauschten sich über 50 Quartiersmanager/innen aus den E&C-Gebieten mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Verwaltung über mögliche Konzepte aus und nutzten die Gelegenheit, Beispiele guter Praxis kennen zu lernen.

Im Mittelpunkt der Tagung standen folgende Fragen:

- Haben Migrantenorganisationen im Integrationsprozess eher eine integrative oder eher eine segregierende Wirkung?
- Welche Konzepte und Formen der Vernetzung von Organisationen der Migranten/in-

nen mit der Kommunalverwaltung und den sozialen Diensten bestehen und sind erfolgreich?

- Wodurch kann die Einbeziehung von Migrantenorganisationen erreicht werden und was sind hierbei förderliche Faktoren und Hemmnisse?
- Wo liegen die Schnittstellen zwischen Jugendmigrationsdiensten und Quartiersmanagern/innen?
- Welche Schritte sollten bei der Stadtteilentwicklung berücksichtigt werden, damit die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten Anerkennung durch die einheimische Bevölkerung findet?

In vertiefenden Arbeitsgruppen wurden am Beispiel bestehender Integrationspraxis gemeinsam Handlungsempfehlungen entwickelt und erfolgreiche Strategien zur systematischen Einbindung von Migrantenvereinen und -organisationen in die Stadtteilarbeit diskutiert.

Von herausgehobenem Interesse in der Diskussion waren Strategien, die ein interkulturelles Quartiersmanagement anwenden muss um sicherzustellen, dass Integrationspolitik nicht „für“ sondern „mit“ Migranten/innen erfolgt und Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen eingebunden werden. In der Praxis zeigt sich, dass die Partizipation von Zuwanderergruppen und auch von Einheimischen eine Schlüsselfrage für den Erfolg der Integrationspolitik ist. Die Einbindung von Migrantenorganisationen spielt hierbei eine wichtige Rolle. Darüber hinaus ist die Verankerung der Integrationspolitik als „Chefsache“ und die Sensibilität von Politik und Verwaltung für das Thema Migration eine wesentliche Voraussetzung, um Partizipation und damit auch Integration sicher zu stellen.

## Integration von jungen Migranten und Migrantinnen, gemeinsame Handlungsfelder von Jugendmigrationsdiensten und Quartiersmanagern und -managerinnen

In den Grundsätzen zur Arbeit der Jugendmigrationsdienste (JMD) ist ausgeführt, dass die Zusammenarbeit der Jugendmigrationsdienste mit den Migrantenselbstorganisationen von großer Bedeutung ist. Wir sind der Ansicht, dass ohne eine gezielte Zusammenarbeit aller Akteure Integration nur schwer möglich ist und genau diese Zusammenarbeit ist heute auch Ihr Thema: dass und wie Sie als Quartiersmanager/in mit den Vereinen und Organisationen von Migrantinnen und Migranten zusammenarbeiten können und sollen.

Mein Beitrag zu diesem Thema ist insofern inhaltlich etwas eingegrenzter, als sich der Aufgabenbereich der Jugendmigrationsdienste auf die jungen Neuzuwanderer/innen bis zum Alter von 27 Jahren bezieht, während das Quartiersmanagement mit allen, auch den erwachsenen Migranten/innen, zu tun hat.

Bevor ich auf die gemeinsamen Handlungsfelder von Jugendmigrationsdiensten und Quartiersmanagern/innen näher eingehe, möchte ich Ihnen gerne drei Fragen stellen und Sie bitten, diese durch Handzeichen ganz ehrlich zu beantworten.

1. Wem von Ihnen ist die Einrichtung der Jugendmigrationsdienste von Ihrer Tätigkeit her allgemein bekannt? Es sind fast alle.
2. Wer kennt die Mitarbeiter/innen des Jugendmigrationsdienstes, die in seinem Quartier zuständig sind für die Eingliederung der jungen Neuzuwanderer/innen? Das sind schon sehr viel weniger.
3. Wer von Ihnen hat schon mal persönlich Kontakt aufgenommen mit diesem ihm bekannten Jugendmigrationsdienst? Ja, das sind fast gleich viele, aber auch keine überwältigende Anzahl.

Ihre Meldungen zeigen mir, dass mein heutiges Thema als eine Voraussetzung für Ihre weitere Arbeit durchaus von Bedeutung ist und dass die nächste Tagung, die im Rahmen des E&C - Programms am 20. Juni geplant ist, zu der dann sozusagen die Gegenseite – die Vertreter/innen der Jugendmigrationsdienste – eingeladen und mit dem E&C - Programm näher bekannt gemacht werden, eine gute Ergänzung sein wird.

### Integration durch Jugendmigrationsdienste

Entsprechend Ihren Antworten setze ich im Wesentlichen voraus, dass Ihnen bekannt ist, was ein Jugendmigrationsdienst ist.

Herr Brocke von der Stiftung SPI hat in seiner Einführung soeben gesagt, Integration sei ein sperriger, ein schwieriger Begriff. Ich möchte ihn daher gerade für die jungen Neuzugewanderten konkreter definieren und eingrenzen. Die jungen Neuzuwanderer/innen und zwar geht es hier um die nicht mehr Schulpflichtigen, die keine Einbindung in einen Schulorganismus und damit auch kein anderweitiges „Auffangbecken“ für ihre Integration haben, weil kein/e Lehrer/in, in guten Fällen vielleicht sogar ein/e Schulsozialpädagoge/in, für sie zuständig ist. Es geht um diejenigen, die die Schule im Herkunftsland praktisch abgeschlossen haben, die noch nicht so weit in ihrer Ausbildung sind, dass sie direkt in einen Beruf gehen können oder, weil sie hier keine Arbeit finden, auf die verschiedenen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit angewiesen sind.

Für diese jungen Leute kommt es darauf an, in unserer Gesellschaft nicht nur beruflich integriert zu werden. Das ist natürlich der wesentliche Teil der Integration, denn wer sein Geld selbst verdienen kann und dadurch an der Gesellschaft teilhaben kann, ist schon sehr, sehr weit.

Aber das ist nicht alles und deswegen geht die Arbeit der Jugendmigrationsdienste noch darüber hinaus. Es geht nämlich hier auch um die gesellschaftliche Integration. Das heißt vor allem, den jungen Zuwanderern/innen die Möglichkeit zu eröffnen teilzuhaben: am Wohnumfeld, an Vereinen, an alledem, was das Quartier für junge Menschen bieten kann, wenn sie die Wege dahin kennen, auch wenn es notwendig ist, ihnen die Wege dahin etwas zu ebnen. Denn wenn man die Sprachkenntnisse erst im geringen Maße hat und aus einer doch sehr anderen Herkunftskultur kommt, dann ist es nicht einfach, alleine irgendwo zu einem Sportverein zu gehen und zu sagen, nehmt mich auf, ich möchte hier mitmachen. Da gibt es viele, viele Barrieren und gerade auch dafür, diese Barrieren niedriger zu machen oder gar zu beseitigen, sind die Integrationsbegleiter/innen der Jugendmigrationsdienste da. Es geht in der Arbeit der Integrationsbegleiter/innen um Ermöglichung von Partizipation und Herstellung von Chancengleichheit. Auf diese beiden Begriffe möchte ich, gerade in Bezug auf die Integration von jungen Menschen, sehr stark fokussieren.

Wie haben wir uns das gedacht? Wir haben

im letzten Jahr zum 1. Januar 2004 zum ersten Mal verbindliche Arbeitsgrundsätze für die Jugendmigrationsdienste, die vorher Jugendgemeinschaftswerke hießen, aufgeschrieben und zwar in ganz enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendsozialarbeit, um sofort die Sicht der Praxis mit zu berücksichtigen und nicht vom grünen Tisch aus Vorschriften zu erlassen. Ziel war es, mit den Praktikern/innen gemeinsam allgemeine Standards festzulegen, nach denen die Arbeit verbindlich an allen Standorten erfolgen soll. Das war vorher sehr freibleibend, hing oftmals von der Person ab, die den Jugendmigrationsdienst geleitet hat. Der/die eine hatte mehr Spaß an Gruppenarbeit, an Freizeiten, an Festen, andere waren schon von vorne herein entsprechend des sogenannten Case-Management verfahren. Die Arbeit wurde also in jedem Migrationsdienst anders gehandhabt und wir wollten nicht, dass es weiterhin so personenabhängig ist, wie ein junger Mensch hier integriert wird. Entsprechend haben wir Standards festgelegt, nach denen die Arbeit in jedem Jugendmigrationsdienst erfolgen soll und diese in den Grundsätzen festgeschrieben.

Diese Grundsätze wurden noch ergänzt durch Rahmenkonzepte, in denen die einzelnen Arbeitsbereiche der Jugendmigrationsdienste genauer dargestellt werden, und die Sie auf der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter dem Oberbegriff „Jugendabteilung / Integration“ finden können.

### **Zielgruppe der Jugendmigrationsdienste**

Zur Historie der Jugendmigrationsdienste muss ich noch kurz ergänzen: Erst seit 2001 wurden die damaligen Jugendgemeinschaftswerke als Anlaufstelle für alle jungen Zuwanderer/innen geöffnet. Vorher war der Aufgabenbereich im Wesentlichen beschränkt auf die Gruppe der Spätaussiedler/innen. Die einheimischen Jugendlichen sollten in die Arbeit schon immer einbezogen werden und wenn Jugendliche, die keinen Spätaussiedlerstatus hatten, dazu kamen, wurden auch die nicht abgewiesen. Über 50% der Zielgruppe musste aber der Gruppe der Spätaussiedler/innen angehören. Diese Vorgabe ist mit der Öffnung völlig entfallen. Der Arbeitsbereich der Jugendmigrationsdienste bezieht sich seither auf alle jungen Migranten/innen. Dass sich diese Öffnung in der praktischen Arbeit niederschlägt, ist aber eher ein langwieriger Prozess. Im Moment betreuen die Jugendmigrationsdienste in ihrer Arbeit einen Anteil von 27% junger Ausländer/innen. Die Spätaussiedler/innen stellen also immer noch die Hauptgruppe der Betreuten.

### **Integrationsbegleitung – Neuerungen und Inhalte der Arbeit der Jugendmigrationsdienste**

Gerade im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgesetz wird sich das aber nun schneller ändern, weil nunmehr die Jugendmigrationsdienste auch zuständig sind für die sozialpädagogische Begleitung der jungen Menschen in den Integrationskursen. Das Zuwanderungsgesetz, das am 01.01.2005 in Kraft getreten ist und dem die Grundsätze der Jugendmigrationsdienste auch noch einmal angepasst wurden, sieht vor, dass alle Neuzuwanderer/innen gleichermaßen den Anspruch auf einen Integrationskurs haben. Die Angebote an sozialpädagogischer Betreuung, die früher auf der Grundlage der Richtlinien für den Garantiefonds – Schul- und Berufsbildungsbereich – für die jungen Spätaussiedler/innen, Asylberechtigten und Kontingentflüchtlinge möglich waren und jetzt zum Ende April endgültig ausgelaufen sind, werden nun auf alle Migranten/innen ausgedehnt. Allerdings gibt es bisher noch wenig jugendspezifische Integrationskurse. Diese sind zwar in der Integrationskursverordnung vorgesehen, die Ausgestaltung liegt bisher aber noch relativ frei in der Verantwortung der Sprachkursträger. Diejenigen Träger, die früher Garantiefondskurse gemacht haben, besitzen Erfahrungen und wissen, wie ein jugendspezifischer Kurs aussehen muss. Zusätzlich wird daher das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg (BAMF) bis zum Herbst noch Rahmenbedingungen und ein Curriculum für jugendspezifische Integrationskurse entwickeln. Damit wird es einfacher werden, die rein jugendspezifischen Kurse auch zu begleiten und auszuwerten. Im Garantiefonds wurde die sozialpädagogische Betreuung mit einer halben bis zu einer ganzen Sozialpädagogenstelle pro Kurs gefördert. Das Zuwanderungsgesetz sieht die sozialpädagogische Begleitung der Kurse nicht mehr vor, daher musste ein Ersatz geschaffen werden. Wir haben nun versucht, mit den Jugendmigrationsdiensten diese Begleitung einigermaßen sicherzustellen. Das Ganze ist aber noch eine Frage des personellen Ausbaus und der Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel. Dieses Jahr konnten wir für den personellen Ausbau 3,5 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Das entspricht ungefähr 85 neuen Stellen bei den Jugendmigrationsdiensten, befristet auf ein Jahr, mit denen die Kursbetreuung durch sog. mobile Berater/innen sichergestellt werden soll.

Wie Sie den Grundsätzen für die Arbeit der Jugendmigrationsdienste entnehmen können, haben wir als Zielmarke einen Betreuungsschlüssel von 1:75 – ebenso wie die Arbeitsagenturen für die Jobcenter – vorgesehen.

Diesen Schlüssel werden wir noch lange nicht überall erreichen. Im nächsten Jahr müssen wir sehen, dass wir die befristete personelle Erweiterung stabilisieren und vielleicht noch weiter ausbauen können. Dazu müssen wir auch beobachten, wie das Zuwanderungsgesetz in den einzelnen Regionen wirkt, an welchen Standorten genügend junge Leute zusammenkommen, damit es überhaupt jugendspezifische Integrationskurse gibt und dies auch die Einrichtung oder den dauerhaften Ausbau eines Jugendmigrationsdienstes rechtfertigt.

Wenn in einer Region, wie es vor allem in den neuen Bundesländern der Fall ist, im Jahr 3, 4 oder im Höchstfall 20 junge Neuzuwanderer/innen ankommen, ist es sehr schwer zu rechtfertigen, dafür einen eigenen Jugendmigrationsdienst an jedem Ort aufrecht zu erhalten. In diesem Zusammenhang ist unser Ziel, wenigstens das Angebot in den neuen Bundesländern nicht abzubauen, sondern das bestehende Angebot zu erhalten. Damit ist die Flächendeckung einigermaßen gegeben. Das Angebot dort weiter auszubauen, wäre von den Zahlen her nicht zu rechtfertigen.

### **Individuelle Integrationsbegleitung**

Wer neu ins Land kommt, braucht eine ganz individuelle, auf ihn zugeschnittene Begleitung, deshalb richten wir uns mit dieser Begleitung vorrangig an die jungen Neuzuwanderer/innen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geht bei der Erwachsenenmigrationsberatung von einer Dauer von max. drei Jahren aus. Bei den Vorgaben für die Jugendmigrationsdienste haben wir eine solche Frist nicht gesetzt. Die Begleitung während der Integrationsphase wurde zeitlich nicht begrenzt, sondern orientiert sich daran, wie lange der junge Mensch braucht, bis er soweit integriert ist, dass er seine Belange selbständig regeln kann. So lange darf der Jugendmigrationsdienst weiter für ihn tätig sein.

Die individuelle Begleitung in Form von Case-Management, wie sie in den Grundsätzen festgeschrieben ist, ist das eigentlich Neue. Das bedeutet, der/die Mitarbeiter/in des Jugendmigrationsdienstes soll nicht wie bisher alle erforderlichen Angebote, wie beispielsweise Freizeitveranstaltungen, selbst durchführen. Das ist zu personalaufwendig. Es geht vielmehr darum, die jungen Menschen anzuleiten und in die entsprechenden Angebote zu vermitteln, die es in den meisten Regionen bereits gibt. Dazu muss der/die Case-Manager/in zunächst feststellen, was der junge Mensch an Fähigkeiten mitbringt und welche Wünsche er hat. Gemeinsam mit ihm muss ein Integrationsplan entwickelt werden. Voraussetzung für diesen Prozess ist Vertrauen. An dieser Stelle bereits

von Integrationsverträgen zu sprechen oder von den jungen Menschen zu fordern, einen verbindlichen Plan zu unterschreiben, halte ich für keine gute Regelung, da dies zu diesem Zeitpunkt eine Überforderung für ihn darstellen könnte. Vielmehr sollte es vorrangig darum gehen, gemeinsam mit ihm einen passgenauen Integrationsplan zu entwickeln. Der/die Mitarbeiter/in des Jugendmigrationsdienstes ist in der Folgezeit dazu da, die Abwicklung und die Erfüllung dieses Plans zu begleiten und an allen wichtigen Schnittpunkten zu prüfen, ob die Umsetzung gelingt und der junge Mensch die festgelegten Ziele erreicht.

### **Schnittstellen der Integrationsbegleitung**

Eine wichtige Schnittstelle ist der Integrationskurs, der für die meisten nicht mehr schulpflichtigen Neuzuwanderer/innen gesetzlich vorgeschrieben ist. Für die Spätaussiedler/innen wurde gesetzlich lediglich ein Anspruch auf den Integrationskurs festgeschrieben, aber wer nicht ausreichend Deutsch kann, wird sicher auch gerne diesen Anspruch wahrnehmen. Rechtzeitig vor dem Ende des Integrationskurses sind die Weichen zu stellen, wie es danach weiter gehen soll. Und an dieser Schnittstelle, kommt es wesentlich auf die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen an, die mit der Einführung des SGB II neu geschaffen wurden, ebenso wie mit den Stellen, die nach dem SGB III zuständig sind.

Wir haben das Pech, dass ausgerechnet an einem Tag, dem 1. Januar 2005, sowohl das SGB II, als auch das Zuwanderungsgesetz in Kraft getreten sind. Beide Gesetze bringen große Neuerungen mit sich, die noch nicht wirklich miteinander verzahnt verlaufen. Da haben wir einen Berg Arbeit vor uns und ich hoffe, dass es uns bald gelingt, mehr Klarheit zu schaffen. Heute Nachmittag findet die erste Arbeitssitzung der interministeriellen Arbeitsgruppe Integration statt. Dort ist ein Tagesordnungspunkt die Verknüpfung von SGB II und SGB III mit dem Zuwanderungsgesetz. Das heißt ganz konkret, wie und an welchen Punkten muss der Jugendmigrationsdienst mit den Akteuren/innen der ARGE, also gemeinsam mit der Arbeitsagentur und der Kommune oder mit der Kommune allein, wenn es eine bestellte Kommune ist, zusammenarbeiten. Ziel kann es doch nicht sein, dass die jungen Menschen entweder von zwei Integrationsplänen überzogen werden, da dies zum einem im SGB II gesetzlich festgeschrieben ist und zum anderen aber auch in den Arbeitsgrundsätzen der Jugendmigrationsdienste verankert ist. Oder umgekehrt, dass z. B. die Arbeitsagentur oder die ARGE davon ausgeht, dass der Jugendmigrationsdienst für diesen jungen Menschen zu-

ständig ist und keinen Integrationsplan erstellt und letztendlich ist dann vielleicht keine Stelle mehr zuständig. Das sind die beiden extremen Möglichkeiten, die unbedingt durch klare und möglichst bundeseinheitliche Empfehlungen verhindert werden sollen.

Da Kenntnisse über den Arbeits- und Ausbildungsmarkt oder die Arbeitsvermittlung stärker im Verantwortungsbereich der ARGE/Arbeitsagenturen verortet sind, sollte es nach meiner Auffassung vorrangige Aufgabe des Jugendmigrationsdienstes sein, den jungen Menschen dorthin zu vermitteln, ihn während Qualifizierungsmaßnahmen eher locker zu begleiten und zu überprüfen, ob er an den Maßnahmen der Jobcenter oder der Arbeitsagentur teilnimmt. Zum Ende der Maßnahme sollten die Mitarbeiter/innen des Jugendmigrationsdienstes wieder stärker in die Verantwortung für den gesamten Eingliederungsprozess eintreten. Zum Beispiel ist dann zu überprüfen, was die Maßnahme nach SGB II/III gebracht hat und welche weiteren Schritte notwendig sind. Diese Form der Begleitung kann sich durchaus über einen längeren Zeitraum hinziehen, bis der junge Mensch tatsächlich den Ausbildungsplatz oder den Beruf gefunden hat, mit dem er dann integriert hier leben kann.

#### **Weitere Aufgaben der Jugendmigrationsdienste**

Eine weitere Möglichkeit, wenn auch eher nachrangig und nur, soweit Zeit und Personal es zulassen, sind Gruppenangebote der Jugendmigrationsdienste. Diese sind einerseits als vertrauensbildende Maßnahme ganz wichtig, andererseits bieten sie auch die Gelegenheit, mehr junge Menschen gleichzeitig zu erreichen und den Kreis der Teilnehmer/innen auch auf einheimische Jugendliche auszuweiten. Denn Integration im luftleeren Raum ohne das Umfeld mit einzubeziehen, hat keinen Sinn. Gerade die Gruppenangebote bieten eine gute Möglichkeit, alle jungen Menschen aus dem Quartier einzubeziehen und hierdurch vielleicht auch Freundschaften zu fördern. Vielleicht gelingt es sogar, dass einheimische Jugendliche junge Neuzuwanderer/innen als Pate annehmen oder sie unterstützen und z.B. in einen Sportverein einführen.

Die Jugendmigrationsdienste haben noch eine ganze Reihe weiterer Aufgaben. Sie stehen z.B. auch jungen Menschen mit Migrationshintergrund zur Verfügung, die schon länger im Lande sind. Immer dann, wenn integrations- oder migrationsbedingt eine Krisensituation entsteht, die durch einen Regeldienst, der vielleicht die Kenntnisse über das Herkunftsland oder die Sprachkenntnisse nicht hat, nicht allein zu lösen ist. Wenn z.B. ein Schulpflichti-

ger in der Schule nicht mitkommt, weil er die Sprache nicht kann oder türkische Eltern ihren Töchtern das Leben ungeheuer schwer machen und ihnen beispielsweise nicht erlauben, mit zum Schulausflug zu gehen, dann kann der Jugendmigrationsdienst auch für diese Klientel tätig sein. Das betrifft im wesentlichen Schüler/innen von 12 bis 16 Jahren.

Wesentliche Aufgabe als Voraussetzung für das Case-Management ist die Netzwerkarbeit. Und das ist der Punkt, an dem die Zusammenarbeit gerade auch die Quartiersmanager/innen betrifft. Für eine gute Integrationsarbeit sind Netzwerke unabdinglich. Viele Akteure/innen müssen zusammenwirken, damit Integration gelingt und im Stadtteil sind Sie als Quartiersmanager/in ein wesentlicher Bestandteil des Netzwerkes.

Deswegen mein dringender Appell an Sie, wenn sie noch kein/e Partner/in im Netzwerk sind, was ich mir kaum vorstellen kann, dann kümmern Sie sich darum. Wenn in Ihrem Netzwerk der Jugendmigrationsdienst nicht vertreten sein sollte, dann sprechen Sie ihn an. Aus unserer Statistik haben wir entnommen, dass weit über die Hälfte, also ca. 280 Jugendmigrationsdienste (von zur Zeit insgesamt ungefähr 360) entweder Teil eines Netzwerkes sind oder es sogar selbst initiiert haben und dafür federführend tätig sind. Insofern ist ein wirklich hoher Anteil der Jugendmigrationsdienste bereits mit anderen Diensten und Akteuren vernetzt, aber es gibt immer noch welche, die nicht dabei sind und die müssen dringend dazu bewegt werden, wenn sie es nicht von sich aus in Angriff nehmen.

Und der letzte Punkt, der aus meiner Sicht sehr wesentlich ist, weil er uns hoffentlich eines Tages dahin führt, dass wir nicht mehr so viele Spezialdienste brauchen, ist die interkulturelle Öffnung aller Regeldienste. D. h., dass die Mitarbeiter/innen der Jugendmigrationsdienste ihre Erfahrungen, die sie in der Arbeit mit jungen Menschen aus allen Herkunftsregionen gesammelt haben, an die Regeldienste weitergeben. Mit ihren vielfältigen Sprachfähigkeiten und Kenntnissen, die viele Mitarbeiter/innen auch durch den eigenen Migrationshintergrund haben, können sie Fortbildungen anbieten für die Mitarbeiter/innen des Jugendamts, des Sozialamts oder auch beispielsweise der Drogenberatung und sich an weitere „Regelspezialdienste“ wenden, die neben der Integrationsbegleitung weiterhin gebraucht werden. Ein Jugendmigrationsdienst kann selbst keine Drogenberatung anbieten, aber er kann dafür sorgen, dass die Drogenberatung am Ort auf die Belange von Migrantinnen ausgerichtet wird. Ich glaube, dass die interkulturelle Öffnung der Regeldienste, eine der



langwierigsten Aufgaben ist, welche die Mitarbeiter/innen der Jugendmigrationsdienste auf sich nehmen müssen. Wie diese Aufgabe mit dem im Moment noch nicht ausreichenden Personalbestand zu bewältigen ist, kann ich noch nicht abschätzen.

Soweit meine Ausführungen, die Ihnen einen ungefähren Überblick darüber geben sollten, was ein Jugendmigrationsdienst leisten soll.

#### **Dokumentation der anschließenden Diskussion:**

*Frage:* Sie sagten, dass die Abstimmung des Zuwanderungsgesetzes mit den Vorgaben des SGB II und SGB III erst jetzt erfolgt. Warum ist das nicht schon vorher passiert? Vor Ort haben wir seit dem 01.01. nämlich riesige Probleme damit.

*Angelika von Heinz:* Es ist doch eigentlich immer so, dass man erst in der Praxis merkt, woran es fehlt, und ein Gesetz zu machen und alle Eventualitäten dabei zu bedenken, ist ungeheuer schwierig. Das Zuwanderungsgesetz hat einen langen Weg gehabt und viel Zeit bei der Abstimmung gebraucht. Es ist aber weit vor dem SGB II entwickelt worden und die Abstimmung der verschiedenen Maßnahmen, die hat damals leider niemand mit berücksichtigt. Inzwischen ist aber ein großes Problembewusstsein vorhanden. Ich glaube, dass die Jugendmigrationsdienste in ihrer Arbeit relativ weit sind, dass aber die ARGE'n noch sehr auf dem Weg sind und das müssen wir bei der Umsetzung einfach berücksichtigen. Unser Ziel ist es, im Laufe dieses Jahres die Umsetzung zumindest mit Empfehlungen bundesweit so zu unterstützen, dass keine so gravierenden Probleme mehr entstehen.

*Frage:* Ihre Angebote beziehen sich auf die jungen Menschen mit Migrationshintergrund die integriert werden können. Aber wie wollen Sie denn minderjährige Flüchtlinge motivieren, die jahrelang um ihren Aufenthaltsstatus kämpfen?

*Angelika von Heinz:* Das ist ein ganz eigenes Problem. Wir sind nur zuständig für junge Zuwanderinnen und Zuwanderer mit einem dauerhaften Aufenthaltsstatus oder einer dauerhaften Aufenthaltsperspektive, d. h., dass sie mindestens für ein Jahr ein Aufenthaltsrecht haben. Wir dürfen im Moment nicht diejenigen integrieren, von denen erwartet wird, dass sie wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Das ist im Moment leider noch die Politik. Sie wissen, dass es viele gibt, die in eine andere Richtung arbeiten, die diesen jungen Menschen auch behilflich sind. Das sind ganz sicher die Träger

der Jugendsozialarbeit, das ist auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, die dafür einen eigenen Arbeitskreis hat und es sind viele andere, wie z.B. der Verein für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, sie alle sind für diese jungen Menschen tätig, sorgen dafür, dass die Betroffenen möglichst in allen Ländern die Schulpflicht absolvieren können, aber eine wirkliche Integrationsleistung dürfen wir nur für diejenigen erbringen, die dauerhaft hier bleiben.

*Frage:* Wir haben konkret ein Netzwerkprojekt mit Eltern und da zeigt sich ganz offensichtlich, dass man für das Case-Management eigentlich die Familie als Case betrachten muss. Es wäre ganz wichtig, wenn man die Hilfen dann sehr konzentriert auf die ganze Familie anwenden könnte.

*Angelika von Heinz:* Der Jugendmigrationsdienst hat die Möglichkeit, Gruppenangebote für die Elternarbeit vorzusehen. Es ist so, dass wir die Eltern der jungen Leute unbedingt einbeziehen wollen, um sie zum Sprachkursbesuch oder zur Ausbildung zu motivieren oder auch um den Eltern das Bildungssystem in Deutschland zu erläutern. Für die Betreuung und Begleitung einer Familie, vor allem mit kleineren und schulpflichtigen Kindern, ist eher der Migrationserstberatungsdienst der Wohlfahrtsverbände zuständig. Denn wenn es z.B. 27-jährige Eltern mit kleinen Kindern betrifft, dann ist das Angebot des Jugendmigrationsdienstes, der vielleicht im wesentlichen Jugendsozialarbeit für junge, zum Beispiel männliche Spätaussiedler macht, eine besondere Art der Betreuung. Fragestellungen, die eine junge Familie betreffen, stellen eine ganz andere Thematik dar. Wenn es um solche Fragen für nicht mehr schulpflichtige junge Zuwanderer/innen geht, dann ist der Erwachsenenmigrationdienst die bessere Anlaufadresse. Und damit dann auch durchaus für die ganze Familie. Das war auch bisher so.

#### **Angelika von Heinz**

Referat Integration

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn

Ref. 505, Integration

Rochusstr. 8-10

53123 Bonn

Fon: 018885552445

Email: [angelika.vonheinz@bmfsfj.bund.de](mailto:angelika.vonheinz@bmfsfj.bund.de)

## Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik – Präsentation des Wettbewerbs

Am 19. April 2005 hat die Jury des Wettbewerbs „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“ die Preisträger-Kommunen ausgewählt. Der Wettbewerb wurde durch das Bundesministerium des Innern und die Bertelsmann Stiftung durchgeführt.

### Ziele des Wettbewerbs und Auswahl der Preisträger

Eine primäre Fragestellung des Wettbewerbs war und ist es, wie das Thema Integration von Zuwanderern/innen „raus aus der Nischenpolitik“ geholt werden kann. Integration soll nicht länger von einer oder einem gutwilligen sogenannten Ausländerbeauftragten in einer Fachabteilung des Sozialreferates im Alleingang behandelt werden, sondern von der gesamten Kommune als das angegangen werden, was es wirklich ist: eine der wichtigsten strategischen Zukunftsfragen und eine Herausforderung für jede Stadt und jeden Kreis.

Ziele des Wettbewerbs sind darüber hinaus: Einen Reformimpuls für mehr Effizienz und Nachhaltigkeit im kommunalen Integrationsprozess zu setzen, Qualitätskriterien kommunaler Integrationsarbeit zu erarbeiten, eine Kritische Analyse derzeitiger Integrationspraxis vorzunehmen und vor allem partizipativ ausgerichtete und nachhaltig wirkende Beispiele kommunaler Integrationspolitik zu identifizieren. Diese sollen in einer Publikation mit Best Practice-Beispielen und Handlungsempfehlungen veröffentlicht und allen Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Als Preisträger des Wettbewerbs hat die Jury folgende Kommunen ausgewählt:

- als Großstadt: Stuttgart
- als mittlere Stadt: Solingen
- im ländlichen Raum: die Gemeinde Belm und den Kreis Hersfeld-Rotenburg

Bei der Auswahl hat es sich die Jury nicht leicht gemacht. Gerade im Bereich der Großstädte gab es ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Die Kommunen haben zudem einen jeweils spezifischen Ansatz gewählt, der zu ihrer spezifischen Situation passt. Dennoch lassen sich Erfolgskriterien herausfiltern, was hier noch am Beispiel der jeweiligen Kommune erläutert werden wird.

### Zeitplan

Im September 2004 haben sich 107 Kommunen aus dem gesamten Bundesgebiet an dem Wettbewerb beteiligt. Die 11 köpfige Jury<sup>1</sup> unter Vorsitz von Dr. Lale Akgün (MdB), ehemalige Leiterin des LZZ NRW, wählte aus den Wettbewerbskommunen folgende 23 Kommunen für die 2. Runde aus: Arnsberg, Belm, Berlin – Bezirk Lichtenberg, Bremen, Darmstadt, Dresden, Erfurt, Essen, Frankfurt a.M., Hamm, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Kyritz, Kreis Mettmann, München, Nürnberg, Osnabrück, Rheine, Saarbrücken, Solingen, Stuttgart, Viernheim, Vogtlandkreis und Werdohl. Diese Kommunen hatten die Gelegenheit, ihre Bewerbung bis Anfang Januar 2005 zu vertiefen. Vom 21. Februar bis zum 11. März 2005 fand die Bereisung der 15 Kommunen, die sich in der Endrunde befanden, durch die Jury, gemeinsam mit der Arbeitskommission des Bundesministerium des Innern und der Bertelsmann Stiftung statt, um Einblicke in die Integrationspraxis der Kommunen zu gewinnen. Die Auswahl der Preisträger wurde in der abschließenden Jury-Sitzung am 18. April 2005 vorgenommen. Die Preisverleihung fand am 13. Juni 2005 in Berlin statt.

Die Publikation mit Best Practice Beispielen die im Anschluss erstellt wird, erscheint voraussichtlich im Dezember 2005.

### Kriterien für die Bewertung

Der Fragebogen des Wettbewerbs wurde auf Grundlage eines im Rahmen eines Expertenhearings erarbeiteten Kriterienkatalogs entwickelt, der folgende Kapitel umfasst:

1. Darstellung von Erfolg und Wirkung der Integrationspolitik
2. Integration als kommunale Querschnitts- und Gesamtsteuerungsaufgabe
3. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung
4. Evaluation und Controlling

Die genauen Kriterien bzw. Fragen sind der Projekt-Website [www.erfolgreiche-integration.de](http://www.erfolgreiche-integration.de) zu entnehmen.

Zu 1.:

Unter dem Kapitel Erfolg und Wirkung der Integrationspolitik hatten die Kommunen die Gelegenheit, die Geschichte ihrer Integrationspolitik, ihr eigenes Profil und die erzielten Erfolge aus ihrer Sicht darzustellen. Diese Darstellung des Erfolges zeigte sich als vielleicht schwierigste Aufgabe. Denn zum einen ist eine quantitative Messung des Erreichten nicht immer möglich, zum anderen hat die Notwendigkeit einer Erfolgsmessung und -darstellung sich im Bewusstsein der Kommunen noch nicht überall durchgesetzt. Unserer Meinung jedoch ist dies eine Herausforderung von zunehmender Bedeutung, da die Öffentlichkeit immer stärker Rechenschaft über erbrachte Erfolge ein-

1) Die Wettbewerbsjury bestand aus: Dr. Lale Akgün (MdB), Dr. Warnfried Dettling (Publizist), Prof. Dieter Filsinger (Rektor Kath. Hochschule für Soziale Arbeit, Saarbrücken), Prof. Barbara John (ehem. Ausländerbeauftragte Berlin), Herr Dezernent Jochen Köhnke (Vertreter des Deutschen Städtetages), Herr Beigeordneter Uwe Lübking (Deutscher Städte- und Gemeindebund), Dr. Alfred Reichwein (KGSt), Prof. Roland Roth (Prof. Fachhochschule Magdeburg), Beigeordneter Dr. Utz Schliesky (Deutscher Landkreistag), Frau Cornelia Schmalz-Jakobsen (ehem. Bundes-Ausländerbeauftragte, Frau Rosi Wolf-Almanasreh (Ehem. Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt).

fordert. Wer diese nachweisen kann, hat die besten Argumente auf seiner Seite.

Zu 2.:

Im Kapitel Integration als kommunale Querschnitts- und Gesamtsteuerungsaufgabe wurden folgende Punkte abgefragt:

- Strategische Steuerung der Integrationspolitik
- Politische Verbindlichkeit und Verantwortung
- Etablierung von Netzwerken zu Integration
- Partizipation und Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements
- Integrationsmaßnahmen der Kommune für Zuwanderer/innen

Zu 3.:

Unter dem Stichwort Interkulturelle Öffnung der Verwaltung ging es um die folgenden drei Handlungsziele:

- Interkulturelle Kompetenzen der Verwaltung stärken
- Pro-Aktive Personalarbeit in Bezug auf Migration und Integration
- Offenheit und Toleranz, Öffnung der Verwaltung für Zuwanderer/innen

Zu 4.:

Um folgende Punkte ging es im Kapitel Evaluation und Controlling

- Evaluation
- Öffentliche Rechenschaftslegung
- Wissenschaftliche Begleitung
- Indikatoren

Zusätzlich wurden die wesentlichen Statusindikatoren über den Zuwandereranteil, die Arbeitslosenquote etc. abgefragt. Hier besteht nach wie vor die Schwierigkeit, dass es in vielen Bereichen keine sauberen statistischen Erhebungen gibt. Das gilt schon für den Anteil der Aussiedler/innen in einer Kommune. Einige Städte, beispielsweise Köln, sind daher dazu übergegangen, in eigenen Erhebungen den Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund insgesamt (inklusive Aussiedlern/innen und eingebürgerten Jugendlichen) zu erfragen. In Köln haben beispielsweise, so das Ergebnis, 40% der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund. Ohne möglichst präzise Indikatoren ist eine Planung schlecht möglich.

### **Erfolgreiche Integrationspolitik der Preisträger**

Was haben nun die Preisträger-Kommunen an erfolgreicher Integrationspolitik vorzuweisen? Genauere Portraits dieser Städte und Kreise finden sie unter: [www.erfolgreiche-integration.de](http://www.erfolgreiche-integration.de).

Im Folgenden nun die Kurzportraits der jeweiligen Kommune:

### **Kurzportrait Stuttgart**

Die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart mit ihren 589.000 Einwohnern/innen versteht sich als internationale Stadt und gehört zu den ersten deutschen Großstädten, die ein integrationspolitisches Gesamtkonzept entwickelt haben. Etwa 132.000 Bewohner/innen haben keinen deutschen Pass; ihr Anteil an den unterschiedlichen Altersschichten variiert jedoch stark.

Die Großstadt Stuttgart überzeugt mit einem zukunftsorientierten Gesamtkonzept, das Integrationspolitik unter anderem als Standortfaktor für internationale Unternehmen begreift. Das Konzept erfuhr breite internationale Anerkennung und wird von der Stadt als eines ihrer „Markenzeichen“ betrachtet.

Das Gesamtkonzept „Ein Bündnis für Integration“ enthält einen politischen Auftrag für die ganze Stadt und ist als Synthese aus „leadership“ und „community involvement“ angelegt. Dies zeigt sich in der Verankerung der Integrationspolitik als „Chefsache“ beim Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster. Er ist von der Notwendigkeit überzeugt, Zuwanderer/innen für den internationalen Wirtschaftsstandort Stuttgart zu qualifizieren und bürgerschaftliches Engagement stark zu fördern.

Integration wurde zudem als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert, wobei der Stabstelle eine zentrale Koordinierungsfunktion zukommt. Die Verantwortung für das Thema Integration liegt jedoch bei den Fachämtern und Dienststellen: Sie sind verpflichtet, ihre Angebote auf die besondere Lebenssituation von Migranten/innen in Stuttgart auszurichten.

Ziele des Integrationskonzepts sind die Förderung der Partizipation und Chancengleichheit von Migranten/innen, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des friedlichen Zusammenlebens sowie die Nutzung der kulturellen Vielfalt als Ressource. An der Umsetzung dieser Ziele werden Bürger/innen, Vereine und Migrantenorganisationen als aktive Partner an zahlreichen handlungsfeldbezogenen Netzwerken beteiligt.

Von dieser strukturellen Verankerung abgesehen, ist das Stuttgarter Modell erfolgreich, weil es die Aspekte von Integration als Herstellung von Chancengleichheit und „community building“ verbindet. Man legt Wert auf die Nachhaltigkeit interkultureller Begegnungen und unterstützt zahlreiche Aktivitäten im Kulturbereich. Das wird als hervorragendes Mittel betrachtet, um die einheimische Bevölkerung für das Thema Integration zu interessieren und das internationale Klima in der Stadt zu stärken.

Ein weiteres Ziel ist der Aufbau eines flä-

chendeckenden Angebots städtischer Sprachförderung, die dem Bedarf und der Bildungserfahrung der Lernenden Rechnung trägt. Im Bereich der nachholenden Integration werden in diesen Sprachkursen nicht nur Wortschatz und Grammatik, sondern auch Kenntnisse zur Orientierung im deutschen Alltag vermittelt.

Die Arbeit in einzelnen Stadtteilen versucht einerseits, Barrieren für Minderheiten abzubauen, andererseits aber auch, die deutsche Mehrheitsbevölkerung für den Gedanken der internationalen Stadt zu begeistern und sie in den Prozess des „community building“ einzubeziehen. Darin sieht die Stadt eine wichtige Voraussetzung für den dauerhaften Erfolg ihrer Integrationsanstrengungen.

### **Kurzporträt Solingen**

Die nordrhein-westfälische Stadt Solingen liegt im Bergischen Land und hat rund 163.000 Einwohner/innen. Der Anteil von Ausländern/innen an der Bevölkerung beträgt 13,9 Prozent. Zählt man Aussiedler/innen und eingebürgerte Zugewanderten hinzu, ergibt sich eine Quote von mehr als 20 Prozent. In der Stadt leben Menschen aus über 130 Herkunftsländern.

Die Gründung der „Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendliche“ (RAA) im Jahr 1988, der Aufbau eines „Mobilen Netzwerks“ vier Jahre später und die Schaffung der Stelle einer kommunalen Ausländerbeauftragten trugen maßgeblich zu Erfolgen im Bereich der Integration bei. Der Ausländerbeauftragten Anne Wehkamp zufolge haben sich zwar viele Migrantinnen/innen innerhalb der vergangenen vier Jahrzehnte gut in die städtische Gesellschaft integriert, doch sind sie stärker als Alteingesessene von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihre prekäre Lebenssituation werde durch geringe berufliche Qualifikation und Sprachdefizite zusätzlich verschärft.

Im Jahr 1993 geriet Solingen negativ in die Schlagzeilen: Ein von Rechtsextremen verübter Brandanschlag auf das Haus einer türkischstämmigen Familie, bei dem fünf Menschen starben, erschütterte die Einwohner/innen der Stadt tief. Diese Gewalttat führte zu einer Zäsur in Solingens Ausländerpolitik. Als Zeichen der Solidarität mit den Opfern wollten sowohl Lokalpolitiker als auch die Mehrheit der Bewohner/innen ein positives Signal setzen; sie bemühten sich daher verstärkt um ein friedliches Miteinander zwischen allen Bevölkerungsgruppen.

Nach einem zweijährigen Prozess partizipativer Arbeit zwischen den betroffenen Gruppen von Akteuren beschloss der Rat der Stadt 2001 ein „Interkulturelles Gesamtkonzept“. In der Verwaltung wurde eine Umsetzungsgruppe geschaffen, die aus Vertretern/innen der unter-

schiedlichen Ressorts und des Zuwanderungs- und Integrationsausschusses sowie der Wohlfahrtsverbände besteht.

In dieser Umsetzungsgruppe wird der jeweilige Entwicklungsstand rund um das Thema Integration reflektiert, um daraus Handlungsoptionen abzuleiten. Die Vertreter/innen bringen diese Ergebnisse dann wieder in ihre jeweiligen Ressorts ein. Auf diese Weise entsteht Transparenz für alle Beteiligten. Ferner wird dadurch deutlich, dass Integration als eine strategische Querschnittsaufgabe auf allen Politikfeldern verstanden und überzeugend umgesetzt wird.

Um die Steuerung noch weiter zu verbessern, wird derzeit an der Entwicklung eines gesamtstädtischen Indikatorensystems gearbeitet. In ihm sollen alle für die Zielerfüllung relevanten Daten gesammelt werden, um den Planungsprozess zu erleichtern.

Ein Beispiel für die Umsetzung des „Interkulturellen Gesamtkonzepts“ ist die Ausländerbehörde Solingens. Diese hatte im Rahmen des Projekts „Kommunen der Zukunft“ Servicegarantien erarbeitet; sie sollten die Dienstleistungsorientierung für Migrantinnen/innen sicherstellen. Seit der Einführung dieser Garantien ist die Zufriedenheit nicht nur bei den Migrantinnen/innen, sondern auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behörde stark gestiegen.

Bürgerbeteiligung spielt in Solingen eine wichtige Rolle. Einen Beleg für die hohe Bereitschaft der Migrantinnen/innen zur aktiven Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben stellt unter anderem ihr Engagement in Stadtteilinitiativen und interreligiösen Dialogen dar. Dass die Partizipation gelingt, bewies insbesondere die letzte Wahl zum Jugendstadtrat 2003: 40 Prozent der gewählten Vertreter/innen waren Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Weiterhin wurden Migrantinnen/innen aus Anlass der Entwicklung eines gesamtstädtischen Leitbilds dazu aufgefordert, sich mit ihren Ideen und Beiträgen in die verschiedenen Arbeitsgruppen einzubringen. Integration war als Thema in allen Arbeitsgruppen als Schwerpunkt vorgegeben.

Die Sensibilität von Politik und Verwaltung für das Thema Migration sowie das breit gefächerte Spektrum an Maßnahmen sind gute Voraussetzungen für die Planung der zukünftigen Integrationspolitik. Solingens „Interkulturelles Gesamtkonzept“ bietet dabei eine gute Grundlage für strukturiertes Handeln.

### **Kurzporträt Belm**

Belm ist eine von 17 Gemeinden im Landkreis Osnabrück. Der Zuwandereranteil der rund 14.000 Einwohner/innen in Belm liegt bei etwas mehr als 20 Prozent; (Spät-)Aussiedler/

innen bilden die größte Gruppe. Die Besonderheit der Integrationspolitik dieser kleinen Gemeinde liegt in der pragmatischen Strategie und Handlungsweise, mit der sie den Einwandererzstrom der vergangenen Jahrzehnte gemeistert hat.

In den 1980er Jahren erreichte Belm die erste große Einwanderungswelle von Aussiedlern/innen, die in ehemaligen Siedlungen britischer NATO-Soldaten im Stadtteil Powe untergebracht wurden. Als die zweite Einwanderungswelle von Aussiedlern/innen in den 1990er Jahren eintraf, geriet die Gemeinde durch wachsende Wohnungsknappheit und finanzielle Notlagen stark unter Druck. Dieses Problem erzeugte akuten Handlungsbedarf – Politik und Verwaltung von Belm leiteten erste strategische Planungsschritte ein.

Um eigene Potenziale optimal nutzen zu können, stellte die Gemeinde Anträge auf staatliche Fördergelder und holte somit externe Unterstützung ein. Auf diese Weise wurde Belm im Jahr 2000 in das Sanierungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ aufgenommen. Damit war die reaktive Phase ihrer Integrationspolitik beendet und es begann deren aktive und systematische Steuerung.

Die in einem integrierten Handlungskonzept geplanten städtebaulichen und sozialen Maßnahmen trugen nach ihrer Durchführung maßgeblich zu Verbesserungen der Lebensqualität in sanierungsbedürftigen Wohnvierteln bei. Darüber hinaus konnte Belm die Universität Osnabrück als Kooperationspartner gewinnen und damit eine wissenschaftliche Begleitung ihrer Projekte sicherstellen. Durch das im Jahr 2003 gestartete Förderprogramm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) wurde eine Vielzahl von Projekten initiiert; dies verbesserte insbesondere die berufliche Integration von Zugewanderten deutlich.

Die Gemeinde Belm begreift Integration als Chefsache, wie Bürgermeister Bernd Wellmann gegenüber der Wettbewerbs-Jury ausdrücklich betonte. Die Umsetzung erfolgt als Querschnittsaufgabe. Dabei liegt die Steuerung vorwiegend beim Quartiersmanagement, das eine Brückenfunktion zwischen dem Bürgermeister und der Verwaltung einerseits und der Bevölkerung sowie Vereinen auf der anderen Seite innehat.

Eines der wichtigsten Elemente des Integrationskonzeptes stellt das beispielhaft hohe soziale Engagement der Bürger/innen Belms dar: Sie haben bereits Anfang der 1990er Jahre erste Patenschaften für russlanddeutsche Aussiedler/innen übernommen. Daraus entstand ein Netzwerk aller relevanten Akteure. Neben Politik und Verwaltung sorgen bürgernahe

Quartiersmanager/innen für die Aktivierung der Bürger/innen und Erhaltung der Bürgerbeteiligung. So wird die Grundlage für eine gelungene Integration gewährleistet sowie der gemeinsame Wille und politisch-gesellschaftliche Konsens zur Integration gefestigt.

Eine herausragende Rolle spielen hoch motivierte Sozialarbeiter/innen, die in wichtigen Begegnungsstätten wie der Belmer Integrationswerkstatt (BIW), dem Belmer Integrationsclub (BIC), dem Zirkus BELMELLI und dem Offenen Kindertreff tätig sind. Diese Einrichtungen bieten nicht nur ein Forum für den kontinuierlichen Kontakt zwischen alteingesessenen Einwohnern/innen und Zugewanderten, sondern auch Qualifizierungsmaßnahmen für benachteiligte Gruppen an. Neben berufsvorbereitenden Kursen und Sprachkursen im BIW erhalten Jugendliche auch die Möglichkeit, einen Schulabschluss nachzuholen.

Das Integrationskonzept von Belm enthält außerdem exakt messbare Erfolgsindikatoren. Dazu zählen beispielsweise die Zahl der Teilnehmer/innen an Veranstaltungen, die Vermittlungsquote von Teilnehmern an Qualifizierungsprogrammen in Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen, ihre Abschlussquote sowie ein deutlicher Rückgang von Straftaten. Diese Erfolge rechtfertigen den hohen finanziellen Aufwand: Belm investiert zwei Drittel seines Budgets für freiwillige Ausgaben in Integrationsaufgaben.

### **Kurzporträt Landkreis Hersfeld-Rotenburg**

Hersfeld-Rotenburg ist ein ländlich strukturierter Kreis im Nordosten von Hessen. Der Landkreis besteht aus 16 Gemeinden und vier Städten, in denen insgesamt 130.000 Einwohner leben. Der Anteil der Zugewanderten an der Gesamtbevölkerung liegt bei etwa 9,1 Prozent. Davon bilden die Spätaussiedler/innen die größte Gruppe. In einigen segregierten Wohnvierteln stellen Spätaussiedler/innen teilweise die Hälfte aller Bewohner/innen.

Diese Ausgangslage führte in der Integrationspolitik zu einer Fokussierung auf die Verbesserung der Integration von Spätaussiedlern/innen. So entwickelte der Landkreis 1998 mit Unterstützung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB-Bildungswerk) und der Fachhochschule Darmstadt ein Praxisforschungsprojekt. Es verfolgte zwei Ziele. Erstens sollte eine Bestandsaufnahme der Integrationssituation aller zugewanderten Gruppen geleistet werden; zweitens wollte man durch eine netzwerkorientierte Integrationsarbeit Ressourcen bündeln. Neben dem Aufbau eines Netzwerks von Arbeitsverwaltung, Schulen, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen etc. und jährlichen Fachtagungen zum Thema wurde zudem

ein Arbeitskreis „Jugendliche Spätaussiedler“ gegründet.

Im März 2001 entstand daraus das Modellprojekt „Netzwerk für Integration“, das in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern und des DGB-Bildungswerkes initiiert wurde. Mit finanzieller Unterstützung des Bundesverwaltungsamtes sollten vorhandene Potenziale effektiver genutzt und die Einbindung von Betroffenen intensiviert werden. Beispielsweise arbeitete man in den Netzwerkgruppen gemeinsam mit Migranten/innen an der Entwicklung von Sprachförderangeboten. Ferner wurden im Jahr 2002 Betreuer/innen mit Migrationshintergrund von den Regeldiensten eingestellt.

Die Steuerungsgruppe des Netzwerks setzt sich aus Vertretern/innen der Abteilung „Migration und Integration“ des Sozialamtes und Jugendhilfeplanern/innen des Jugendamtes zusammen. Diese Steuerungsgruppe operiert inzwischen als gemeinnütziger Verein, der sich selbst trägt.

Bei Fragen zu Integration nehmen der „Fachdienst Migration“ und „Besondere Soziale Dienste/Jugendhilfe“ eine zentrale Rolle ein. Diese Institutionen sind nicht nur eine wichtige Anlaufstelle für die einheimische wie die zugewanderte Bevölkerung, sondern wirken auch als treibende Kraft bei der wirkungsvollen Durchführung der Integrationsmaßnahmen.

Beeindruckend am Landkreis Hersfeld-Rotenburg ist der erfolgreiche Lernprozess, der im Fachdienst stattgefunden hat. Laut Auskunft des Leiters Frank Hildebrandt hat der Dienst in den vergangenen Jahren einen positiven Perspektivwechsel vollzogen: Man habe einen Weg von der reinen Leistungsgewährung hin zu einer Integrationsarbeit gefunden, die auf einem würdevollen Miteinander beruht. Der Dialog zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachdienstes und den Zugewanderten erfolge auf gleicher Augenhöhe.

Gemäß dem Leitbild der Einrichtung fußt Integration auf den drei Säulen Sprache, Arbeit und soziale Integration. Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ zählen zum Angebot des Fachdienstes etwa Case-Management, Qualifizierung und Weiterbildung, Förderung der beruflichen Integration sowie Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Der Landkreis hat sich für die Zukunft viel vorgenommen. Mit der Gründung eines Integrationsbeirats wird politisch eine Basis gelegt, auf deren Grundlage die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorangetrieben werden soll – etwa durch die Vermittlung von interkultureller Kompetenz an die Mitarbeiter/innen. Außerdem stehen zukünftig der Aufbau ehrenamtlichen Engagements und die Ausweitung

aufsuchender Betreuung an sozialen Brennpunkten im Vordergrund.

### **Erste Ergebnisse in Thesen**

1. In den am Wettbewerb teilnehmenden Kommunen wird sehr viel für die Verbesserung der Integration von Zuwanderern/innen getan. Die meisten Kommunen haben eine breite Palette an Maßnahmen in vielen Handlungsfeldern.

2. Seit ca. 5 Jahren vollzieht sich ein Veränderungsprozess: weg von Einzelmaßnahmen, hin zu einer gesamtstädtischen Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe. Viele Kommunen haben einen strategischen Prozess begonnen und Konzepte auf den Weg gebracht. Dies hängt u.E. mit folgenden Faktoren zusammen: zum einen mit dem Paradigmenwechsel in Politik und Gesellschaft. Erst seit Ende der 90er Jahre gilt die Einsicht, dass Deutschland ein Zuwanderungsland bzw. Einwanderungsland ist. Dies ging einher mit der Verabschiedung der Illusion von „Gastarbeitern“, die nach ein paar Jahren Aufenthalt in Deutschland wieder in ihr Herkunftsland zurückgehen. Zum anderen stieg Ende der 90er Jahre der Problemdruck durch die zweite Welle von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Auch hier wurde eine Illusion verabschiedet: dass Spätaussiedler/innen allein durch die deutsche Staatsangehörigkeit „automatisch“ integriert seien. Zum dritten hat sich in den Kommunen viel in Richtung Verwaltungsmodernisierung, Verwaltungsreform getan: Methoden der strategischen Steuerung und ein Wechsel hin zu mehr Bürger- bzw. Kundenfreundlichkeit finden in Städten und Kreisen zunehmend Verbreitung und werden auch auf die Integrationspolitik übertragen.

3. Die Kommunen tun sich schwer, einen messbaren Erfolg nachzuweisen. Dies wird jedoch eine immer wichtigere Herausforderung. Auch wenn qualitative Prozesse nicht immer quantitativ messbar sind, ist hier ein Umdenken erforderlich. Mehr und mehr fordert die Öffentlichkeit Rechenschaftslegung und Transparenz über den Erfolg von Maßnahmen ein. Die Entwicklung und Anwendung griffiger Erfolgsfaktoren ist hier gefragt.

4. Alle Kommunen bieten Maßnahmen zur Sprachförderung an, und zwar meistens für Zielgruppen ab dem Kindergartenalter (z.B. Projekte in Stuttgart, Bremen, Nürnberg). Auch Elternarbeit steht hier im Vordergrund (z.B. „Mama-lernt-Deutsch-Kurse“). Viele Kommunen zeigen hier ein notwendiges Engagement, das weit über die angebotenen Sprach- und Integrationskurse hinausgeht.

5. Der Wettbewerb zeigt, dass Partizipation von Zuwanderergruppen und auch von Einheimischen eine Schlüsselfrage für den Erfolg der Integrationspolitik ist. Hier spielen die Migranten-selbstorganisationen eine wichtige Rolle. Natürlich ist Partizipation sowie ehrenamtliches Engagement am ehesten auf der konkreten Stadtteilebene erfolgreich.

6. Wichtig ist auch ein kommunales Netzwerk zur Bündelung der Integrationsmaßnahmen. Die Qualität und Verbindlichkeit der Netzwerkarbeit in den Kommunen ist allerdings sehr unterschiedlich: von losen, unregelmäßigen Treffen bis hin zu festen, nachhaltigen Strukturen mit ausgehandelten Spielregeln.

7. Integration muss Chefsache sein – der politische Wille muss vorhanden sein. Neben der Unterstützung durch den/die Verwaltungschef/in ist hier ein möglichst fraktionsübergreifender Konsens im Stadt- oder Gemeinderat bzw. Kreistag bedeutsam.

8. Eine zentrale Koordinierungs- oder Anlaufstelle erleichtert den Prozess. Die Ansiedlung einer solchen Stelle ist sehr unterschiedlich. Während manche Kommunen eine Stabsstelle bei dem/der Verwaltungschef/in einrichten, ordnen andere Kommunen eine/n Integrationsbeauftragte/n dem Sozialressort zu. Wichtig ist, dass die Koordinierungs- oder Anlaufstelle mit dem Rückhalt des/der Verwaltungschefs/in und mit Kompetenzen ausgestattet ist und mit den verschiedenen Ressorts integrationspolitisch eng zusammenarbeitet (Sicherung der Querschnittsfunktion).

9. Viele Kommunen haben bereits Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung, beispielsweise ein Fortbildungskonzept zur interkulturellen Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeiter/innen. Ein durch die Haushaltslage bedingtes Problem sind Neueinstellungen (in der Regel nicht möglich). Hier sind einige kreative Lösungen in Kommunen vorhanden: sei es die gezielte Werbung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund für die Ausbildung in der Verwaltung (Bremen, Wuppertal) oder die geschickte Umwidmung von Sachkosten in Personalkosten durch eine von der Stadt eingerichtete und beauftragte Gesellschaft (z.B. Hersfeld-Rotenburg). Viele Kommunen arbeiten inzwischen mit Informationen in Fremdsprachen, um die Regelangebote der Verwaltung für alle zugänglich zu machen. Wichtig ist dies beispielsweise in Krankenhäusern, in der Ausländerbehörde, aber auch in der Elternansprache durch Schule und Jugendhilfe.

10. Wenige Kommunen haben ein systematisches Controllings- und Evaluationsverfahren (Bremen, Wiesbaden, Bielefeld). Dies ist aber eine wichtige Voraussetzung, um Erfolge zu messen und nachweisen zu können.

#### **Fazit:**

Viele Kommunen sind auf einem guten Weg zur konzeptionellen Bündelung ihrer Aktivitäten. Handlungsbedarf zeigt sich v.a. noch bei der Evaluation der Wirkung von Integrationsmaßnahmen sowie bei klaren strategischen Zielvorgaben, was integrationspolitisch erreicht werden soll.

In einer Best Practice Publikation werden Bertelsmann Stiftung und das Bundesministerium des Innern bis Ende des Jahres 2005 die Ergebnisse des Wettbewerbes veröffentlichen. Diese Best-Practice-Publikation wird zum einen eine Auswertung des Wettbewerbs in Hinblick auf aktuelle Entwicklungen und Erfordernisse enthalten, zum zweiten Handlungsempfehlungen aus den Qualitätskriterien und aus den Wettbewerbsbeiträgen ableiten und zum dritten konkrete Best-Practice-Beispiele aufarbeiten und allen Kommunen zur Verfügung stellen.

Weitere Infos:

[www.erfolgreiche-integration.de](http://www.erfolgreiche-integration.de)

[www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

#### **Claudia Walther**

Bertelsmann Stiftung

Projektbüro Erfolgreiche Integration

Carl-Bertelsmann-Str. 256

33311 Gütersloh

Fon: 05241-8181530

Email: [claudia.walther@bertelsmann.de](mailto:claudia.walther@bertelsmann.de)

[alexander.thamm@bertelsmann.de](mailto:alexander.thamm@bertelsmann.de)

Uwe Hunger

## Migrantenorganisationen unter Berücksichtigung ihres Integrationspotentials

### These 1

*Die sogenannte „Binnenintegrationskontroverse“ ist empirisch nicht zu entscheiden. Aufschluss erhält man nur über eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff „Integration“.*

Die Kernfrage bei der Auseinandersetzung über die Rolle von Migrantenselbstorganisationen ist, ob sie eine eher integrative oder eine eher segregierende Wirkung im Integrationsprozess haben. Die Urteile in der Wissenschaft gehen in diesem Punkt weit auseinander. Eine Gruppe von Forschern ist der Ansicht, dass Migrantenselbstorganisationen eher eine positive Rolle im Integrationsprozess spielen, da sie in der ersten Phase der Einwanderung Sicherheit und Orientierung geben, als Vermittler von wichtigem Alltagswissen fungieren und später auch als Interessenvertretung auftreten können. Eine andere Gruppe von Forschern kommt zu dem gegenteiligen Ergebnis und sieht in der Existenz von spezifisch ethnischen Organisationen eher eine Sackgasse für die Integration, da sie dazu führten, dass Zugewanderte mehr Interaktionen innerhalb ihrer eigenen Gruppe hätten als mit der Aufnahmegesellschaft. Je vollständiger das Netz ethnischer Institutionen sei, desto größer sei sogar die Gefahr, dass nicht mehr der Kontakt zur Aufnahmegesellschaft und deren Institutionen gesucht werde, sondern sich die Einwanderer/innen mit den eigenen Ressourcen begnügen würden. Dies führe mindestens zu einem suboptimalen Integrationsergebnis, wenn nicht gar zu einer Ghettobildung, die weitere Benachteiligungen und Stigmatisierungen nach sich ziehe.

Empirische Studien scheinen beide Sichtweisen stützen zu können. Je nachdem welche Zuwanderergruppe und Organisationsbildung untersucht wird, lassen sich Belege für die eine wie für die andere These finden. Hier wird die These vertreten, dass diese Frage aufgrund empirischer Daten nicht zu klären ist. Aufschluss erhält man nur über eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff „Integration“.

### These 2

*„Integration“ beginnt auf der Grenze zwischen privater Angelegenheit und öffentlichem Interesse. Entscheidend ist der Grenzverlauf.*

„Integration“ beginnt auf der Grenze zwischen privater Angelegenheit und öffentlichem Interesse. Immer dort, wo ein öffentliches Interesse berührt wird, wird es zu einem Thema der Integration. Was man in einer Demokratie daher als einen Integrationskennwert ansieht, ist davon abhängig, wie die Grenzen von privat und öffentlich in den jeweiligen Demokratien verlaufen bzw. definiert sind. Deswegen ist in den USA Integration etwas anderes als in Deutschland oder in Frankreich.

Bei der Einwanderung in die USA etwa müssen Migranten/innen sogenannte ‚private sponsors‘ vorweisen, die sie für die ersten fünf Jahre nach ihrer Einreise finanziell versorgen, falls sie selbst dazu nicht in der Lage sind. In dieser Zeit sind diese Einwanderer/innen in der Regel vom öffentlichen Sozialleistungssystem der USA ausgeschlossen. Demgegenüber sind Einwanderer/innen in die Bundesrepublik Deutschland viel stärker in das öffentliche Sozialleistungssystem eingebunden, das bekanntlich viel weiter ausgebaut ist als in den USA. Inwieweit Menschen sich also dafür interessieren, ob bzw. dass andere Menschen in ‚ihr‘ Land einwandern oder nicht, hat daher immer etwas mit der Frage zu tun, inwieweit dies nicht nur als die Privatsache der Migranten/innen (und ggf. ihrer Bürgen) angesehen werden kann, sondern auch ihre eigenen Interessen tangiert und damit von öffentlichem Interesse ist.

Das gleiche gilt auch für die Frage der Integration. Je nachdem, wo die Grenze zwischen privater Angelegenheit und öffentlichem Interesse verläuft, ergibt sich ein anderes Verständnis von Integration. Deutschland und die USA sind anschauliche Beispiele für den unterschiedlichen Verlauf von privatem und öffentlichem Bereich und dem unterschiedlichen Verständnis von Integration. Da in Deutschland viel mehr Bereiche öffentlich geregelt sind, werden viel mehr Bereiche (wie Schule, Arbeitsmarkt etc.) zu einem Thema der Integration. Entscheidend für das Verständnis von Integration ist also der Grenzverlauf von privater und öffentlicher Angelegenheit.

### These 3

*Wo die Grenze verläuft, hängt von der Öffentlichkeit im weitesten Sinne ab. In dem Maße, wie Migrantinnen und Migranten von der inländischen Öffentlichkeit ausgegrenzt sind, bilden sie eigene ‚ethnische‘ Öffentlichkeiten.*

Was letztlich privat und was öffentlich ist, hängt von Normen und Gesetzen sowie von der sog. ‚öffentlichen Meinung‘ im weitesten Sinne ab. In dem Maße wie Migranten/innen von der inländischen Öffentlichkeit ausgegrenzt sind,



bilden sie eigene – wenn man so will – ‚ethnische‘ Öffentlichkeiten. Zentrale Institutionen dieser Öffentlichkeit sind Migrantenvereine. Historisch betrachtet gehörten Vereine zu den ersten Institutionen der sich im 17. und 18. Jahrhundert entwickelnden liberalen Öffentlichkeit. Hier entfaltete sich erstmals ein freier Gedankenaustausch, der die Grundlage einer umwälzenden Demokratisierung darstellte. Während deutsche Vereine ihre ursprünglich zentrale Rolle als Institution der politischen Öffentlichkeit an Großorganisationen und Massenmedien weitgehend verloren haben, erscheinen ethnische Vereine noch heute als zentrale Institution der Meinungs- und Willensbildung von Migranten/innen. Dies kann damit erklärt werden, dass Einwanderer/innen in geringerem Maße als Einheimische an der deutschen Öffentlichkeit partizipieren und damit auch den Einflüssen von deutschen Parteien und deutschen Medien, die den nationalen Meinungsbildungsprozess weitgehend dominieren, weniger stark unterworfen sind. Dies mag zum Teil (vor allem in der Anfangszeit der Zuwanderung) an den mangelnden Sprachkenntnissen vieler Zugewanderter liegen (im klassischen Sinne wichtigstes Zugangskriterium zur Öffentlichkeit). Aber auch wenn das sprachliche Vermögen ausreicht, um theoretisch an der deutschen Öffentlichkeit zu partizipieren, sind die Zugangsmöglichkeiten für Migranten/innen oftmals eingeschränkt, z.B. wenn sie von Wahlen ausgeschlossen sind.

In dem Maße, in dem Migranten/innen keinen Zugang zur vorherrschenden (deutschen) Öffentlichkeit haben oder finden, bilden sie eigene Öffentlichkeiten (z.B. Vereine) als Raum zur Entfaltung und zum Austausch. D.h. alternativ zur deutschen Öffentlichkeit existiert eine andere, wenn man so will, ‚ethnische‘ Öffentlichkeit, in der Vereine für die Meinungs- und Willensbildung von Einwanderern/innen nach wie vor eine herausragende Rolle spielen.

#### **These 4**

*In den ‚ethnischen‘ Öffentlichkeiten werden von den Migrantinnen und Migranten unterschiedliche Integrationsstrategien verfolgt. Es können Privatisierungsstrategien und Strategien einer stärkeren öffentlichen Einbindung unterschieden werden.*

In den Vereinen und Selbstorganisationen entwickeln Migranten/innen ihre eigene Vorstellung von Integration, d.h. darüber, was privat und was öffentlich für ihre Gruppe geregelt werden sollte. In Deutschland kann etwa die Organisationsbildung der spanischen Einwanderer/innen als Beispiel für eine stärkere öffentliche Einbindung angesehen werden. Spanische

Einwanderer/innen haben sich bereits Anfang der 1970er Jahre zu sog. Elternvereinen zusammengeschlossen, um sich für die Verbesserung der Schulsituation ihrer Kinder in Deutschland einzusetzen. Zu dem damaligen Zeitpunkt waren zwei Drittel der spanischen Schüler/innen anfangs ohne Schulabschluss und ohne berufliche Ausbildung geblieben. Deswegen wurde durch die Aktivitäten der Elternvereine die Beschulung spanischer Schüler/innen in deutschen Regelklassen durchgesetzt, was zu dem damaligen Zeitpunkt keineswegs selbstverständlich war, da das Modell der separaten Beschulung von ausländischen Schülern aufgrund der eigentlich temporär angelegten Gastarbeiterpolitik (Rotationsmodell) von den Schulbehörden favorisiert wurde. Demgegenüber ging die Organisationsentwicklung der Griechen/innen in Deutschland in eine andere Richtung. Sie haben nicht die gleichberechtigte Aufnahme ihrer Kinder in die deutsche öffentliche Schule durchgesetzt, sondern sich dazu entschlossen, ihr eigenes – privates – Schulsystem (vor allem in Form von griechischen Gymnasien) in Deutschland aufzubauen.

Andere Einwanderergruppen dagegen (etwa italienische und türkische Vereine) waren nicht in der Lage, autonome Öffentlichkeiten zu bilden, in denen ein Meinungsbildungsprozess weitgehend frei von äußeren Einflüssen ablief, sondern gerieten stark unter den Einfluss fremder Organisationen (Klientelisierungsprozesse sowohl durch Parteien aus dem Ausland als auch durch die Wohlfahrtsverbände in Deutschland). Entsprechend waren sie weniger in der Lage, ihre eigenen Bedürfnisse durchzusetzen. Insbesondere bei türkischen Vereinen gibt es aber einen Trend zur Bildung von Elternvereinen, die weniger unter äußeren Einflüssen stehen.

#### **These 5**

*Der Einfluss der ‚ethnischen‘ Öffentlichkeit ist vom Einflussbereich der inländischen Öffentlichkeit abhängig. Durch eine generelle Einschränkung des öffentlichen Einflussbereichs wird die Bedeutung der ‚ethnischen‘ Öffentlichkeit zunehmen.*

Der Einfluss der ‚ethnischen‘ Öffentlichkeit ist vom Einflussbereich der inländischen Öffentlichkeit abhängig. Je kleiner der öffentliche Bereich einer Gesellschaft, der auch für Einwanderer/innen offen steht, desto einflussreicher ist die ‚ethnische‘ Öffentlichkeit. Dies lässt sich besonders gut im Vergleich von liberalen Staaten, wie den USA oder Großbritannien, zu stark ausgebauten Wohlfahrtsstaatssystemen wie der Bundesrepublik Deutschland sehen, wo Migrantenselbstorganisationen (als Insti-

tutionen ‚ethnischer‘ Öffentlichkeiten) eine geringere Rolle spielen als im politischen Prozess in angelsächsischen Ländern.

Durch eine stärkere Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland und eine damit einhergehende Einschränkung des öffentlichen Einflussbereichs wird die Bedeutung der ‚ethnischen‘ Öffentlichkeit auf den Integrationsprozess in der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft zunehmen, da davon auszugehen ist, dass auf Einschränkungen des öffentlichen Wohlfahrtsstaats mit dem Ausbau von privaten Kompensationsleistungen (durch die ‚ethnische‘ Öffentlichkeit) reagiert wird. Migrantenorganisationen können deshalb im Hinblick auf die „Integration“ in Deutschland in eine Schlüsselrolle hineinwachsen. Wie andere Institutionen der Öffentlichkeit werden aber auch sie einen Strukturwandlungsprozess durchlaufen. Ethnische Medien sind bereits ein Element dieser Entwicklung.

#### **Literaturhinweise:**

Hunger, U. (2005): Ausländische Vereine in Deutschland. Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters, in: K. Weiss/ D. Thränhardt (Hrsg.): Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg i. Br.: Lambertus-Verlag, S. 221-244

Hunger, U. (2004): „Wie können Migranten-selbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen?“ Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration, Münster/ Osnabrück/ Nürnberg, S. 40

Thränhardt, D./ Hunger, U. (Hrsg.) (2000): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel. Münster u.a.: Lit/ Freiburg i. Br.: Lambertus-Verlag.

#### **Dr. phil. Uwe Hunger**

Westfälische Wilhelms - Universität Münster,  
Institut für Politikwissenschaft  
Schloßplatz 7  
48149 Münster  
Fon: 02518329408  
Email: hunger@uni-muenster.de

## Einbindung von Migranten/innen und Migrantenorganisationen in operative Projekte der Stadt Frankfurt

Wie alle Großstädte der Bundesrepublik Deutschland unterliegt auch Frankfurt am Main aufgrund der Zuwanderung der letzten Jahrzehnte einem tiefgreifenden demographischen Wandel.

Noch immer ist Frankfurt am Main die deutsche Großstadt mit dem höchsten Ausländeranteil. Ca. 27% der Einwohner/innen (Stand: 31.12.2003)<sup>1</sup> haben nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Prozentual verringert sich der Ausländeranteil derzeit geringfügig aber stetig. Dies hängt zum einen mit dem im Jahr 2000 geänderten Staatsangehörigkeitsrecht zusammen – danach erhalten Kinder ausländischer Eltern, die acht Jahre rechtmäßig in der Bundesrepublik leben, qua Geburt neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit und werden in der Statistik als Deutsche gezählt – zum anderen mit Einbürgerungen. In den letzten Jahren wurden in der Stadt Frankfurt am Main ca. 20.000 Menschen eingebürgert. Jährlich kommen ca. 4000 Einbürgerungen hinzu. Ende 2003 hatten rund 44.000 Frankfurterinnen und Frankfurter neben der deutschen eine zweite Staatsbürgerschaft, das entspricht 7%<sup>2</sup>. Ein gutes Drittel (34%) der Frankfurter Bevölkerung weist nach dem derzeitigen statistischen Kenntnisstand damit einen Migrationshintergrund auf. In dieser Zahl nicht berücksichtigt sind Aussiedlerinnen und Aussiedler, die in der Statistik als Deutsche gezählt werden. Der prozentuale Ausländeranteil gibt nur unvollständig Auskunft über den Zuwandereranteil der Bevölkerung Frankfurts bzw. über den Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund. Schätzungsweise haben in Frankfurt am Main inzwischen über 40% der Bürgerinnen und Bürger einen Migrationshintergrund. Die Vielfalt der Bevölkerung Frankfurts spiegelt sich auch in den inzwischen mehr als 140 religiösen Zuwanderergemeinden, darunter 32 Gemeinden islamischen Glaubens ganz verschiedener Richtungen.

Die Zuwanderer/innen unterscheiden sich nicht nur nach Herkunft und Religion, sondern auch durch ihren sozialen Hintergrund und ihre Lebensbedingungen. 30% kommen aus Industriestaaten. Sie haben, ebenso wie viele Einwanderer/innen der sog. zweiten und dritten Generation, eine höhere Bildung und sind in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur beschäftigt. Viele der Einwandererfamilien, die in den

60er und 70er Jahren in die Bundesrepublik Deutschland kamen, sind stark vom Strukturwandel im Beschäftigungssektor betroffen. In Frankfurt hat sich die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe zwischen 1990 und 2001 um 50% verringert. 41,6%<sup>3</sup> der Ehen werden zwischen gemischt-nationalen Partnern geschlossen, mit steigender Tendenz, 31,7% beträgt der Anteil der Ehen zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen. Dies ist ein Hinweis auf den stark fortschreitenden Prozess ethnischer Vielfalt. Die Zuwanderer/innen, die nach Frankfurt kommen, arbeiten in qualifizierten Berufen, sind Studenten/innen und Praktikanten/innen, Kinder und Jugendliche, die zu ihren Eltern ziehen und nachziehende Ehepartner/innen, die aus Gründen der Familienzusammenführung kommen. Unbedeutend ist die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden mit 750, die jährlich nach Frankfurt kommen. (Im Jahresdurchschnitt suchen derzeit ungefähr 35.000 Menschen Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. Die Zahlen sind rückläufig.) Nach Schätzungen der Polizei leben zwischen 30.000 und 50.000<sup>4</sup> Statuslose in Frankfurt am Main.

### Zusammenarbeit mit Organisationen der Eingewanderten – Beratung, Förderung, Fortbildung

Die Zusammenarbeit mit Organisationen der Eingewanderten hat in der Stadt Frankfurt am Main Tradition. Folgende Rahmenbedingungen wirken sich günstig auf die Arbeit mit Vereinen und Initiativen aus:

- die systematische Beratung und (finanzielle) Förderung von ca. 150 Migrantenvereinen durch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, die Fortbildung von Akteuren u.a. in Kooperation mit der Fachhochschule Frankfurt, ein Budget von 120.000 € jährlich für die projektbezogene Förderung von Vereinen
- die Förderung durch das Sportamt, das Amt für Wissenschaft und Kunst im Rahmen der Regelförderung
- die städtische Förderung von herkunftssprachlichem Unterricht, der von Zuwandererorganisationen im Rahmen ihrer Vereinsarbeit durchgeführt wird in nicht im schulischem Rahmen angebotenen Sprachen (z. B. Urdu, Farsi, Kurdisch, Chinesisch etc.), durch das Schulamt und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten. Die Unterstützung umfasst Logistik, Fortbildung und Beratung zu Finanzen.
- eine lange Tradition multikultureller Feste im Rahmen der Tage der offenen Tür im Zentrum der Stadt, wo sich bis zu 100 Vereine präsentieren

1) Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main, 2004

2) Magistratsbereich B 106 vom 31.01.2005, Aussagekräftige Statistiken: Menschen mit Migrationshintergrund

3) Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main, 2004

4) Polizeipräsidium Frankfurt am Main

- seit 2003 eine nichtkommerzielle Parade der Kulturen (Beteiligung der Schulen, der Vereine, auch klassische Frankfurter Vereine) und in diesem Rahmen ein Fest und Vereinspräsentation
- der Integrationspreis des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main, dotiert mit 15.000 €, für herausragende Leistungen von Vereinen und Einzelpersonen, der jährlich durch die Oberbürgermeisterin im Kaisersaal des Römers vergeben wird
- Empfänge des Magistrats für Migrantenvereine, die ein besonderes Jubiläum feiern
- Übernahme von Schirmherrschaften durch die Oberbürgermeisterin bei Festen der Vereine und Grußworte in den Festschriften
- zahlreiche Besuche des Dezernenten für Integration und der Amtsleitung des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten bei feierlichen Anlässen von Vereinen und religiösen Gemeinden
- langjährige Vermittlungstätigkeit des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten zwischen der „klassischen“ Verwaltung und Einwandererorganisationen (islamische Bestattung, Schächten, Ansiedlung und Bau von religiösen Zentren)
- Vermittlung von Vereinsräumen durch das Liegenschaftsamt
- Sonderkonditionen für die Anmietung von Räumen für Vereine bei der städtischen Saalbau GmbH

In 2004 hat das Amt für multikulturelle Angelegenheiten die Beratung von Migrantenvereinen und -organisationen aufgrund von Nachfragen und zahlreichen Neugründungen von Vereinen deutlich verstärkt. Das Amt ist im ständigen Kontakt mit über 200 ethnischen Gruppen und Organisationen und bietet Vereinen Unterstützung und Beratung bei der Vereinsgründung und der Veranstaltungsplanung, aber auch Qualifizierung und Fortbildung u.a. in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Fachhochschule an. Die Entwicklung dieses Arbeitsbereichs ist hoch dynamisch. Die seit der Gründung des Amtes kontinuierliche Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen hat einerseits eine solide Vertrauensbasis hergestellt, auf der Vermittlung und Unterstützung selbstverständlich abgerufen werden, andererseits zeigt sich in den verstärkten Vereinsaktivitäten aber auch ein gewachsenes Selbstbewusstsein der Einwanderer/innen, die beanspruchen für sich selbst zu sprechen und zu handeln. Jedenfalls ist hier ein Prozess zu beobachten, der neu zu bewerten ist. Dies gilt sowohl für die inzwischen fast 30 Vereine, die für ihre Kinder am Wochenende ehrenamtlich herkunftssprachlichen Unterricht organisieren, als auch für die Organisationen und Multiplikatoren aus

Vereinen, die in zahlreiche Projekte und Initiativen des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten als operative Partner eingebunden sind (Sprach- und Orientierungskurse, ältere Migranten/innen, Gesundheitsprävention, Gesundheitsberatung für afrikanische Familien im Stadtgesundheitsamt, Elternarbeit etc.).

Im Folgenden möchte ich drei Beispiele für die Einbindung von Vereinen bzw. Vereinsmitgliedern in operative Projekte und Aufgaben skizzieren:

#### **Ausbildungsorientierte Elternarbeit – AOE**

Eltern mit Migrationshintergrund, die mit dem hessischen Schul- und Berufsbildungswesen wenig vertraut sind, werden im Rahmen dieses Projekts informiert. Dies fördert die Kommunikation über Schule und Ausbildungsfragen in den Familien und unterstützt und stabilisiert die Kinder und Jugendlichen durch Einbindung ihrer Eltern in den Prozess der schulischen Bildung, Berufsorientierung und Ausbildung. Die mehrsprachigen Gesprächsleiter/innen, mit denen das Amt in diesem Projekt zusammenarbeitet, sind meist Mitglieder in Migrantenvereinen oder Herkunftssprachenlehrer/innen. Sie organisieren im Auftrag des Amtes Informationsveranstaltungen und Beratung für Eltern in den jeweiligen Herkunftssprachen. Die Elternveranstaltungen werden in 17 Sprachen durchgeführt.

Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten bietet dazu eine 12-teilige Schulungsreihe zu Fragen schulischer und beruflicher Ausbildung an. Den in dem Projekt mitarbeitenden Gesprächsleiter/innen wird projektbegleitend Fortbildung und Beratung angeboten sowie die Teilnahme an einer Arbeitsgruppe zum Austausch von Erfahrungen in der Elternarbeit. Die projektbegleitende Fortbildung befasst sich u.a. mit folgenden Themen: Identitätstheorien am Beispiel der Identitätsbildung jugendlicher Migranten/innen, Lernhilfe über das Jugendamt, Sonderschulen und Rücküberweisung an die Regelschulen, Hyperaktivität, Legasthenie, Erziehung zu Mehrsprachigkeit, Berufsberatung, Elternrecht/Elternvertretung, Methoden der Gesprächsführung, Vollzeitschulpflicht/Teilzeitschulpflicht, wenn der Hauptschulabschluss fehlt, Schuldnerberatung, geschlechtsspezifische Berufsentscheidung, Generationskonflikte, Erziehungsfragen, Erziehungshilfe, Bildungswege in Hessen, Hartz IV und Zuwanderungsgesetz und die Auswirkungen auf Migrantenfamilien. Ein spezieller Workshop widmet sich den Methoden der Vermittlung und behandelt das Thema: Wie gestalte ich einen Elternabend?

Inzwischen wurden vier Informationsfilme zu den Themen Schule und Ausbildung in sieben

Sprachen produziert. Sie werden als didaktisches Mittel in den Elternveranstaltungen eingesetzt und sind ein Produkt der Gesprächsleiter/innen, die die Texte und Übersetzungen erstellt und Rollen in den Filmen übernommen haben.

Wie sinnvoll und notwendig das Projekt ist, zeigen die Erfahrungen mit den Eltern. Vielen fehlt es an grundlegenden Informationen über das Schul- und Berufsbildungswesen und an Strukturkenntnissen:

- In den Herkunftsländern dieser Eltern gibt es meist ein eingliedriges Schulsystem, sehr häufig wird deshalb das hiesige Schulsystem nicht durchschaut.
- Elternrechte sind weitgehend nicht bekannt.
- Es ist weitgehend unbekannt, was in der Schule gelernt wird und was die Noten ausagen.
- Die Wichtigkeit von Schulabschlüssen für Beruf und Studium ist häufig nicht bekannt, ebenso die Vielfalt der Ausbildungsberufe.
- Die Eltern wissen oft nicht, an wen sie sich wenden können, wenn ihr Kind Nachhilfeunterricht benötigt oder sie Hilfe in Erziehungsfragen suchen.
- Ein Teil der Eltern hat kaum oder gar keinen Kontakt zur Schule. Gerade auch diese Eltern sollen über Migrantenvereine erreicht werden.

Besonders aufgeschlossen für Information und Beratung in Bildungsfragen sind Eltern nach unseren Erfahrungen:

- nach der Einreise
- nach der Aufforderung zum Sprachtest der Kinder und zur Einschulung
- vor der Entscheidung für eine weiterführenden Schule nach dem 4. Schuljahr
- in der Berufsorientierungsphase in den letzten Schuljahren
- in Konfliktfällen

Das AOE-Projekt ist ein Projekt im Wandel, es startete 1997 in Zusammenarbeit mit zwei Migrantenvereinen. Inzwischen ist ein Netzwerk von fast 60 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Mitgliedern von Vereinen und Herkunftssprachenlehrern entstanden. Die Arbeit der Gesprächsleiter/innen wird honoriert.

### **Interkulturelle Rentenberatung**

Während die Migrationssozialdienste über einen hohen Bekanntheitsgrad und hohe Akzeptanz verfügen, gibt es zu den Regeleinrichtungen der Altenhilfe kaum Berührungspunkte. Durch die interkulturelle Öffnung von Regeleinrichtungen sowie die Bereitstellung von herkunftssprachlichen Informationen in den Ämtern und Behörden lassen sich sprachliche

Zugangs- und Nutzungsprobleme entschärfen, durch Vernetzung der Migrationsdienste mit den Regeleinrichtungen der Altenhilfe lässt sich der Zugang zu den Altenhilfeangeboten strukturell verbessern. Die Migrationssozialdienste und -selbstorganisationen können hier eine Brücken- und Vermittlerfunktion übernehmen. Die wenigen institutionellen Kontakte der Migranten/innen müssen durch systematische und gezielte Aufklärung und Informationsvermittlung genutzt werden. Ein Schritt zur Verbesserung der Beratung, verbunden mit strukturellen Veränderungen und Qualifizierungsmaßnahmen, ist das Projekt Interkulturelle Rentenberatung in Zusammenarbeit mit der Landesversicherungsanstalt (LVA) Hessen, dem Versicherungsamt der Stadt Frankfurt am Main sowie Migrantenvereinen und religiösen Gemeinden. Das Beratungsangebot richtet sich überwiegend an vor dem Rentenalter stehende Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus den ehemaligen Anwerbeländern.

Die Besucherstatistik der Landesversicherungsanstalt (LVA) Hessen, Auskunfts- und Beratungsstelle Frankfurt am Main, bestätigt einen hohen Beratungsbedarf der ausländischen Bevölkerung. Der Anteil ausländischer Ratsuchender an den Gesamtberatungen bewegt sich zwischen 45% und 50%. Bereits eingebürgerte Personen sind hierbei nicht berücksichtigt. Auch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten wird zunehmend von ausländischen Ratsuchenden in Rentenfragen aufgesucht, die bedingt durch Sprach- und Verständigungsprobleme große Schwierigkeiten bei der vollständigen Vorlage aller benötigten Rentenantragsunterlagen haben.

Folgende Schritte in Richtung einer nachhaltigen Struktur wurden gemacht:

Vertreter/innen der Frankfurter Migrantenvereine und Gemeinden, die ehrenamtlich muttersprachliche Information, Beratung und Hilfe in Rentenfragen leisten, werden durch die Landesversicherungsanstalt (LVA) regelmäßig geschult. Vertreten sind folgende Muttersprachen: Arabisch, Bosnisch, Berberisch, Englisch, Eritreisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Kroatisch, Mazedonisch, Serbisch, Slowenisch, Spanisch und Türkisch.

Das Versicherungsamt hat als zusätzliche Dienstleistung der Stadt Frankfurt für die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger bei der Rentenantragstellung im Frühjahr 2004 umstrukturiert und drei seiner Mitarbeiter/innen für die Bearbeitung von Rentenanträgen der älteren Migrantinnen und Migranten abgestellt.

Diese Strukturen entstehen nicht von selbst, sondern bedürfen professioneller Initiatoren/innen und Verantwortlicher, die den Dialog und die Zusammenarbeit moderieren und vo-

ranbringen. Um die Vernetzung zwischen dem Versicherungsamt, der LVA und den Migrantenorganisationen herzustellen, wurden Informationsveranstaltungen für die Teilnehmer/innen der Schulungen durchgeführt. Im direkten Gespräch mit den Mitarbeitern/innen des Versicherungsamtes und der LVA lernten sie die Institutionen und ihre Aufgaben kennen.

Die für die Rentenansprüche von älteren Migrantinnen und Migranten zuständigen Berater/innen der LVA Hessen sowie des Versicherungsamtes stehen den herkunftssprachlichen Helferinnen und Helfern als Kontaktpersonen zur Verfügung. Andererseits ziehen bei Verständigungsschwierigkeiten mit den Rentenantragstellern die Rentenberater/innen der LVA Hessen und des Versicherungsamtes herkunftssprachliche Vermittlerinnen und Vermittler hinzu. Diese Verfahrensweise hat sich bewährt. Das Angebot wird zwischenzeitlich in großem Umfang genutzt.

Die LVA Hessen, das Versicherungsamt und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten haben darüber hinaus schriftliche Informationen zu den Dienstleistungen der Institutionen mit wichtigen Adressen und Hinweisen zur Rentenantragstellung in acht Sprachen verfasst. Die Partner sind sich über die Notwendigkeit der Fortsetzung des Projektes einig und haben bereits weitere Schulungen geplant.

Darüber hinaus ist vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 deutlich geworden, dass ein enormer Informationsbedarf in den Bereichen Arbeitsmarktreform und ältere Arbeitnehmer/innen, Zuwanderungsgesetz und Integrationskurse besteht. Hierbei handelt es sich neben allgemeinen Fragestellungen vor allem um Probleme, die in besonderer Weise ältere Migranten/innen betreffen. Um diesem Informationsbedarf zu entsprechen, wurde mit Schulungen und Informationsveranstaltungen unter Berücksichtigung der Situation älterer Migranten/innen begonnen.

### **Sprach- und Orientierungskurse für Neuzugewanderte**

(Orientierungskurse in der Herkunftssprache)

Mit der Entwicklung herkunftssprachlicher Orientierungskurse im Rahmen des Modellprojekts Sprach- und Orientierungskurse für Neuzugewanderte betrat das Amt für multikulturelle Angelegenheiten Neuland. Kernstück des Modells war ein offenes Curriculum, dessen wesentliches Element die Weiterentwicklung durch die Orientierungskursleiter/innen war.

Die Kursleiter/innen sind Personen mit Migrationshintergrund. Sie haben gute Kenntnisse einer Herkunftssprache und verfügen über gute Deutschkenntnisse. Diese sind Vorausset-

zung für die Zusammenarbeit mit den Projektmitarbeitern/innen im Amt für multikulturelle Angelegenheiten, die Mitwirkung am offenen Curriculum, die Ausarbeitung von Unterrichtsentwürfen, die begleitende Projektevaluation und die Teilnahme an den eigens durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen. Die Orientierungskursleiter/innen haben zudem eine pädagogische Ausbildung oder Lehrerfahrung im weitesten Sinn bzw. Erfahrung in der Arbeit mit Gruppen und leben seit längerer Zeit in Frankfurt am Main bzw. im Rhein-Main-Gebiet, da die Orientierungskurse inhaltlich insbesondere auf die Aufnahmekommune Frankfurt ausgerichtet sind.

Unter diesen Voraussetzungen sind sie quasi Expertinnen und Experten des Ankommens in Frankfurt. Dieser Aspekt ließ in mehrfacher Hinsicht eine hohe Akzeptanz durch die Kursteilnehmer/innen erwarten. Die Kursleiter/innen sind als konkrete Personen erfolgreiche Beispiele für den Integrationsprozess. Sie sind als Bürger/innen der Stadt Frankfurt gleichzeitig deren Repräsentanten/innen, also Frankfurter/innen und verkörpern die multikulturelle Realität der Stadt.

Die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Projekts, die von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung<sup>5</sup> durchgeführt wurde, sollte ergründen, wie dieses Angebot von den herkunftssprachlichen Kursleitern/innen und den Kursteilnehmern/innen erlebt wurde. Die Interviews mit den Kursleitern/innen belegen die aus der Sicht der Interviewten gelungene Konstruktion des Projekts. Alle interviewten Kursleiter/innen sind mit der Einbindung ihrer Aufgabe in die Integrationsbemühungen der Stadt Frankfurt sehr zufrieden. Das Curriculum – verstanden als offenes Orientierungsangebot an die Kursleiter/innen – wird insgesamt als eine sehr gute Grundlage für die Kursarbeit beurteilt.

Eine Problemlinie besteht in der mehr oder weniger weit fortgeschrittenen eigenen Integration der Kursleiter/innen und in der jeweiligen Rückbindung an die Herkunftskultur, der sie in den Migranten/innen vor ihnen wieder begegnen. Vor allem in Spannungen zwischen der Rolle in der Herkunftskultur und der neuen Rolle in der Aufnahmegesellschaft können sich Irritationen darüber einstellen, welches denn die Ziele von Integration sein sollen und wie die Beziehungen der Lerngruppe gestaltet werden könnten. Dies können Überanpassungsversuche oder das Festhalten an traditionellen Verhaltensregeln des Herkunftslandes, aber auch Spannungen gegenüber Rassismus in der Teilnehmergruppe und Rollenvorstellungen sein, die die Kursleiter/innen im Verlaufe ihrer Einwanderung abgelegt hatten.

5) Christian Büttner, Thomas Kunz, Helga Nagel: Ankommen in Frankfurt. Orientierungskurse als kommunales Angebot für Neuzuwanderer. Hrsg.: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main, HSFK-Report 8/2004

Das Potential der Gruppe der Kursleiter/innen besteht vermutlich gerade in der Handhabung dieser Spannungen, weil sie die Integrationsprobleme anhand der Auseinandersetzungen zwischen der Herkunftsidentität und dem Problem, sich mit neuen Identitätsanforderungen auseinander zu setzen, zu Tage bringen. Man kann nach den Interviews davon ausgehen, dass mit den Kursleitern/innen kompetente Partner/innen gefunden wurden, um die curricularen Fragen entlang einer solchen Auseinandersetzung zu bearbeiten.

Aus ihrer eigenen Erfahrung als „Ausländer/in“, Migrant/in oder jemand, die/der in einer Migrantenfamilie in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen ist, bestand und besteht bei den Orientierungskursleitern/innen ein tiefes Wissen um die Anfangsprobleme der Neuzugewanderten. Aufgrund dieses Wissens, gepaart mit dem Eingebundensein in eine Projektorganisation eines städtischen Amtes und einen curricularen Rahmen, können sie als Kursleiter/in realisieren, was ihnen die Neuankömmlinge abverlangen. Sie haben dafür gesorgt, dass die Teilnehmer/innen sich erst einmal „sicher fühlten“ und „wohl fühlten“ und dann in dem Maße informiert wurden, wie es aus ihrer Sicht und der Sicht einer Kommune für einen Anfang angemessen ist.

Die Kursleiter/innen waren sich darin einig, dass ihre Arbeit einen wesentlichen Beitrag zur Integration von Neuzugewanderten darstellt. Selbst Migranten/innen, bringen sie ihre unterschiedlichen Erfahrungen mit ihren eigenen Integrationserlebnissen in die (offene) Gestaltung von Orientierungskursinhalten ein. Bei der Anlage des Projekts war davon auszugehen, dass ihnen zu Beginn zunächst unklar ist, wohin „die Reise gehen soll“. Da es aber auch davon abhängt, in welchem Maße und wie sie selbst sich integriert fühlen, war es hilfreich, auf der Grundlage ihrer Erfahrungen und mit ihnen gemeinsam den Rahmen einer Didaktik der Orientierung weiter zu entwickeln. Die große kulturelle Vielfalt im Pool der Kursleiter/innen und auch die damit verbundenen Spannungen ließen eine produktive Auseinandersetzung über Herkunft und Integrationsnotwendigkeiten erwarten. Dazu trug bei, dass sie in einen hochgradig identitätsstiftenden professionellen Kontext eingebunden waren.

Die Teilnehmer/innen der Kurse waren ohne Ausnahme positiv von dem Angebot der Stadt Frankfurt am Main angetan. Dies drückte sich nicht nur durch die teilweise geäußerte Dankbarkeit gegenüber Kursleitern/innen und der Stadt aus, sondern zeigte sich auch im Detail in den Schilderungen der persönlichen Lebenserfahrungen. Besonders hervorzuheben ist dabei die Erfahrung, mit dieser Hilfe in der

Selbständigkeit gefördert zu werden, sich den Schwierigkeiten beim Ankommen in einer neuen Umgebung zu stellen. Da das Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine städtische Behörde ist, konnten die Neuzugewanderten mit dem Angebot des Amtes zudem eine positive Ämtererfahrung in ihr alltägliches Leben mitnehmen.

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes, das Orientierungskurse in deutscher Sprache am Ende der Integrationskurse vorsieht, ist das Frankfurter Modellprojekt zu Ende gegangen. Die Ergebnisse und Erfahrungen der Frankfurter Sprach- und Orientierungskurse, denen im übrigen eine herkunftssprachliche Information und Beratung vorausging, versucht die Stadt im Rahmen kommunal geförderter Integrationsmaßnahmen weiter zu nutzen.

### **Helga Nagel**

Amt für multikulturelle Angelegenheiten  
Frankfurt am Main  
Walter-Kolb-Str. 9-11  
60594 Frankfurt am Main  
Fon: 069/212-38765  
Email: [helga.nagel@stadt-frankfurt.de](mailto:helga.nagel@stadt-frankfurt.de)

## Partizipation von Migranten/innen und Migrantenvereinen im Stadtteil – Darmstädter Ansatz im Rahmen des Programms Soziale Stadt

Die Ausführungen in diesem Beitrag erfolgen aus der Perspektive des Interkulturellen Büros der Stadt Darmstadt als einer kommunalen Integrationsfachstelle. Sie basieren auf den Erfahrungen bei der Partizipation von zugewanderten Menschen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ in den Darmstädter Stadtteilen Kranichstein-Süd und Eberstadt-Süd.

### Stadtteilarbeit und Migrantenbeteiligung

Die Migrantenbeteiligung im Rahmen von Stadtteilarbeit ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Zwar haben Stadtteile, die in das Programm „Soziale Stadt“ einbezogen sind, zum großen Teil einen überproportional hohen Anteil von Migrantenpopulation und oft fallen dort Armutsrisiken und Bildungsdefizite mit ethnischer Segregation zusammen. Damit ist die Partizipation von Migranten/innen dort von großer Bedeutung. Aber de facto sind sie nur in seltenen Fällen an den Entscheidungen über die Erneuerung ihrer Stadtteile beteiligt.

Inzwischen liegt eine umfassende Auswertung der Erfahrungen nach vierjähriger Laufzeit des Programms „Soziale Stadt“ vor. In dieser „Zwischenevaluierung“ wird festgestellt, dass Migranten/innen eine Bewohnergruppe darstellen, „die nach bisherigen Erfahrungen weder durch die Beteiligungsverfahren noch durch „aktivierende“ Strategien in bemerkenswertem Umfang erreicht wird.“ (IfS 2004, S. 128)

Bundesweit liegen deshalb relativ wenige Erfahrungen mit Migrantenpartizipation vor. In diesem Zusammenhang sollte auch geklärt werden, unter welchen Bedingungen von einer Partizipation gesprochen werden kann. Ist es ausreichend, wenn Personen mit Migrationshintergrund und Sprachkenntnissen – aber ohne Kontakte zu den Migrantengruppen im Quartier – in den entsprechenden Arbeitsgremien sitzen und mit diskutieren? Oder wenn vom Quartiersmanagement einigen Migrantengruppen vor Ort Projektfonds für ihre eigenen Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden, losgelöst von der Stadtteilarbeit insgesamt? Weder die „Alibi-Vertretung“ noch die separate Stadtteilarbeit ist eine zufriedenstellende Lösung. Das Ziel sollte eine gleichwertige Einbeziehung von Migranten/innen bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Besonderheiten sein. Weiterhin ist es wichtig, dass die Beteiligung über eine „Betroffenen- Vertretung“ (ebenda)

hinausgeht und ein konstruktives Einmischen im Stadtteil bezweckt.

Über die Gründe der relativ schwachen Partizipation von Zugewanderten finden sich in der neueren Literatur einige Hinweise. Im Expertisenband des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“ wird auf die „fehlende personelle Präsenz von Migranten/innen“ in den hauptamtlichen Arbeitsstrukturen vor Ort und damit auf fehlende „Identifikationspersonen für die Bewohner/innen mit Migrationshintergrund“ hingewiesen. In den Nachbarschaftsvereinen wiederum schrecken die „oft sehr formalistische Form der Vereinssitzungen und fehlende Zeit für Übersetzungen“ Migranten/innen ab. Migrantenvereine hingegen existieren entweder nicht vor Ort, oder aber sie schotten sich ab (Seidel 2005, S.236 f. ). In der „Zwischenevaluierung“ wird auf die mangelnden sprachlichen Kenntnisse, auf die Ungewohntheit der Gremienarbeit, auf die fehlenden demokratischen Erfahrungen sowohl in den Herkunftsländern als auch im Aufnahmeland, auf die fehlende Identifikation mit den Problemen vor Ort als Folge der sozialen, kulturellen und politischen Ausgrenzungssituation und schließlich auf die Abschottungstendenzen von bestimmten Migranten-Communities hingewiesen (IfS 2004, S. 128).

Doch diese gesteigerte Aufmerksamkeit aus soziologischer Sicht schützt nicht immer vor Fehleinschätzungen. So wird z.B. vermutet, dass es in der Stadtteilarbeit besonders schwierig wäre, Migranten/innen zu erreichen und für Beteiligungsprozesse zu aktivieren (ebenda), obwohl viele Praxiserfahrungen – auch unsere – diese Annahme widerlegen.

### Integration und Partizipation

Auch bei der Integration von Zugewanderten im Stadtteil ergibt sich aus der „Zwischenevaluierung“ ein deutliches Defizit. Es ist „eines der wichtigsten, hinsichtlich der verfügbaren Instrumentarien aber bisher noch sehr unterentwickelten Handlungsfelder“ (ebenda, S. 166). Es wird festgestellt, dass trotz dieser Erkenntnis, „ nur in seltenen Fällen eine entsprechende Schwerpunktsetzung in den Programmen und Projekten der Quartierspolitik“ erfolgt (ebenda, 167) „Die Verständigung mit Migrantenorganisationen und der Aufbau interkultureller Kommunikation und Kooperation sind sicher mit die schwierigsten Aufgaben der



Stadtteilentwicklung – aber bilden sicher auch eines der größten Potenziale für die Verringerung der Problemlagen.“ ... „Es wird dringend empfohlen, dieses Thema zu einem Schwerpunkt der zukünftigen Programmgestaltung zu machen.“ (ebenda, S. 195).

Aus methodischen Gründen liegt es nahe, die Migrantenbeteiligung im Stadtteil in einen konzeptionellen Zusammenhang mit der kommunalen Integrationsarbeit zu bringen.

„Integration bezeichnet die Eingliederung neuer Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen und die Art und Weise, wie diese neuen Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System sozio-ökonomischer, rechtlicher und kultureller Beziehungen verknüpft werden.“ (Heckmann 2003). Strukturelle, soziale, kulturelle und identifikatorische Dimensionen des Integrationsprozesses werden dabei unterschieden, wobei die strukturelle Integration in die Teilsysteme der Gesellschaft den Kernbereich darstellt.

Ein solches Verständnis vorausgesetzt, können für eine effektive und nachhaltige Integration, sowohl stadtweit als auch für die Stadtteile, folgende Thesen aufgestellt werden:

- Integration setzt wechselseitige Öffnung der Migranten-Communities und der Institutionen der Mehrheitsgesellschaft voraus (Otman 2002). Ohne diese Öffnungsprozesse auf beiden Seiten können die Prozesse auf den unterschiedlichen Integrationsebenen nicht ungehindert ablaufen. Es ist erforderlich, diese Öffnungsprozesse durch eine entsprechende und kontinuierliche Kommunalpolitik zu unterstützen. Im Selbstlauf verlaufen sie sporadisch und punktuell, jedoch nicht systematisch und flächendeckend.
- Migration-Mainstreaming ist ein wichtiges Prinzip der Integrationspolitik und erfordert, (analog dem Prinzip des Gender-Mainstreaming) im Integrationsprozess auf die Belange sowohl von Zugewanderten als auch von Einheimischen einzugehen. Dies kann nur mit einem inhaltlich und methodisch differenzierten Herangehen an beide Bevölkerungsteile erfolgen.
- Integration kann ohne Partizipation von Migranten/innen nicht realisiert werden. Nur wenn sie als Selbstmobilisierungs-

programm von Zugewanderten begriffen und so mit der einheimischen Bevölkerung kommuniziert wird, hat sie Chancen, mit einer entsprechenden Eigendynamik der Migranten-Communities umgesetzt zu werden. Öffnungs- und Partizipationsprozesse wiederum erfordern die systematische und kontinuierliche Stärkung der Ressourcen der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerung.

- Integration kann in der gesamten Kommune nur so weit erfolgreich sein wie in den „schwächsten Kettengliedern“, d.h. in den sozial stärker belasteten Stadtteilen mit höherer Migrantenpopulation. Andererseits kann Partizipation von Migranten/innen im Stadtteil nicht mit einem „Tunnelblick“, sondern nur im Zusammenhang mit einer ganzheitlichen Integrationspolitik in der Kommune realisiert werden.
- Integration darf nicht allein als Summe von Arrangements im Alltag verstanden werden, die sich im Selbstlauf einstellen. Das bedeutet aber keineswegs, dass etwa unbedingt ein ambitioniertes kommunales Steuerungsmodell erforderlich wäre. Zugespitzt formuliert ist ein definitiver politischer Wille, für die Umsetzung der Partizipation Verantwortung zu übernehmen, wichtiger als eine technokratische Integrationsstrategie im Sinne der Verwaltungsmodernisierung. Zusammengefasst brauchen wir ein Konzept der Stärkung von Integrationsbereitschaft und -fähigkeit sowohl bei Zugewanderten als auch bei Einheimischen. Insbesondere ist der Empowerment-Ansatz im Sinne der Ressourcennobilisierung als Leitlinie für Integration erst recht für den Stadtteil unverzichtbar.

Ein Integrationskonzept, das die Stadtteilarbeit systematisch und schwerpunktmäßig einbezieht, sowie eine gute Kooperation zwischen dem Quartiersmanagement und der kommunalen Integrationsfachstelle sind erforderlich, um die Partizipation von zugewanderten Menschen zu initiieren und effektiv zu unterstützen.

#### Facetten der Stadtteilarbeit in Darmstadt

In Darmstadt sind zwei Stadtteile in das Programm „Soziale Stadt“ einbezogen: Kranichstein-Süd und Eberstadt-Süd (Dierks 2004).

Gesamtstadt Darmstadt		Stadtteil Kranichstein-Süd		Stadtteil Eberstadt-Süd	
Einwohnerzahl	davon Ausländer/innen	Einwohnerzahl	davon Ausländer/innen	Einwohnerzahl	davon Ausländer/innen
135.547	15,50%	6.926	24,70%	6.925	19,10%
Arbeitslosendichte	Sozialhilfedichte	Arbeitslosendichte	Sozialhilfedichte	Arbeitslosendichte	Sozialhilfedichte
5,1	5,5	7,3	18,1	10,2	18,3

Sozialatlas  
Darmstadt, Stand:  
31.12.2000

Die soziale Lebenslage der zugewanderten Bevölkerungsgruppen ist besonders prekär (überdurchschnittlich hohe Sozialhilfedichte und Arbeitslosigkeit). Wir finden eine insgesamt verschärfte soziale Problematik, die mit einer hohen Konzentration von Migrantengruppen zusammentrifft, welche besonders hohen sozialen Risiken ausgesetzt sind.

Das Interkulturelle Büro hat in Kranichstein-Süd (2000 – 2003) und in Eberstadt-Süd (2001 – 2004) die Einbeziehung von Migranten/innen in die Stadtteilarbeit gemeinsam mit der Stadtteilwerkstatt aktiv unterstützt, den Beteiligungsprozess moderiert und gesteuert. In den Anfängen des Programms hat es kaum Kontakte zu der Migrantengruppe in den Stadtteilen gegeben. Folgende Aktivitäten mit folgenden Zielen wurden durchgeführt:

an Stadtteilstellen mit Info-Ständen und durch Beiträge im Kulturprogramm aktiv teil.

In den Räumen zur bürgerschaftlichen Nutzung in Kranichstein-Süd führen mehr als zehn Frauengruppen verschiedener Herkunftsländer in Selbstverwaltung ihre Aktivitäten durch. Das Angebot reicht von Deutsch- und Alphabetisierungskursen, muttersprachlichen Kursen für Kinder, Mädchentreffs bis hin zu informellen Treffen zu speziellen Themenbereichen. Da in Eberstadt-Süd keine Räume zur Verfügung stehen, ist es für die Gruppierungen dort schwieriger, sich zu organisieren und eigene Aktivitäten zu entwickeln.

Seit Beginn der Einbeziehung von Migranten/innen in die Stadtteilarbeit sind in Kranichstein-Süd vier und in Eberstadt-Süd zwei neue Migrantengruppen entstanden, wobei alle sechs

Aktivitäten	Ziele
Aufbau und Vernetzung von Migrantengruppen	Gleichwertige Beteiligung von Migranten/innen
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Stadtteilstellen</li> <li>■ Gemeinsame soziale Aktivitäten</li> </ul>	Entwicklung interkultureller Nachbarschaft / Identifikation mit dem Stadtteil
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ „Mama lernt Deutsch“ an Schulen</li> <li>■ Deutschkurse im Stadtteil</li> <li>■ Elterngesprächskreise an Kindergärten und Schulen</li> </ul>	Öffnung der Bildungsinstitutionen / Stärkung der Sprach- und Erziehungskompetenz der Eltern
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Informationsveranstaltungen mit Migrantengruppen</li> <li>■ Mehrsprachige Informationsblätter für Migranten/innen</li> </ul>	Informationsvermittlung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich
Durchführung von Fortbildungen und Tagungen im Stadtteil	Informationsvermittlung zum Thema Migration/ Entwicklung von interkultureller Kompetenz

Folgende Ergebnisse wurden nach jeweils drei Jahren erzielt:

In Kranichstein-Süd existiert die Arbeitsgruppe „Migranten/innen in Kranichstein“ (MIKRA) als Vertretungsgremium der Migrantengruppe im Stadtteil. Sie besteht aus Vertretern/innen aus afghanischen, arabischen, irakisch-kurdischen, pakistanischen, russlanddeutschen und türkisch-alevitischen Communities.

In Eberstadt-Süd existiert die Arbeitsgruppe „Interkulturelle Stadtteilarbeit“ mit Vertreter/innen aus arabischen, polnischen, somalischen, russlanddeutschen und türkisch-alevitischen Communities.

Beide Migrantengruppen sind über die Stadtteilwerkstatt und über direkte Vertreter/innen in das jeweilige Stadtteilnetzwerk vor Ort eingebunden. Die Delegierten der jeweiligen Gruppen nehmen an Entscheidungen teil. Sie beteiligen sich an gemeinsamen Aktivitäten im Stadtteil, wie Reinigungsaktionen oder aktivierenden Befragungen. Sie nehmen auch

vereine Frauenvereine sind.

Nachdem in beiden Stadtteilen wichtige Voraussetzungen erfüllt sind, um die Migrantengruppe am Stadtteilerneuerungsprozess zu gewährleisten, beschränkt sich die Unterstützung des Interkulturellen Büros seit 2003 bzw. 2004 darauf, durch Beratung und punktuelle Interventionen den Selbstlauf der Beteiligungsdynamik von Zugewanderten aufrechtzuerhalten.

Die Erfahrungen der Phase des Selbstlaufs zeigen, dass die Migrantengruppen in den Stadtteilen die wichtigsten Instrumente der Beteiligung sind und die vornehmlichste Aufgabe des Quartiersmanagements darin besteht, dazu beizutragen, dass die Funktionsfähigkeit dieser Instrumente erhalten bleibt.

#### **Zur Entwicklung der Eigendynamik der Migrantengruppe im Stadtteil**

Wie ist diese positive Entwicklung bezüglich der Migrantengruppe in beiden Stadtteilen

innerhalb von jeweils drei Jahren zustande gekommen? Die Entwicklung einer Eigendynamik der Migrantenteilnahme erfolgt durch die Öffnung von Migrantengemeinschaften, indem ihre integrativen Ressourcen gestärkt werden.

Entscheidend in diesem Prozess ist die Herausbildung eines funktionsfähigen und mit den weiteren Arbeitsgruppen im Stadtteil vernetzten Vertretungsgremiums der Migrantengemeinschaft. Die Migrantengruppe setzt sich aus Vertretern/innen der größten Migrantengruppen im Stadtteil zusammen, die sich regelmäßig treffen, Aktivitäten planen und sie mit Hilfe der Stadtteilwerkstatt und des Interkulturellen Büros umsetzen.

Diese parallele aber zugleich vernetzte Arbeitsstruktur entwickelt sich Schritt für Schritt: Der Zugang zu den Migrantengemeinschaften bzw. Migrantengruppen, als wichtigsten Strukturelementen der Migrantengemeinschaft, wird über zweisprachige Vermittlungskräfte gesucht. Die Migrantengruppen im Quartier werden zur Mitarbeit eingeladen. Aus ihrer Sicht diskutieren sie über die Angelegenheiten des Stadtteils und stellen gemeinsam eine Migrantengemeinschaft für das Quartier auf. Mit der Erweiterung der Arbeitsgruppe durch Vertreter/innen weiterer Gruppen wird auch die Agenda weiterentwickelt.

Die Migrantengruppe soll entsprechend dem Stabilisierungstempo ihres Arbeitszusammenhangs Schritt für Schritt geöffnet und mit den „regulären“ Gremienstrukturen im Quartier vernetzt werden. Relevante Fragen werden in der Migrantengruppe vordiskutiert, und die gemeinsam erarbeiteten Vorschläge werden über Delegierte in die Stadtteilrunde sowie in die Bürgerarbeitsgruppen hineingetragen.

Gleichzeitig machen sich die einzelnen Gruppen, die in der Migrantengruppe vertreten sind, im Quartier stärker „sichtbar“ (Aktivitäten in den Räumen zur gemeinschaftlichen Nutzung, Auftritte bei Stadtteilfesten, Beteiligungen an Reinigungsaktionen, Befragungen etc.). Sie nehmen bei entsprechenden Anlässen Kontakt zu den Nachbarn/innen und der einheimischen Bevölkerung auf.

Das Timing der organischen Vernetzung mit den Stadtteilgremien ist so zu steuern, dass sie weder zu früh erfolgt (Gefahr der Entwicklung von „Alibi-Vertretung“) noch zu spät (Gefahr der Verselbständigung der Parallelstruktur).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei Migrantengruppen sich oft stadtteilorientierte Interessen mit kommunalbezogenen oder sogar herkunftslandgeprägten Interessen verknüpfen. Es ist zweckmäßig, die konkreten Motivationslagen nicht zu ignorieren oder zu negieren. Es sollte vielmehr versucht werden, die „aus-

wärtigen“ Interessen für die Entwicklung der Partizipation im Stadtteil zu nutzen.

Manchmal wohnen Mitglieder eines Vereins zwar vor Ort, der Verein aber hat seinen Sitz im City-Bereich. Hier ist zu berücksichtigen, dass der Zugang zu dieser Migrantengruppe im Stadtteil auch über den stadtweit organisierten Verein mit dem Sitz in der City gesucht werden kann, wenn dies die Einbeziehung dieser Gruppe erleichtert.

Nicht selten ziehen partielle Aktivierungsprozesse in den Migrantengemeinschaften organisatorische Differenzierungsprozesse nach sich: Neue Frauen- oder Jugendgruppen oder -vereine konstituieren sich durch Trennung von dem – zumindest für die Teilinteressen dieser Zielgruppen inaktiv gewordenen – „Hauptverein“. In manchen Fällen führt dies übrigens auch zu einer nachträglichen Aktivierung des „Hauptvereins“. Diese Gruppenprozesse von Differenzierung und Neubildung sollten wahrgenommen und behutsam so begleitet werden, dass keine Gruppe sich ausgegrenzt fühlt.

Die Aktivitäten zur Migrantenteilnahme erfordern meistens eine „Qualifizierungsoffensive“ im Stadtteil. Um ihrer vielfältigen Multiplikatorenrolle gerecht zu werden, werden Migrantengruppen/innen aus den Gemeinschaften durch Fort- und Weiterbildungen geschult.<sup>1</sup> Aber auch Alphabetisierungs- und Deutschkurse im Stadtteil sowie (zweisprachige) Informationsveranstaltungen zu wichtigen Themen wie Bildung oder Arbeit stärken die persönlichen Ressourcen von Zugewanderten, insbesondere von Migrantinnen.

### **Schaffung von Voraussetzungen für die Anerkennung der Migrantenteilnahme durch die einheimische Bevölkerung im Stadtteil**

Es ist keineswegs selbstverständlich, dass eine stärkere Migrantenteilnahme im Quartier auf einen gleichzeitigen Öffnungsprozess der Stadtteilgremien trifft und sich positiv auf die Bürgerbeteiligung insgesamt auswirkt. Dieser Prozess der wechselseitigen Öffnung von Migrantengemeinschaften und der Arbeitsstrukturen im Stadtteil sollte deshalb von der Stadtteilwerkstatt und der kommunalen Integrationsstelle gemeinsam und zielgerichtet gestaltet werden.

Ein „multikulturelles“ Stadtfest, das eine eindeutig positive Medienberichterstattung und damit eine Aufwertung des Stadtteils ermöglicht, braucht z.B. von wichtigen Gruppen der einheimischen Bevölkerung im Quartier nicht automatisch akzeptiert zu werden, wenn sie sich darin als Akteure nicht wiederfinden. Die konkreten Motivationslagen der Bürgerarbeitsgruppen, der einheimischen Vereine sowie der Fachkräfte sind differenziert zu berücksichtigen.

1) Aus den Erfahrungen der Stadtteilarbeit heraus wurde in Darmstadt 2003 und 2004 eine neue Weiterbildung als Modellprojekt konzipiert und durchgeführt. Im Rahmen des EQUAL-Programms wurden in Kooperation mit der FH Darmstadt / FB Sozialpädagogik insgesamt 40 Zugewanderte mit angemessenen Vorqualifikationen in zweisemestrigen Kursen zu Integrationsassistentinnen und -assistenten im Bereich Migration weiterqualifiziert.

Wichtige Informationen über die Migrantenvereine bzw. Migrantengruppen vor Ort sollten regelmäßig an die einheimischen Akteursgruppen vermittelt werden. Die Agenda der parallelen (und zugleich vernetzten) Arbeitsstruktur ist von Beginn an und während der gesamten Entwicklungsphase den „regulären“ Gremien transparent zu machen, um Spekulationen und Verunsicherungen vorzubeugen. Nur so können die kommunikativen Voraussetzungen für die Anerkennung der Migrantenarbeitsgruppe als gleichwertiger Akteur im Stadtteil geschaffen werden.

Weiterhin ist es wichtig, den institutionellen Öffnungsprozess durch Angebote zur Kompetenzerweiterung für Einheimische und Zugewanderte sowie für Fachkräfte und Ehrenamtliche gleichzeitig zu unterstützen. In differenzierten Angeboten für Frauen und Männer sowie für Jüngere und Ältere in den Themenbereichen Interkulturelle Kommunikation, Konfliktmediation oder Gewalt-Deeskalation werden die Ressourcen für Zivilkompetenz und interkulturelle Nachbarschaften im Stadtteil gestärkt. So entsteht ein gemeinsamer Pool von Multiplikatoren/innen vor Ort, um bei Stadtteilkonflikten zu vermitteln oder präventiv wirksam zu werden.

In Schulen und Kindergärten werden zeitgleich Öffnungsprojekte wie „Mama lernt Deutsch“ oder „Elterngesprächskreise“ angeboten, um die Schwellenangst zu den Bildungsinstitutionen zu senken. Weiterhin ist es zweckmäßig, systematisch für unterschiedliche Gruppen sinnvolle Gelegenheitsstrukturen zu interkulturellen Begegnungen im Stadtteil zu schaffen. Zu den Voraussetzungen gehört die Organisierung von Räumen vor Ort zur gemeinsamen Nutzung für alle.

Zusammengefasst ist es wichtig, eine offene und integrative Vernetzungskultur im Stadtteil so zu entwickeln, dass die gleichwertige Einbeziehung der Migrantenarbeitsgruppe erst zur Realität und schließlich zur Normalität wird.

### **Rolle der kommunalen Integrationsstelle**

Eine wichtige institutionelle Voraussetzung zur Verankerung der Migrantenbeteiligung im Stadtteil ist die Existenz einer kommunalen Integrationsstelle und ihre Bereitschaft, sich schwerpunktmäßig mit der Stadtteilarbeit zu befassen. Da es bis jetzt kein einheitliches Tätigkeitsprofil für die kommunalen Integrationsstellen gibt, ist dies keine Selbstverständlichkeit.<sup>2</sup>

Es lässt sich leicht zeigen, dass es eine Reihe von Aufgaben einerseits im Stadtteilbereich und andererseits im gesamtkommunalen Bereich gibt, welche sich ergänzen und in der Wirkung der Aktivitäten gegenseitig verstärken.

Erfahrungen und Ergebnisse der Beteiligung von Migranten/innen oder der Schaffung von Gelegenheitsstrukturen zur Entwicklung von interkulturellen Nachbarschaften können auch für andere Stadtteile nutzbar gemacht werden.

Andererseits können die Erfahrungen und Ergebnisse der Förderung und Beratung von Migrantenvereinen und -gruppen oder der Fort- und Weiterbildung sowie der Förderung von Aktivitäten gegen Rassismus und für eine weltoffene Stadt im gesamtkommunalen Kontext unmittelbar auch für die Stadtteilarbeit genutzt werden.

Durch die Schwerpunktbildung im Bereich Stadtteilarbeit ist es dem Interkulturellen Büro möglich, als eine besondere „intermediäre Instanz“ (Otman 2004) zur Unterstützung der Beteiligung von Migranten/innen im Stadtteil zu wirken. Dabei geht es um eine Mittlerfunktion zwischen den institutionellen und lebensweltlichen Strukturen im Stadtteil, d.h. der Stadtteilwerkstatt, der Stadtteilrunde und den Bürgerarbeitsgruppen einerseits sowie der Migrantenarbeitsgruppe als parallele und zugleich vernetzte Arbeitsstruktur andererseits.

Allerdings ist die Gestaltung dieser Rolle abhängig vom Entwicklungsverlauf der Migrantenbeteiligung. Auf jeden Fall ist es sinnvoll, nach der Stabilisierung der Kreisläufe der Kommunikation und Vernetzung von der aktiven Moderatorenrolle auf eine Unterstützungsrolle durch Beratung und punktuelle Interventionen zu wechseln. Idealtypisch macht sich so die kommunale Integrationsstelle langfristig überflüssig.

### **Literatur:**

Dierks, Gabriele (2004): Stadtteilarbeit in Darmstadt Kranichstein-Süd und Eberstadt-Süd. URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/projekte/darmstadt/stadtteilarbeit.htm>

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (2004): Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Berlin

Heckmann, Friedrich (2003): Bedingungen erfolgreicher Integration. Eröffnungsvortrag zur Tagung der Ausländer-/Integrationsbeauftragten des Bundes, der Länder und der Kommunen. Augsburg

Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hg.) (2002): Sozialatlas Darmstadt. Bildung eines Sozialindexes, Beiträge zur Sozialberichterstattung, H. 1. Darmstadt

2) Das ist auch auf der Konferenz der Ausländerbeauftragten/ Integrationsbeauftragten des Bundes, der Länder und der Kommunen am 24. und 25. Mai 2005 in Düsseldorf deutlich geworden, wo der neue Programmschwerpunkt „Integration von Migranten/innen“ des Programms „Soziale Stadt“ vorgestellt wurde.

Otman, Alp (2002): Kommunale Integrationsmaßnahmen. Beispiel: Interkulturelles Büro Darmstadt in: Bukow, Wolf-Dietrich und Yildiz, Erol (Hg): Der Umgang mit der Stadtgesellschaft, Interkulturelle Studien, Band 11. Opladen

Otman, Alp (2004): Thesen zur Partizipation von Migranten/innen im Stadtteil. URL: [http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/projekte/darmstadt/interkulturelles\\_buero.htm](http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/projekte/darmstadt/interkulturelles_buero.htm)

Seidel, Volker (2005): Best-practice-Analyse zum Quartiersmanagement mit dem Fokus „Integration von Migranten“, in: Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt. Hrsg. von den Verbundpartnern „Zuwanderer in der Stadt“, Darmstadt

**Alp Otman**

Interkulturelles Büro der Stadt Darmstadt  
Stadthaus  
Frankfurter Str. 71  
64293 Darmstadt  
Fon: 06151133581  
Email: [interkulturell@darmstadt.de](mailto:interkulturell@darmstadt.de)

## **Migrantenvereine und -selbstorganisationen als Partner für das Berufliche Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten (BQN) in Essen**

### **Was ist BQN?**

BQN steht für Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten und wird aus Mitteln des Bundesprogramms KOMPETENZEN FÖRDERN – Berufliche Qualifizierung von Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf – vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Europäischen Sozialfonds gefördert. BQN Essen ist die erste Einrichtung von neun weiteren, die im Frühjahr 2004 bundesweit an anderen Orten folgten. BQN Essen wird von der Kreis-Handwerkerschaft Essen und der IHK zu Essen getragen und arbeitet seit dem 1. Juni 2003 in den Räumen der Industrie- und Handelskammer zu Essen.

### **Ziele**

Das Hauptziel der BQN Essen ist die Verbesserung der Zugänge von Migrantinnen und Migranten zur beruflichen Bildung und die qualitative Weiterentwicklung der Beratungsstrukturen. Dies soll erreicht werden durch den Aufbau und die Erprobung eines nachhaltigen lokalen und regionalen Kooperationsnetzwerkes unter Beteiligung der Akteure im Bereich der beruflichen Bildung bzw. des Arbeits- und Ausbildungsmarktes, des allgemeinen Bildungswesens, der kommunalen Verwaltung und der Migrantenselbstorganisationen. Zudem hat BQN Essen das Ziel, die Bedeutung der Berufsausbildung von Migrantinnen und Migranten in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken.

Darüber hinaus eröffnete die BQN Essen die Chance, erstmals den Bereich der beruflichen Bildung mit dem Migrationsbereich zu verbinden. Eine Zusammenarbeit dieser beiden Bereiche hat es in Essen nur punktuell und vereinzelt gegeben. Zur Erreichung der vom BQN-Programm vorgegebenen Ziele ist es aber notwendig, alle vorhandenen Kompetenzen in Essen zu nutzen. Vor diesem Hintergrund versteht sich BQN Essen als „Brücke“ zwischen den Akteuren und hat die Aufgabe, alle relevanten Träger aus dem Bereich der Migration, der Bildung, der Stadtverwaltung und der Wirtschaft unter Einbeziehung der Migrantenselbstorganisationen zu vernetzen, um so gemeinsam die berufliche Integration der Jugendlichen mit Migrationshintergrund voranzutreiben.

### **Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen und -selbstorganisationen**

Aus der Zielsetzung wird deutlich, dass eine Zusammenarbeit mit den Migrantenvereinen und -selbstorganisationen sowohl auf strategischer als auch auf operativer Ebene, ein wichtiger Bestandteil der BQN Tätigkeit ist. So ist der Verbund der Essener Immigrantenvereine ein wichtiger Netzwerkpartner der BQN Essen, der als solcher auch an den Netzwerksteuersitzungen der BQN teilnimmt und sich inhaltlich einbringt.

„Zivilgesellschaftliches Engagement und die Organisation von Menschen mit Migrationshintergrund sind wichtige Bestandteile des öffentlichen Lebens in Deutschland. Ob in Form der Migrantenselbstorganisationen (MSO), zu denen Kultur-, Moschee- und Sportvereine gezählt werden, oder in Form von Elternverbänden oder religiösen Gemeinden; die Formen der freiwilligen Organisation von Menschen mit Migrationshintergrund sind vielfältig.“ (Ottman 2004, BQN Aktuell September 04, S.3).

Die Migrantenvereine und -selbstorganisationen wollen vor allem ihren Mitgliedern in sozialen Belangen zur Seite stehen, indem sie z. B. zu unterschiedlichen Themen Informationsveranstaltungen anbieten. Das betrifft natürlich auch den Übergang von der Schule in den Beruf, (Aus-)Bildungsfragen, mit denen Eltern zwangsläufig konfrontiert werden. Ausgehend von der These: „Alle Eltern wollen das Beste für Ihre Kinder“, benötigen diese aber oftmals ausreichende Informationen, Kontakt- und Ansprechpartner/innen, um sich in eine Kommunikation zum Thema (Aus-)Bildungsfragen mit Lehrern/innen, Berufsberatern/innen und ihren Kindern begeben zu können. Vielen Eltern fehlen ausreichend Kenntnisse über das deutsche Schul- und (Aus-)Bildungssystem, was ihnen wiederum die Begleitung und Unterstützung ihrer Kinder bei diesem wichtigen Schritt im Leben erschwert. BQN Essen möchte die Eltern als zentrale Bezugspersonen der Jugendlichen darin unterstützen, ihren Kindern bei der Berufsorientierung als Partner/innen zur Seite zu stehen, betreibt also Elternempowerment. Dabei werden die interkulturellen Erfahrungen der Eltern als eine wichtige Ressource einbezogen.

Eine überaus wichtige Funktion übernimmt dabei der Azubi-Kreis der BQN Essen. Die Erfahrungen von Auszubildenden mit Migrati-

onshintergrund werden als Potenziale in die Informationsveranstaltungen einbezogen. Diese engagierten jungen Menschen begleiten das BQN Team zu den Veranstaltungen, um aus persönlicher Perspektive ihre Erfahrungen beim Übergang von der Schule in den Beruf und in der Ausbildung zu schildern.

Seit Bestehen der BQN Essen wurden einerseits von Seiten des BQN Teams Kontakte zu den verschiedensten Migrantenvereinen und -selbstorganisationen aufgenommen, andererseits haben viele Migrantenvereine und -selbstorganisationen durch die Vorstellung des Projektes im Ausländerbeirat (heute Integrationsbeirat) und durch die Öffentlichkeitsarbeit der BQN selbst den Kontakt aufgenommen. Auch diplomatische Vertretungen haben mit der BQN Essen zusammen gearbeitet (z. B. das türkische Generalkonsulat) oder sich für die Arbeit der BQN interessiert (z. B. das portugiesische Generalkonsulat). Mittlerweile arbeitet die BQN Essen mit vielen Gemeinden und Migrantenselbstorganisationen zusammen, z. B. mit afrikanischen Gemeinden, Islamischen Gemeinden, der Jüdischen Gemeinde, arabischen Gemeinden und der Italienischen Katholischen Mission. Weitere Kontakte zu polnischen, bosnischen und spanischen Migrantenvereinen und -selbstorganisationen befinden sich im Aufbau.

Entscheidend in der Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen und -selbstorganisationen ist, dass die Form der Zusammenarbeit und der Informationsveranstaltungen gemeinsam gestaltet wird. Es wird den Migrantenvereinen und -selbstorganisationen kein fertiges Konzept „übergestülpt“, sondern im Vorfeld wird in Gesprächen mit den jeweiligen Ansprechpartnern/innen genau besprochen, welche Bedürfnisse und Fragen zum Thema (Aus-)Bildung die Vereinsmitglieder haben und wie der Ablauf einer solchen Informationsveranstaltung sinnvoller Weise auf die Mitglieder der jeweiligen Migrantenvereine und -selbstorganisationen zugeschnitten sein sollte. Das beruht auf dem Prinzip einer Zusammenarbeit in „gleicher Augenhöhe“.

Langfristiges Ziel der BQN ist, dass die Migrantenvereine und -selbstorganisationen, u. a. durch die Vernetzung mit anderen arbeitsmarktrelevanten Akteuren, selbstständig Informationsveranstaltungen vorbereiten und durchführen.

Vor diesem Hintergrund wurde Anfang März eine Veranstaltung unter dem Titel „Hand in Hand die Zukunft gestalten“ mit ca. 60 Vertretern/innen aus Wirtschaft, Stadtverwaltung und den Migrantenvereinen und -selbstorganisationen durchgeführt. Diese sollte allen relevanten Partnern/innen die Gelegenheit eröffnen, sich

kennen zu lernen, ins Gespräch zu kommen und an der Umsetzung von Strategien zur besseren beruflichen Integration der Jugendlichen mit Migrationshintergrund mitzuwirken.

Bisher sind Kenntnisse über die jeweiligen Aktivitäten sowohl von Seiten der Wirtschaft und Verwaltung als auch von Seiten der Migrantenorganisationen hinsichtlich der Zielerreichung nicht in ausreichendem Umfang vorhanden, so dass der direkte Austausch darüber hinaus dem besseren Informationsfluss dienen soll.

### **Neutralität**

In einer Stadt wie Essen, wie in vielen anderen Städten und Regionen auch, leben Menschen der unterschiedlichsten Nationalitäten, ethnischen Zugehörigkeiten und Religionen. Um die Ziele der BQN Essen umzusetzen, ist es wichtig, im Interesse der Jugendlichen und ihrer Eltern, mit allen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen zu arbeiten. Das einzige Kriterium ist, möglichst viele Eltern und Jugendliche zu erreichen. Insofern ist es Aufgabe des BQN Teams, neben Professionalität im interkulturellen Kontext auch Neutralität, sowohl politischer als auch religiöser Art, zu verdeutlichen.

Das Ziel, möglichst viele Jugendliche mit Migrationshintergrund in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren, ist unabhängig von Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit und Religion.

#### **Ina Wolbeck**

Berufliche Qualifizierungsnetzwerk für  
Migrantinnen und Migranten  
Im Hause der IHK zu Essen  
Am Waldhausenpark 2  
45127 Essen  
Fon: 02011892333  
Email: wolbeck@essen.ihk.de

## Strategien eines interkulturellen Quartiersmanagements

Der Begriff „Quartiersmanagement“ ist in Deutschland im Zusammenhang mit dem Programm „Soziale Stadt“ bekannt geworden, welches an das Landesprogramm „Stadtteile mit erhöhtem Erneuerungsbedarf“ in NRW anknüpft (vgl. Becker/Löhr 2000), also im Kontext einer Politik der ökonomischen und sozialen Stärkung benachteiligter sozialer Räume („Soziale Stadtentwicklung“). Mittlerweile hat eine Ausdifferenzierung und auch Professionalisierung dieses Konzepts eingesetzt. Die Literaturproduktion schreitet voran. Nicht mehr nur das Quartier ist im Blick, sondern die gesamte Stadt. Stadtentwicklung mit Stadtmanagement erscheint als eine aussichtsreiche Perspektive (vgl. Hochstadt 2005). Eine beachtliche Zahl neuer Studiengänge und Weiterbildungen sind mittlerweile auf dem Markt. Zu nennen sind etwa der Studiengang „Gemeinwesenökonomie“ an der Evangelischen Fachhochschule in Hamburg, der Masterstudiengang „Gemeinwesenentwicklung, Quartiersmanagement und Lokale Ökonomie“ an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin, das Burckardthaus in Gelnhausen. Eine der ersten Adressen für Gemeinwesenarbeit bietet neuerdings eine Fortbildungsreihe „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in der Sozialen Stadt“ an, das Institut für City- und Regionalmanagement Ingolstadt einen gleichnamigen Weiterbildungsstudiengang (vgl. Bönninger 2005). Der cursorische Blick auf neuere (Aufbau-) Studiengänge und Weiterbildungen, die einen Indikator für Professionalisierungsbestrebungen und -prozesse darstellen, zeigt zumindest eines: für die Quartiers-, Stadtteil- und Stadtentwicklung interessieren sich unterschiedliche Disziplinen und Professionen, was wiederum darauf verweist, dass Quartiers- und Stadt(-teil)entwicklung offensichtlich eine inter- bzw. multidisziplinäre Perspektive verlangt.

### 1. Quartiersmanagement: eine (neue) Methode, ein Handlungsansatz oder ein neuer Politiktypus?

Eine allgemein anerkannte Definition von Quartiersmanagement lässt sich bislang nicht auffinden. In einer öffentlichen Ausschreibung des Berliner Senats aus dem Jahr 2001 werden für ein Quartiersmanagement-Team beispielsweise folgende Aufgaben benannt:

„Bewohneraktivierung“, „Stadtteilkoordination“ und Projektinitiierung“. „Das Instrument Quartiersmanagement soll prozesshaft eine In-

tegration und Vernetzung aller Strategien und Aktivitäten (im Stadtteil; D.F.) befördern. Ziel ist es, die Bewohner/innen selbst zu Akteuren der Quartiersentwicklung zu machen, dabei ist es Aufgabe des Quartiersmanagements, die Entstehung von Projekten zu initiieren und zu fördern“ (vgl. Güntner 2004, S. 171f.).

Diese Aufgabenbestimmung weist Quartiersmanagement im Kern als ein Instrument zur Implementation der „sozialen Stadtentwicklung“, wie sie im Programm „Soziale Stadt“ und entsprechenden Länderprogrammen konzeptualisiert ist, aus (Alisch 2001; 2002). Die Nähe zur Gemeinwesenarbeit (GWA) bzw. zur Community Organization (vgl. Galuske 1999, S. 89-100) ist unverkennbar. In diesen Konzepten sind die Aktivierung der Bevölkerung, Selbst- und Nachbarschaftshilfe und Partizipation zentral (vgl. Ries u.a. 1997). Gemeinwesenarbeit als Handlungsprinzip verweist auf die Sozialraumorientierung Sozialer Arbeit. Gemeinwesenarbeit in ihrer professionellen Variante erfolgt überwiegend in Fällen, in denen die „normalen“ Reproduktionsmöglichkeiten und damit die durchschnittliche soziale und gesellschaftliche Teilhabe einer Bevölkerung erheblich eingeschränkt sind und die Selbststeuerungsfähigkeit von Gemeinwesen/ sozialen Räumen nicht mehr gegeben ist. Dieser Sachverhalt trifft in Folge des ökonomischen Strukturwandels auf eine Vielzahl von Stadtteilen und Quartieren zu. Genannt werden sie „benachteiligte Räume“ oder „Stadtteile mit erhöhtem Erneuerungsbedarf“, was zuweilen eine Verniedlichung darstellt, denn nicht wenige davon befinden sich geradezu in einer Fallkurve, die nur mit großer Anstrengung unter Kontrolle gehalten werden kann.<sup>1</sup>

Gemeinwesenarbeit hat in Deutschland bereits eine längere Tradition. Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ erfährt sie einen Bedeutungsgewinn. Quartiermanagement stellt – so die eine Lesart – eine konsequente Weiterentwicklung von Gemeinwesenarbeit dar; oder – die andere Lesart: die Gemeinwesenarbeit bringt ihre Konzepte und Kompetenz in ein übergreifendes Konzept ein: das Quartiersmanagement im Dienste einer „Sozialen Stadtentwicklung“, das aber (weit) über den Gegenstand der Sozialen Arbeit hinausreicht.

Wenn man das Konzept des Quartiersmanagements, dessen Bedeutung und Aufstieg verstehen will, wird man die Aufmerksamkeit nicht nur auf die Entwicklung von Städten, Regionen und Gemeinden, sondern auch auf darauf bezogene (Sozial-)Politiken zu richten haben, auf den Wandel von „kommunalen Leitbildern“ und auf neue „Formen des Regierens“. Güntner (2004) rekonstruiert zutreffend das Programm „Soziale Stadt“ und seine Län-



dervarianten als Reaktion auf zwei strukturell zu unterscheidende Probleme: (1) residentielle Segregation bzw. Verarmung einzelner Quartiere und (2) ineffiziente Politik (Kursivsetzung D.F.) und folgert daraus: „Auf beiden Ebenen – Bund und Land – lässt sich die Politik der sozialen Stadtentwicklung folglich als eine Kombination von substantieller Politik und Institutionenpolitik beschreiben“ (ebd., S. 170).

Wegener (1998), der die Entwicklung kommunaler Leitbilder rekonstruiert hat, diagnostiziert in den neunziger Jahren einen Übergang von der „Ordnungskommune“ zur „Dienstleistungskommune“, deren Legitimation und Leistungsfähigkeit er aber für unzureichend, und deshalb einen weiteren Übergang zur „Bürgerkommune“ für geradezu unausweichlich hält. Während im Typus der „Dienstleistungskommune“ das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit vorrangig und die Blickrichtung auf den Markt und die Abnehmer öffentlicher Leistungen gerichtet ist, steht im Typus der „Bürgerkommune“ der soziale Zusammenhalt im Vordergrund. Nicht die Kundenperspektive ist primär von Interesse (ökonomische Argumentation), sondern die Bürgerschaft und die örtliche Gemeinschaft (politische Argumentation).

Dieses Leitbild wiederum ist verknüpft mit Konzepten der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Filsinger 2000), die in neueren wissenschaftlichen und politischen Diskursen als zu erschließende Ressource für soziale Kohäsion in der „Krise des Sozialen“ verhandelt werden. In der Rede vom „aktiven Staat zum aktivierenden Staat“, vom „ermöglichenden“ bzw. „ermunternden“ Staat, von der „Zivil- bzw. Bürgergesellschaft“ vom Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement, vom Sozialkapital<sup>2</sup> scheint eine neue post-soziale Regierungsstrategie erkennbar. „Regieren durch Community“ (Sutter 2003). In den Ausführungen der Enquete-Kommission werden Selbstbezug und Gemeinwohlorientierung herausgestellt. Kompetenzerwerb rückt in den Mittelpunkt. „Der Optimierung des gesellschaftlichen Lebens wird die selbstverantwortliche Optimierung der individuellen Lebensumstände zur Voraussetzung“ (ebd.). Die Kompetenzanforderungen an die Bürgerinnen und Bürger sind demnach beträchtlich.

## 2. Interkulturelles Quartiermanagement

Der größere Kontext des Quartiersmanagements ist eine sozialintegrative Stadt(teil)politik, die über das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ kleinräumlich umgesetzt werden soll. Dieses wiederum ist eine Antwort auf die sozioökonomische und sozialräumliche Polarisierung der Stadtgesellschaft(en) (vgl. Dangschat 1995; Häußermann 2000, Bremer/Gestring

2004). Dieses Bund-Länder-Programm ist verknüpft mit dem Konzept des „aktivierenden Sozialstaats“ (vgl. Walther 2002; Krummacher u.a. 2003). Die Notwendigkeit einer baulichen und (sozial)infrastrukturellen Erneuerung und Qualifizierung marginalisierter bzw. von Marginalisierung bedrohter Stadtteile und Quartiere, in denen „ethnisierte“ Konflikte um Bewegungsspielräume und Lebenschancen unvermeidbar erscheinen, ist offensichtlich erkannt (vgl. Krummacher/Waltz 1999).

Ein zentrales Anliegen der Stadt(teil-)entwicklung ist die Rekonstruktion eines eigenständigen Stadtteilslebens, die Stärkung der örtlichen Potenziale und die Motivierung der Bewohnerinnen und Bewohner, sich in Initiativen und Vereinen zu engagieren und diese dauerhaft selbst zu organisieren. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass die Stadtteile wieder als selbständige Gemeinwesen funktionieren, also ihre Selbststeuerungsfähigkeit wieder erlangen.

Bestandteile eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts vor Ort sind die Bausteine Bürgeraktivierung, lokale Beschäftigung und Ökonomie, Förderung der Nachbarschafts- und Stadtteilkultur, Verbesserung der Wohnsituation und die städtebauliche Entwicklung. Dem Quartiersmanagement kommt eine Schlüsselfunktion zu. Neben den Bürgerinnen und Bürgern müssen Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wohnungsunternehmen sowie die Träger der Sozialarbeit und Beschäftigungsförderung zur Kooperation gebracht werden; es geht um die inhaltliche und organisatorische Vernetzung lokaler und regionaler Akteure („kooperatives Stadtteilmanagement“) (vgl. Alisch 1998; Alisch 2001; Schubert/Spieckermann 2002).

Interkulturelles Quartiersmanagement braucht, sofern es dieser Qualifizierung bedarf, zwingend eine Vorstellung vom „Interkulturellen“.<sup>3</sup> Gesellschaftlicher Zusammenhalt, möglichst spannungsarme Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Gemeinschaften, zwischen Einwanderungsminoritäten und der Majorität, sind dann am ehesten zu erwarten, wenn jedem Gesellschaftsmitglied eine ökonomisch gesicherte Existenz, in der Regel über den Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit, notfalls über sozialstaatliche Absicherung, eine selbständige Lebensführung und kulturelle Entfaltung, also Lebenschancen im komplexen Sinn ermöglicht werden; wenn jedem Gesellschaftsmitglied „eine fraglos gesellschaftlich nützliche Rolle, d.h. ein Platz im Leben“ (Siebel 1997, S. 35) zugewiesen wird. Nur unter diesen Bedingungen können sich die von dem soziologischen Klassiker Georg Simmel herausgestellten „urbanen Tugenden der resig-nierten Toleranz und Gleichgültigkeit“ (ebd.)

„Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen und -selbstorganisationen in stadtteilbezogene Handlungsstrategien“  
Dokumentation der E&C-Zielgruppenkonferenz vom 25. und 26. Mai 2005

wirklich entfalten. Vielleicht reichen diese Tugenden ja nicht aus, aber sie stellen in Einwanderungsgesellschaften allemal eine erhebliche Leistung dar, die nicht gering geschätzt werden sollte. Die urbane Stadt zeichnet sich durch das Vorhandensein unterschiedlicher sozialer, ethnischer und kultureller Milieus – also einer Kultur der Differenz – aber eben auch durch Fremdheit und Distanz aus. Sozialverhältnisse, die mit „guter Nachbarschaft“ aufgrund von Homogenität beschrieben werden können – um eine Unterscheidung von Claus Offe (1998) aufzugreifen –, sind in der (Groß-)Stadt eher nicht zu erwarten. Sozialverhältnisse der „kategorialen Fremdheit“ sind destruktiv und tunlichst zu vermeiden, aber auch hierzulande wohl nicht auszuschließen. Wenn es gelingt, zu einer „konfliktuellen Kooperation“ zu gelangen, ist schon viel erreicht. Eine solche verlangt zuallererst einen bewussten und sorgfältigen Umgang mit Differenz, also einen reflexiven Umgang mit kultureller Differenz und Interkulturalität (vgl. Hamburger 2000).

Ein angemessenes Konzept interkulturellen Quartiersmanagements muss sich der unaufhebbaren Dialektik von gegenseitiger Abgrenzung und Integration vergewissern. In dieser Perspektive erscheint eine nüchterne und differenzierte Bewertung von Segregation und des „community-building“, also von „ethnic communities“ erforderlich und möglich (vgl. Häußermann/Oswald 1996; Leggewie 2000). Zum einen bedarf es für alle Gruppen in einem Gemeinwesen, d.h. auch und vor allem für die Zugewanderten, Bewegungsspielräume und Rückzugsmöglichkeiten, Orte des Übergangs, d.h. auch der „unvollständigen Integration“ (Bahrtdt); zum anderen bedarf es aber gleichzeitig öffentlicher Räume zwischen Gruppen und Kulturen, auch zwischen den Generationen, in denen Kontakt, Austausch und Arrangements zustande kommen können (vgl. Häußermann 1995; 1998).

Was es braucht sind also Gelegenheitsstrukturen und Interaktion ermöglichende Strukturen. Ein solches Konzept, das dem sozialen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft förderlich sein soll, wird zuallererst vermeiden, soziale Verhältnisse mit Hilfe von kulturellen oder gar ethnischen Kategorien zu beschreiben, also eine Kulturalisierung zu befördern, sondern einen bewussten und sorgsamsten Umgang mit Differenz pflegen. Mit Bernert/Lange könnte man ein Quartiersmanagement in dem Maße als „interkulturell“ bezeichnen, wie es ihm gelingt, „den Raum ‚zwischen‘ den unterschiedlichen menschlichen Lebensstilen so zu gestalten, dass Situationen des offenen zivilgesellschaftlichen Umgangs miteinander zum Normfall werden“

(Bernert/Lange, 2000, S. 29; vgl. auch Bukow u.a. 2001).

### **3. Strategische Orientierungen und Handlungstypen eines interkulturellen Quartiersmanagements**

Quartiersmanagement ist mit Aufgaben der Steuerung, Moderation und Organisation von Stadtteilentwicklungsprozessen befasst. „Top-down“- und „Bottom-up“-Strategien stellen im Kern keine Alternativen dar. Vernünftig erscheint eine intelligente Verknüpfung beider Strategien, wobei „Bottom-up“-Strategien wohl erst noch zu entwickeln sind (vgl. Krummacker u.a. 2003). „Bottom-up“-Strategien müssen die vorhandenen Potenziale und Handlungsbereitschaften aufgreifen. Ein interkulturelles Quartiersmanagement ist auf die Einbeziehung von und die Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen (insbesondere der Migrantenökonomie; vgl. Schuleri-Hartje u.a. 2005) essentiell angewiesen, wobei geschlechts- und generationspezifische Differenzen in den Selbstorganisationen zu beachten sind. Stadtteilentwicklungsprozesse verlaufen aufgrund der unterschiedlichen Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner und der verschiedenen Stadtteilakteure selten konfliktfrei. Der Konflikt ist der Normalfall. Strategisches Handeln ist vor diesem Hintergrund unabdingbar; „konfliktuelle Kooperation“ stellt einen Fortschritt gegenüber Rückzugstendenzen dar, die sowohl auf Seiten der alteingesessenen als auch auf Seiten der zugewanderten Bevölkerung beobachtbar sind. Eine solche Kooperation verlangt auf Seiten des Quartiersmanagements eine „Verständigungsorientierung“, die mit einer manageriellen Denk- und Handlungsweise nur schwer vereinbar ist. Soziale Beziehungen und Lebenswelten lassen sich nun mal nicht mit noch so ausgefeilten Techniken planen oder „herstellen“ (vgl. Leggewie 1993). Eine so konzipierte Regulierung des Sozialen muss notwendigerweise scheitern. Ohne Zweifel fallen aber im Rahmen einer integrierten Quartiersentwicklung auch Managementaufgaben an, die kompetent wahrgenommen werden müssen.

Begreift man interkulturelles Quartiersmanagement als „intermediäre Institution“ (vgl. Lüttringhaus 1998; Filsinger 2000), dann sind vor allem Vermittlungsleistungen zu erbringen, denen ohne eine Verständigungsorientierung wenig Erfolg beschieden sein dürfte. In der praktischen Umsetzung von interkulturellem Quartiersmanagement (IKQM) lassen sich verschiedene Handlungstypen unterscheiden, die in der beruflichen/professionellen Praxis zwar miteinander verknüpft sind, jedoch systematisch zu unterscheiden sind.

### **3.1 Beobachtung: Sozialraumanalyse, Monitoring und Evaluation**

IKQM lässt sich nur auf der Basis einer (empirisch) fundierten Sozialraumanalyse und einer Dauerbeobachtung des Gemeinwesens realisieren.<sup>4</sup> Differenzierte Konzepte zur Sozialraumanalyse liegen vor (vgl. Riege/Schumann 2004). Die Entwicklung von Indikatoren zur Beobachtung und Analyse von Integrationsprozessen (systemische, soziale und kulturelle Integration) schreitet voran, so dass künftig auch ein Instrumentarium zur Verfügung stehen wird. Mit Hilfe eines kleinräumlichen Monitoring (Sozialberichterstattung) ist es möglich, Informationen über Teilhabe, Gefährdungen und Ausgrenzungen (vgl. Bartelheimer 2004) zu gewinnen.<sup>5</sup> Dieses kann auch als „soziales Frühwarnsystem“ (z.B. für aufkommende Konflikte) genutzt werden. In der Beobachtung des Gemeinwesens kommt es vor allem darauf an, „biographische Signale“, Netzwerke und Netzwerkentwicklungen, Engagementpotenziale sowie die sozialen, kulturellen und ökonomischen Möglichkeiten der Bewohnerschaft aufmerksam wahrzunehmen.<sup>6</sup> Eine kontinuierliche Evaluation von Maßnahmen, Projekten und Konzepten versteht sich mittlerweile wohl von selbst (vgl. Filsinger 2004).

### **3.2 Netzwerkförderung**

Der Netzwerkförderung und -entwicklung kommt eine herausragende Bedeutung zu (vgl. Schubert/Spieckermann 2003). Die noch vorhandenen sozialen Netze müssen gestärkt und neue geknüpft werden („networking“). Insofern könnten Quartiersmanager/innen zu Recht als „Netzwerker/innen“ bezeichnet werden.<sup>7</sup> In diese Arbeit müssen die Migranten-Communities einbezogen sein. Der Kindergarten, die Schule und Vereine eignen sich in besonderer Weise, um Netzwerke zu knüpfen. In einer interkulturellen Perspektive kann es allerdings nicht vorrangig um eine Festigung von Bindungen innerhalb von Bevölkerungsgruppen, also von „bounding“-Netzwerken gehen. Vielmehr sind vor allem „Bridging“-Netzwerke (vgl. Klein u.a. 2004) gefragt, die geeignet sind, Brücken zwischen alteingesessener und zugewanderter Bevölkerung bzw. zwischen den Zuwanderergruppen zu bauen.

### **3.3 Ermöglichen/Vermittlung**

Ein Quartiersmanagement, das dem Potenzialansatz folgt, wird vor allem „Möglichkeitenräume“ eröffnen und Vermittlungsleistungen zu erbringen haben. Vermittlungsleistungen sind auf unterschiedlichen Ebenen zu erbringen. Dazu gehören die Inszenierung und Organisation von Gelegenheitsstrukturen bzw. die Unterstützung von „selbst tragenden Struk-

turen“, die Eröffnung von Zugängen zu Institutionen (Kindergarten, Schule, Verwaltung u.a.), auf deren interkulturelle Öffnung hinzuwirken ist (vgl. Handschuk/Schröder 2002), die Entwicklung von Projekten, die Beschaffung von Ressourcen (Räume, Finanzen, Personen), aber auch die „Streitvermittlung“ (Mediation) in Konfliktfällen. Der Vermittlung zwischen (unterschiedlichen) Bewohnerinteressen und Politik/Verwaltung kommt eine herausragende Bedeutung zu (Aushandlungsprozesse). Diese ist im Kern eine Vermittlung zwischen System und Lebenswelt.

In diesem Zusammenhang bedarf es des gezielten Blicks auf die lokale Politikgestaltung, auf das lokale/quartierspezifische Policy-Netzwerk. Aufschluss im Hinblick auf die Chancen und Grenzen von Aushandlungsprozessen, von gemeinsamen Wirklichkeitsdefinitionen und Problemlösungen versprechen lokale Diskursanalysen (vgl. Legewie 1993). Solche Analysen geben Auskunft über Positionen, Deutungsmuster und Interessen der Akteure und Akteurinnen. „So ergibt sich ein Bild der Problem- und Konfliktfelder aus der Sicht der unterschiedlichen Akteure: die Konfliktparteien, ihre unterschiedliche Problemsicht, ihre geäußerten (und möglicherweise verdeckten) Interessen, ihre Wissens- und Machtressourcen, aber auch ihre Ambivalenzen, ihre Kompromiss- und potenzielle Unterstützungsbereitschaft und ihr Engagement für Innovationen werden greifbar“ (Legewie 1993, S. 28).

### **3.4 Planung, Koordination und Vernetzung**

Dieser Handlungstypus unterscheidet sich erheblich von den Handlungstypen zwei und drei, die eher der „bottom-up“-Strategie zuzuordnen sind, und ist in gewisser Weise komplementär zum ersten Handlungstypus zu sehen. Die integrierte Stadtteil- bzw. Quartiersentwicklung stellt eine Querschnittsaufgabe dar, die eine Verknüpfung von baulichen, infrastrukturellen und bildungs- und sozialpolitischen Maßnahmen im Kontext einer sozialen Kommunalpolitik verlangt.<sup>8</sup> Für diese Aufgabe bedarf es zuallererst eines eindeutigen Mandats.

## **4. Voraussetzungen und Vorkehrungen**

Ein so verstandenes interkulturelles Quartiersmanagement ist an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden, oder anders formuliert: es sind bestimmte Vorkehrungen zu treffen. (1) IKQM ist als eine professionelle Aufgabe zu begreifen, nicht als eine politisch-administrative. Insofern muss professionellen Standards Geltung verschafft werden. Quartiersmanager/innen benötigen professionelle Kompetenzen bzw. müssen solche begleitend erwerben oder erweitern (insbesondere „lebensweltli-

che Kundigkeit“). Dazu gehören unabdingbar interkulturelle Kompetenzen.<sup>9</sup> Professionelle Tätigkeiten wiederum benötigen eine (relative) Autonomie und entgegenkommende institutionelle Strukturen.<sup>10</sup> (2) Zur Professionalität gehört, zwischen unterschiedlichen Aufgaben und Rollen unterscheiden zu können (siehe Handlungstypen). Beraten, Ermöglichen, Fördern, Vermitteln und Koordinieren sind Tätigkeiten, die jeweils einer anderen Logik folgen. Die strukturell unterschiedlichen Rollen und Aufgaben müssen transparent gehalten werden, nicht zuletzt um das Vertrauen zu schaffen bzw. zu erhalten, ohne das ein IKQM nicht auskommt. (3) IKQM ist notwendigerweise in institutionelle Strukturen eingebunden. Insofern kommt der Klärung des Auftrags und der Ressourcenausstattung (zum Schutz vor Überforderung) eine zentrale Bedeutung zu. Ohne eine adäquate Einbeziehung in das Beratungs- und Entscheidungsgefüge der Kommune ist ein IKQM in der hier verhandelten Lesart nicht handlungsfähig.

Es erscheint die Frage nahe liegend, ob das komplexe Aufgabenprofil nicht notwendigerweise zu einer Überforderung führen muss, vor allem vor dem Hintergrund strukturell unterschiedlicher Aufgaben. Wenn dem so ist, dann ist zumindest Skepsis angebracht, ob es Sinn macht, diese Aufgaben in einer Hand zu vereinen. Es können nämlich leicht paralysierte Strukturen entstehen, die Fortschritte in den jeweiligen Bereichen behindern. Gerade weil eine integrierte Quartiersentwicklung notwendigerweise multidisziplinär angelegt sein muss, erscheint es sinnvoll, die Beiträge der beteiligten Berufsgruppen/ Professionen genauer zu bestimmen. Eine sorgfältige Unterscheidung zwischen politischen, Management- und professionellen (sozialarbeiterischen) Aufgaben könnte überdies hilfreich sein. Mit einer „Entgrenzung“ ist der Sache in jedem Fall nicht gedient (vgl. Filsinger 2001).

Einer „integrativen“ Quartiersentwicklung das Wort zu reden, sollte einen im übrigen nicht davon abhalten, Differenzen bewusst wahrzunehmen, damit man weiß, was es zu integrieren gilt bzw. wo die Aufrechterhaltung von Differenz nicht nur sinnvoll, sondern geradezu produktiv sein könnte.

Integrierte Stadtteil- bzw. Quartiersentwicklung unter aktiver Beteiligung der Bewohner/innen (insbesondere der Migranten/innen) ist eine Programmformel, die gut begründet ist, sie ist aber nur dann perspektivenreich, wenn das „Soziale“ nicht zu einer Restkategorie gerät (vgl. Schweitzer 2001). Das Programm ist äußerst anspruchsvoll. Die Ansprüche an die Bewohner/innen sind erheblich. Viele Bewohner/innen sind aufgrund ihrer strukturellen

Benachteiligung tendenziell überfordert. Aber auch die Ansprüche an das kommunale politisch-administrative System sind beträchtlich. Es müssen nämlich nicht nur Voraussetzungen geschaffen, damit „Querschnittsaufgaben“ bearbeitet werden können, sondern es bedarf auch „entgegenkommender Strukturen“, die es ermöglichen, dass sich die vorhandenen bzw. mobilisierbaren Selbstbestimmungs-, Innovations- und Partizipationspotenziale der Bewohner/innen, dass sich Politikprozesse überhaupt entfalten können (vgl. Filsinger 2000). Inwieweit diese Voraussetzungen bereits gegeben sind, wäre an Hand der Zwischenbilanzen eigens zu prüfen (vgl. Walther 2002; Krummacher u.a. 2003; Häußermann 2004). Dies kann im Rahmen dieses Beitrags nicht geleistet werden.

## 5. Grenzen und Herausforderungen

Programme und Projekte zur Stadtteil- bzw. Quartiersentwicklung und ein interkulturelles Quartiersmanagement werden nur dann Perspektiven eröffnen, wenn sie neben der Verbesserung der Bildungsbedingungen der dort lebenden Bevölkerung, der Wohnungs- und Wohnumfeldqualität und der sozialen Infrastrukturausstattung darauf abzielen, neue Beschäftigungs- und Erwerbschancen, insbesondere für diejenigen zu eröffnen, die nur schwer oder überhaupt keinen Zugang zu Ausbildung bzw. Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt finden. Damit ist vorrangig eine lokale Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik angesprochen, die darauf abzielen muss, neue Beschäftigungsmöglichkeiten auf unterschiedlichen Qualifikationsniveaus hervorzu- bringen. Es geht also um die Schaffung von wirtschaftlichen Gelegenheiten, die gleichzeitig der baulichen, der Umwelt- und Gemeinschaftsentwicklung zugute kommen, sowie um die Zusammenarbeit zwischen allen relevanten Akteuren/innen (z.B. Stadtteilgruppen, private Akteure/innen, politisch-administrative Akteure/innen, Bewohner/innen). Die Migrantenökonomie und die Migrantenselbstorganisationen stellen ein wichtiges Potenzial dar, das zur Kooperation gebracht werden muss und kann (vgl. Fijalkowski/Gillmeister 1997; Schuleri-Hartje u.a. 2005). Gefragt ist folglich eine kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die mit Hilfe einer „kooperativen Politik“ (vgl. Brocke 2002) spezielle Programme (z.B. im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“) in die lokale und regionale Ökonomie einfügt.

Ohne eine entgegenkommende staatliche Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik dürfte der Erfolg dieses Konzepts aber bescheiden ausfallen. Es dürfte wohl Übereinstimmung darüber bestehen, dass das

anspruchsvolle Konzept der integrierten Sozialraumentwicklung nicht nur einer eindeutigen politischen Option mit dazugehöriger Ressourcenallokation, einer deutlichen Ermutigung und Stützung von Handlungs- bzw. Partizipationsbereitschaften bei den (jungen) Bürgerinnen und Bürgern, gleich welcher Herkunft, sondern vor allem auch ernsthafter Beteiligungsmöglichkeiten bedarf.<sup>11</sup> Der Idee der sozialen Kooperation dürfte überdies nur Erfolg beschieden sein, wenn breit zum Bewusstsein gelangt, dass es eine „öffentliche Verantwortung“ für das soziale Zusammenleben in den Kommunen gibt.

#### Anmerkungen:

1) Mit dem Begriff der „Fallkurve“ knüpfe ich an die Arbeiten von Fritz Schütze (1981) im Rahmen der Biographieforschung an.

2) Vgl. dazu die Ergebnisse der vom Deutschen Bundestag im Jahr 2000 eingesetzten Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (vgl. Blätter der Wohlfahrtspflege, 152. Jg., Heft 3, 2005).

3) Interkulturelles Quartiersmanagement knüpft im Kern an das Paradigma der „Interkulturellen Öffnung“ an. Dieses Paradigma ist in meinem Verständnis als Aufforderung zu verstehen, allen Zugewanderten und ihren Kindern eine umfassende Teilhabe an und den ungehinderten Zugang zu den sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft zu ermöglichen, insbesondere den Zugang zu Bildung, zu Erwerbsarbeit, zu den sozialen Sicherungssystemen, zu den Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, zur sozialen Infrastruktur (vgl. Filsinger 2003; 2004); zur interkulturellen Öffnung sozialer Dienste vgl. auch Barwig/Hinz-Rommel (1995). Interkulturelle Öffnung ist im weitesten Sinne als sozialräumliches Gestaltungsprinzip zu kennzeichnen (vgl. Hartmann/Pröhl 2003).

4) Sinnvoll erscheint eine Verbindung des Lebenslagenansatzes mit Lebenswelt- und Milieuanalysen. Schumann (1994, 1995) hat den sozialen Raum unter verschiedenen Perspektiven konzeptualisiert. Mit Hilfe dieses Untersuchungsansatzes wird die Aufmerksamkeit nicht nur auf vorhandene Netzwerke und die darin vorfindbaren Ressourcen und Kompetenzen gerichtet, sondern auch auf die im sozialen Raum stattfindenden Prozesse, auf die soziale Strukturierung des Raums. Vor dem Hintergrund so gewonnenen Wissens lassen sich die Chancen, Bruchstellen und Grenzen sowie Ansatzpunkte zur Aktivierung und Unterstützung des Engagements von Bewohnern/innen genauer bestimmen.

5) Vgl. dazu die Analysen von Ziegler/Otto (2004 a; b) zum Zusammenhang von Sozialraum und sozialem Ausschluss.

6) In diesem Zusammenhang erscheint ein Hinweis auf die Aufgabe der sozialarbeiterischen Profession weiterführend. Sie muss, „biographische Signale“, Lebensprobleme, Risse und Brüche des Sozialen“ aufmerksam wahrnehmen, Unterstützung bei der Lebensführung/Lebensbewältigung anbieten und Empowermentprozesse begleiten, also so handeln, dass individuelle und soziale Ressourcen sich entfalten, gestärkt und erweitert werden können“ (Kraimer 1994, S. 54); zum Zusammenhang von Sozialraum und Biographie vgl. auch Schumann (1995; 2004).

7) In diesem Zusammenhang ist auf einer Unterscheidung zwischen „sozialen Netzwerken“ und „Policy-Netzwerken“ (vgl. Héritier 1993) zu bestehen. Zum „Netzwerkmanagement“ als einer zentralen Aufgabe des Quartiersmanagements vgl. Güntner (2004); zur sozialwissenschaftlichen Netzwerkanalyse vgl. Trezzini (1998).

8) Zur „Vernetzung“ vgl. die grundlegende Arbeit von Filsinger/Bergold (1993).

9) Zur „interkulturellen Kompetenz“ vgl. Hinz-Rommel (1996); Matthes (1998); Auernheimer (2002); Filsinger (2003).

10) Hierzu gehört selbstverständlich eine „interkulturelle Öffnung“ der Organisationen, vgl. Handschuk/Schröer 2002; 2005.

11) Die integrierte Sozialraumentwicklung bedarf einer Einbindung in eine kommunale Integrationspolitik (vgl. Filsinger 2002; Pröhl/Hartmann 2002; Hartmann/Pröhl 2003; Petendra 2005; Schader-Stiftung u.a. 2005), die wohl nicht ohne eine „Interaktionspolitik“ auskommt (vgl. Lamura 1998); vgl. dazu auch den Wettbewerb der Bertelsmann-Stiftung und des Bundesinnenministeriums ([www.erfolgreiche-integration.de](http://www.erfolgreiche-integration.de)).

## Literatur

Alisch, M. (1998): Soziale Stadtentwicklung durch Stadtteilmanagement. Das Hamburger Rahmenkonzept für benachteiligte Quartiere. In: Klöck, T. (Hg.): Solidarische Ökonomie und Empowerment (Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 6). Neu-Ulm, S. 205-218

Alisch, M. (2002): Soziale Stadtentwicklung – Politik mit neuer Qualität? In: Walther, U. J. (Hg.): Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen, S. 57-70

Alisch, M. (Hg.) (2001; 2. Aufl.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen

Auernheimer, G. (Hg.) (2001): Migration als Herausforderung für pädagogische Institutionen. Interkulturelle Studien 7. Opladen

Auernheimer, G. (Hg.) (2002): Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität. Interkulturelle Studien 13. Opladen

Bartelheimer, P. (2004): Teilhabe, Gefährdung und Ausgrenzung als Leitbegriffe der Sozialberichterstattung. SOFI-Mitteilungen Nr. 21. Göttingen

Barwig, K. u. Hinz-Rommel, W. (Hg.) (1995). Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste. Freiburg/Brsg.: Lambertus

Becker, H./Löhr, R. P. (2000): „Soziale Stadt“ - Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. Aus Politik und Zeit-

geschichte, B10-11

Bernert, J./Lange, M. (2000): Interkulturelle Kompetenz in Kommunalverwaltung und Gemeinwesenarbeit am Beispiel der Stadt Göttingen. In: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hg.). Integration in Städten und Gemeinden (In der Diskussion: Nr. 9) (S. 17-32). Berlin und Bonn

Blätter der Wohlfahrtspflege, 151. Jg., Heft 6, 2004 (Themenheft: Interkulturelle Arbeit)

Blätter der Wohlfahrtspflege, 152. Jg., Heft 3, 2005 (Themenheft: Bürgerengagement)

Bönninger, T. (2005): Qualifizierungsangebote deutschsprachiger Einrichtungen. In: Hochstadt, S. (Hg.): Stadtentwicklung mit Stadtmanagement? Wiesbaden, S. 193-202

Bremer, P./Gestring, N. (2004): Migranten – ausgegrenzt?. In: Häußermann, H./Kronauer, M./Siebel, W. (Hg.): An den Rändern der Städte. Frankfurt a. Main, S. 261-264

Brocke, H. (2002): Soziale Arbeit als Koproduktion. Journal der Regiestelle E&C, Nr. 7, S. 1-10. [www.eundc.de](http://www.eundc.de).

Bukow, W. D./Nikodem, C./Schulze, E./Yildiz, E. (2001). Die multikulturelle Stadt. Wiesbaden

Dangschat, J. S. (1995): Multikulturelle Gesellschaft und sozialräumliche Polarisierung. In: Schwarz, U./Hamburgische Architektenkammer (Hg.): Risiko Stadt?: Perspektiven der Urbanität. Hamburg, S. 178-191

Fijalkowski, J. u. Gillmeister, H. (1997): Ausländervereine. Ein Forschungsbericht über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in der Aufnahmegesellschaft - am Beispiel Berlins. Berlin: Hitit-Verlag

Filsinger, D. (2000): Zivilgesellschaftliche Gestaltung: Kontexte, (Test-) Felder und Forschungsaufgaben. In: Elsen, S./Ries, H.A. u.a. (Hg.): Sozialen Wandel gestalten - Lernen für die Zivilgesellschaft. Neuwied/Kriftel, S. 54-79

Filsinger, D. (2001): Stadtteilmanagement. In: Arbeitskreis Alternative Arbeitsmarktpolitik (AKAA) (Hg.): Soziale Stadt - Chancen einer ganzheitlichen Stadtteilentwicklung. Saarbrücken, S. 75-81

Filsinger, D. (2002). Die Entwicklung der kommunalen Integrationspolitik und Integrationspraxis der 90er Jahre. IZA – Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 2, S. 13-19

Filsinger, D. (2003): Interkulturelle Öffnung Sozialer Dienste. Expertise für die Regiestelle E&C der Stiftung SPI, Berlin [[www.eundc.de](http://www.eundc.de)]

Filsinger, D. (2004): Interkulturelle Öffnung der Institutionen der Einwanderungsgesellschaft. In: Stiftung SPI – Regiestelle E&C (Hg.): Interkulturelle (Stadt)politik. Dokumentation der Veranstaltung vom 8. und 9. 12.2003. Berlin, S. 14-23 [[www.eundc.de](http://www.eundc.de)]

Filsinger, D./Bergold, J. (1993): Entwicklungsmuster und Entwicklungsdynamik psychosozialer Dienste. In: Bergold, J./Filsinger, D. (Hg.): Vernetzung psychosozialer Dienste. Weinheim/München, S. 11-47

Galuske, M. (1999): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim/München, S. 89-100

Güntner, S. (2004): Quartiersmanagement als Netzwerkmanagement. Über das Organisieren von politischer Intervention in Armutsquartieren. In: Walther, U.J. u. Mensch, K. (Hg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt, S. 169-187

Hamburger, F. (2000): Reflexive Interkulturalität. In: Hamburger, F. (Hg.): Pädagogische Praxis und erziehungswissenschaftliche Theorie zwischen Lokalität und Globalität. Frankfurt a. Main/Berlin, S. 191-200

Handschuk, S. u. Schröer, H. (2002): Interkulturelle Orientierung und Öffnung von Organisationen. Neue Praxis, 32. Jg., Heft 5, S. 511-521

Handschuk, S. (2005): Interkulturell orientiertes Qualitätsmanagement. In: Sprung, A./Posch, K. (Hg.): Perspektivenwechsel? Empowerment und Sozialarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Graz, S. 87-91

Hartmann, H./Pröhl, M. (2003): Interkulturelle Stadtpolitik – Handlungsansätze und gute Beispiele. Journal der Regiestelle E&C, Stiftung SPI Berlin, Heft 10, S. 1-11

Häußermann, H. (1995). Die Stadt und die Stadtsoziologie. Urbane Lebensweise und die Integration des Fremden. Berliner Journal für Soziologie, 5. Jg., Heft 1, S. 89-98

Häußermann, H. (1998): Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen <<underclass>>. In: Heitmeyer, W./Dollase, R./Backes, O. (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt a. Main, S. 145-175

Häußermann, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. Aus Politik und Zeitgeschichte, B10-11

Häußermann, H. (2004). Zwischenevaluation des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Die „Soziale Stadt“. In: Walther, U.J. u. Mensch, K. (Hg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt, S. 268-287

Häußermann, H./Oswald, I. (1996). Stadtentwicklung und Zuwanderung. In: Schäfers, B./Wewer, G. (Hg.): Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt. Opladen, S. 85-102

- Héritier, A. (1993): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. ( Politische Viertel-jahresschrift Sonderheft 24). Opladen
- Hinz-Rommel, W. (1996): Interkulturelle Kompetenz und Qualität. Zwei Dimensionen von Professionalität in der Sozialen Arbeit. IZA – Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 3+4, S. 20-25
- Hochstadt, S. (Hg.) (2005): Stadtentwicklung mit Stadtmanagement? Wiesbaden
- Klein, A./ Kern, K./Geißel, B./Berger, M. (Hg.) (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital – Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Opladen
- Kraimer, K. (1994):. Die Rückgewinnung des Pädagogischen. München/Weinheim
- Krummacker, M./Kulbach, R./Waltz, V./Wohlfahrt, N. (2003). Sozialsplaltung der Städte, Sozialraumorientierung und Quartiersmanagement. Opladen
- Krummacker, M./Waltz, V. (1999): Kommunale Migrations- und Integrationspolitik. In.: Dietz, B./Eißel, D./Naumann, D. (Hg.): Handbuch der kommunalen Sozialpolitik. Opladen, S. 465-489
- Lamura, G. (1998): Migration und kommunale Integrationspolitik. Wiesbaden
- Legewie, H. (1993): Zur „Planbarkeit“ von Lebenswelten. Diskursanalyse in der Technikgestaltung, Stadtentwicklung und Gesundheitsförderung, Manuskript. Berlin
- Leggewie, C. (2000): Integration und Segregation. In: Bade, K.J./Münz, R. (Hg.): Migrationsreport 2000. Fakten, Analysen, Perspektiven. Frankfurt/M./New York, S.85-117
- Lüttringhaus, M. (1998). Intermediäre Instanzen in der interkulturellen Arbeit. In: Breidenstein, L./Kiesel, D./Walther, J. (Hg.): Migration, Konflikt und Mediation. Zum interkulturellen Diskurs in der Jugendarbeit. Frankfurt a. Main, S. 123-133
- Matthes, J. (1998): Interkulturelle Kompetenz. Merkur, 52. Jg., Heft 3, S. 227-238
- Offe, C. (1996). Moderne «Barbarei»: Der Naturzustand im Kleinformat? In: Miller, M./Soeffner, H.G. (Hg.): Modernität und Barbarei. Frankfurt a. Main, S. 258-289
- Otto, H. U./Ziegler, H. (2004a): Sozialraum und sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-liberaler Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit (Teil 1). Neue Praxis, 34. Jg., Heft 2, S. 117-135
- Otto, H. U./Ziegler, H. (2004b): Sozialraum und sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-liberaler Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit (Teil 2). Neue Praxis, 34. Jg., Heft 3, S. 271-291
- Petendra, B. (2005). Sozialräumliche Integration von Zuwanderern. Best-Practice. Beispiele. Werkstattbericht. Schader-Stiftung. Darmstadt
- Pröhl, M./Hartmann, H. (Hg.) (2002): Strategien der Integration. Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Stadtpolitik. Cities of Tomorrow. International Network for Better Local Government. Gütersloh (www.cities-of-tomorrow.net)
- Riege, M./Schubert, H. (Hg.) (2004; 2. Aufl.). Sozialraumanalyse. Grundlagen, Methoden, Praxis. Wiesbaden
- Ries, H. A./Elsen, S./Steinmetz, B./Homfeldt, H. G. (Hg.) (1997): Hoffnung Gemeinwesen. Innovative Gemeinwesenarbeit und Problemlösungen in den Bereichen lokaler Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Benachteiligung, Neuwied/Kriftel
- Schader-Stiftung u.a. (2005): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik. Darmstadt
- Schubert, H./Spieckermann, H. (2002): Aufbau von Netzwerken als Kernaufgabe des Quartiersmanagements. In: Walther, J.U. (Hg.). Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt?. Opladen, S. 147-164
- Schuleri-Hartje, U. K./Floeting, H./Reimann, B. (2005): Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab. Darmstadt
- Schumann, M. (1995): Sozialraumanalyse und Ethnographie in Jugendhilfe und Jugendarbeit. deutsche jugend, 43. Jg., Heft 5, S. 210-226
- Schumann, M. (2004): Sozialraum und Biographie. Versuch einer pädagogischen Standortbestimmung. Neue Praxis, 34. Jg., Heft 4, S. 323-337
- Schütze, F. (1981): Prozessstrukturen des Lebenslaufs. In: Mathes, J. u.a. (Hg.): Biographie in handlungswissenschaftlicher Perspektive. Nürnberg, S. 67-156
- Schweitzer, H. (2001): Partizipation von Migranten an kommunalen Planungsprozessen - das Beispiel der Stadt Essen. IZA - Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 3-4, S. 39-49
- Siebel, W. (1997). Die Stadt und die Zuwanderer. In: Häußermann, H./Oswald, I. (HG.): Zuwanderung und Stadtentwicklung. Opladen, S. 30-41
- Sutter, B. (2003). Regieren durch Community. Bürgerschaftliches Engagement als postsoziale Regierungsstrategie. In: Allmendinger, J. (Hg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Leipzig 2002. Beiträge aus Arbeitsgruppen, Sektionssitzungen und den Ad-hoc-Gruppen. DGS-Kongressband 2002, CD-ROM
- Trezzini, B. (1998). Theoretische Aspekte der sozialwissenschaftlichen Netzwerkanalyse. Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 24. Jg., Heft 3, S. 511-544

Walther, U. J. (Hg.) (2002). Soziale Stadt – Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt? Opladen

Walther, U. J. u. Mensch, K. (Hg.) (2004): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt

Wegener, A. (1998): Was kommt nach dem Neuen Steuerungsmodell? Von der Behörde über das Dienstleistungsunternehmen zur Bürgerkommune. BISS-Public, Heft 26, 139-152

**Prof. Dr. Dieter Filsinger**

Katholische Hochschule für Soziale Arbeit  
Saarbrücken  
Rastpfuhl 12 A  
66113 Saarbrücken  
Fon: 06819713213  
Email: [filsinger@khsa.de](mailto:filsinger@khsa.de)  
[www.khsa.de](http://www.khsa.de)



Reinhard Fischer

## Zusammenarbeit mit Moscheevereinen im Quartier Soldiner Straße, Berlin

### Das Gebiet Soldiner Straße

Das Quartier Soldiner Straße ist ein Altbaugebiet im Stadtteil Wedding am nördlichen Rand der Berliner Innenstadt. Das Quartier entstand als Wohngebiet für die Arbeiter der großen Industriebetriebe, die sich Ende des 19. Jahrhunderts im Wedding ansiedelten. Nach dem Bau der Mauer 1961 lag das Quartier Soldiner Straße bis 1989 wie eine Sackgasse ganz am Rande Westberlins. Seit den 1960er Jahren sind zunehmend Migranten/innen vor allem aus der Türkei zugezogen. In den 60er und 70er Jahren wurden einzelne große Wohnblöcke des Sozialen Wohnungsbaus errichtet. In den 80er und 90er Jahren wurden Teile des Altbaubestandes im Quartier mit öffentlichen Mitteln saniert, so dass die Ausstattung der Wohnungen heute überwiegend gut ist.

Die Öffnung der Mauer 1989 rückte das Gebiet von einer Randlage wieder in eine zentrale Lage. Durch den Ausbau der Nahverkehrsverbindungen zwischen den beiden Teilen der Stadt ist das Quartier sehr gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Der wirtschaftliche Strukturwandel der 90er Jahre führte zum Abbau von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe und in der Industrie und damit zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit im Arbeiterquartier Soldiner Straße. Von der Arbeitslosigkeit sind Migranten/innen stärker betroffen als Deutsche.

Mitte 2004 bezogen 23,5 % der Bewohner/innen Sozialhilfe (20,4 % der Deutschen und 28 % der Ausländer/innen). Die Arbeitslosenquote wird auf Stadtteilebene nicht erhoben, liegt aber wahrscheinlich bei ungefähr 25 %. Migranten/innen sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen. So lag die Arbeitslosenquote unter türkischen Staatsbürgern in Berlin 2004 drei mal so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt.

Von den 15.136 Einwohnerinnen und Einwohnern (2004) im Gebiet Soldiner Straße haben 58,7 % die deutsche Staatsbürgerschaft und 20,7 % die türkische Staatsbürgerschaft. Unter den 20,6 %, die weder deutsche noch türkische Staatsbürger sind, sind viele Migranten/innen muslimischer Religion aus arabischen Ländern, vom Balkan oder aus Südasien.

Unter den deutschen Staatsbürgern sind einige eingebürgerte Muslime/innen. In den Schulen des Gebietes haben 81 % der Schülerinnen und Schüler Deutsch nicht als Mutter-

sprache erlernt. Ca. 40-50 % der Kinder haben Türkisch und ca. 10 % der Kinder Arabisch als Muttersprache. Auch wenn keine statistische Angaben auf Quartiersebene vorliegen, kann man davon ausgehen, dass ca. 35-40 % der Bewohner/innen und ca. 60 % der Kinder und Jugendlichen im Quartier Soldiner Straße Muslime/innen sind.

### Migrantenvereine im Gebiet

Die meisten Migrantenvereine im Gebiet lassen sich zwei großen Gruppen zuordnen: Eine Gruppe bilden sieben islamisch-religiöse Vereine, die Moscheen oder Koranschulen betreiben. Auf diese Gruppe wird später im Beitrag eingegangen.

Eine andere Gruppe besteht aus Vereinen, deren Hauptziel zu sein scheint, ein Vereinslokal zu betreiben, das sich von außen nur durch den Hinweis „Zutritt nur für Mitglieder“ von kommerziellen Gaststätten unterscheidet. Zu dieser Gruppe gehören ca. 10 bis 12 Vereine mit einer relativ hohen Fluktuation aus Schließung, Umbenennung und Umzügen innerhalb des Gebietes. Insbesondere von deutschen Bewohner/innen wird der Verdacht geäußert, dass es sich bei diesen Vereinslokalen um „Zockerkneipen“ handelt, die aus steuerlichen Gründen nicht als Gaststätten geführt werden. Innerhalb dieser Vereine ist das Interesse an Stadtteilentwicklung nicht besonders entwickelt.

Nur drei Vereine gehören zu keiner dieser beiden Gruppen. Ein türkischer Kulturverein, ein arabischer Elternverein und ein russischer Kulturverein. Diese drei Vereine sind bereits Träger von Projekten, die aus E&C, LOS oder dem Programm „Soziale Stadt“ finanziert wurden oder werden. Sie sind für Stadtteilentwicklung aufgeschlossen und haben engen Kontakt zum Quartiersmanagement. Im Vereinsleben des türkischen Kulturvereins spielt alevitische Religiosität eine gewisse Rolle, doch ist verbindendes Element vor allem die gemeinsame Herkunft aus einem Ort in Anatolien. Deshalb ist dieser Verein eher ein Kulturverein als ein alevitisch-religiöser Verein. Der arabische Elternverein und der russische Kulturverein verfügen nur über sehr wenige Mitglieder im Gebiet. Vor diesem Hintergrund war die Zusammenarbeit mit islamischen Vereinen für das Quartiersmanagement Soldiner Straße seit Beginn der Arbeit 1999 sehr wichtig.

### Islamische Vereine im Gebiet

Insgesamt gibt es im Gebiet sieben islamische Vereine. Der älteste Verein ist ein bereits 1978 gegründeter türkischer Moscheeverein, der mehrfach innerhalb des Gebietes umgezogen ist. Der jüngste Verein ist ein von Menschen

arabischer Herkunft getragener Verein, der erst 2004 ins Vereinsregister eingetragen wurde und zur Zeit noch eine Fabriketage in einen Gebetsraum umbaut. Im einzelnen sind die Vereine:

- Haci Bayram Moschee (Mitglied der Islamischen Föderation Berlin) in einem Remisegebäude, das im Eigentum des Dachverbandes steht
- Mescid-i Aksa Moschee (gehört zu DITIB) in einem gemieteten Ladenlokal, wird überwiegend von älteren, türkischen Muslimen/innen besucht
- Imam Cafer Sadik Moschee, eine türkisch-schiitisch Moschee in einem ehem. Fabrikgebäude im Eigentum des Vereins, wird überwiegend von Muslimen/innen aus Igdir und Kars (in der Türkei), aber auch von Muslimen/innen aus Aserbaidschan besucht
- Bilal Moschee in einem gemieteten Remisegebäude, wird von zwei Vereinen – dem Islami Tehrik e.V. (Mitglieder aus Pakistan und Indien) und dem Deutschsprachigen Muslimkreis DMK e.V. – getragen
- Bildungs-, Kultur- und Sozialverein in einem gemieteten Ladenlokal, bietet Korankurse, vor allem für arabische Kinder
- Islamisches Zentrum für Dialog und Bildung in einer gemieteten Fabriketage, wird überwiegend von arabischen Familien besucht
- Islamisches Kulturzentrum für religiöse Aufklärung e.V. richtet z.Zt. in einer gemieteten Fabriketage die Rahman-Moschee ein, die ebenfalls vor allem arabische Muslime/innen anspricht

Insgesamt lassen sich seit 1999 folgende Tendenzen feststellen: während die älteren Vereine bis Mitte der 90er Jahre von Muslimen/innen türkischer Herkunft getragen wurden, werden die neuen Vereine von Menschen arabischer Herkunft getragen oder sind multi-ethnisch ausgerichtet. Neu gegründete islamische Vereine agieren überwiegend außerhalb von Dachverbänden.

Nur zwei der sieben Vereine betreiben stadtteilorientierte Moscheen, d.h. sie werden überwiegend von Menschen aus der direkten Umgebung besucht. Diese beiden Moscheen gehören zu türkischen Dachverbänden, die ein dichtes Netz an Moscheen in Berlin unterhalten (DITIB und Islamische Föderation). Die anderen fünf Vereine haben ein sehr weites Einzugsgebiet. Teilweise kommen die Besucher/innen aus der ganzen Stadt. Deshalb ist in diesen Vereinen das Interesse an Stadtteilentwicklung nicht sehr ausgeprägt.

Die Vereinsräume sind architektonisch nicht als Moscheen zu erkennen: zwei liegen in Hinterhofremisen, eins in einem ehemaligen Fabrikgebäude, zwei in größeren Fabriketagen und

zwei in gemieteten Ladengeschäften.

Die sieben islamischen Vereine liegen in einem Gebiet, das weniger als 0,5 km<sup>2</sup> groß ist. Südlich des Quartiers Soldiner Straße liegt ein weiteres Cluster mit fünf Moscheen. Damit ist dieser Teil des Stadtteils Wedding in den letzten Jahren zu einem „Moscheenzentrum“ geworden. Insgesamt dürfte es in Berlin mehr als 100 Moscheen oder islamische Gebetsstätten geben. Eine Broschüre zu Moscheen und islamischem Leben in Berlin (Jonker/Kapphan 1999) und ein Handbuch der Religionen in Berlin (Grübel/Rademacher 2003) listen zahlreiche Vereine auf, geben aber keinen vollständigen Überblick.

Die Gründe, warum das Soldiner Quartier ein bevorzugter Standort für Moscheen und islamische Vereine ist, sind der relativ hohe Anteil an muslimischen Bewohner/innen, die Verfügbarkeit günstiger und geeigneter Gewerberäume und die gute Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

#### **Die Bedeutung der Islamischen Vereine für muslimische Bewohnerinnen und Bewohner**

Nur ca. 15 % der Muslime/innen in Deutschland sind Mitglieder in islamischen Vereinen (Lemmen 2000, S.77). Auch im Soldiner Quartier dürfte dieser Anteil nicht wesentlich höher sein. Über die offiziell als Vereinsmitglieder aufgenommenen Personen hinaus erreichen Moscheevereine einen größeren Kreis an Besucher/innen von Freitags- und Festtagspredigten. Größeren Einfluss üben diese Vereine als Anbieter von außerschulischem Religionsunterricht oder Korankursen aus. Denn hier vermitteln sie nicht nur Muttersprache (Türkisch, Arabisch, Urdu) und Grundlagen der Religion (durch Auswendiglernen von Teilen des Korans), sondern vor allem auch ihre Interpretation von Religion.

Die Wahl, zu welcher Moschee ein Muslim oder eine Muslimin geht, hängt von vielen Faktoren ab. Ein entscheidender Faktor ist die Sprache. Türkisch-stämmige Muslime/innen bevorzugen türkischsprachige Angebote, Arabisch-stämmige eher arabischsprachige Angebote. Da es aber in unmittelbarer Laufnähe mehrere türkisch- und mehrere arabischsprachige Angebote gibt, ist eine Art Markt entstanden, auf dem die islamischen Vereine um die Gläubigen, ihre Kinder und ihre Spenden konkurrieren. Ein im Jahr 2000 eingerichteter Koranschulverein, der arabische Kinder unterrichtet, hatte bis 2003 ca. 80 Schülerinnen und Schüler. Die Einrichtung eines konkurrierenden arabischsprachigen Angebots in ca. 300 m Entfernung, das eine andere theologische Ausrichtung und ein ausgereifteres didaktisches Konzept bot, führte zu einem Absin-

ken der Schülerzahlen von 80 auf ca. 25. Das heißt, das oft in der Presse gezeichnete Bild von Moscheevereinen, die das Leben und Alltagsverhalten der Muslime/innen dominieren und kontrollieren wollen, wird relativiert, wenn man sich die Konkurrenzsituation zwischen den Vereinen klar macht. Die einzelnen Gläubigen sind die „Kunden/innen“ die darüber entscheiden, wem sie spenden und wem sie die religiöse Unterweisung ihrer Kinder anvertrauen. Muslimische Bewohner/innen suchen in islamischen Vereinen und Moscheen Rückbesinnung auf ihre kulturelle und religiöse Identität. Moscheen bieten Schutz vor Assimilationsängsten.

### **Zusammenarbeit mit islamischen Vereinen**

In der Zusammenarbeit zwischen den islamischen Vereinen und dem Quartiersmanagement-Team spielen die jeweiligen Interessen eine wichtige Rolle. Das Quartiersmanagement-Team stellt fest, dass bei den meisten Beteiligungsprozessen im Quartier Migranten/innen unterrepräsentiert sind. Vor diesem Hintergrund werden Moscheen als Orte genutzt, Migranten/innen zu erreichen.

Islamische Vereine beteiligen sich an Veranstaltungen des Quartiersmanagements, wie Straßenfesten oder Diskussionsveranstaltungen. Personen, die in islamischen Vereinen aktiv sind, beteiligen sich in Gremien des Quartiersmanagements, wie dem Vergabebeirat für den Aktionsfonds und dem Quartiersrat. Auch in diesen Gremien sind Migranten/innen deutlich unterrepräsentiert.

Das Quartiersmanagement möchte deutlich machen, dass eine aktive Mitwirkung an den Veränderungen im Stadtteil nicht im Widerspruch zur religiösen Identität stehen muss. Engagement heißt nicht Assimilation.

Moscheen und islamische Vereine erhoffen sich vom Quartiersmanagement Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Organisation von Veranstaltungen. So unterstützt das Quartiersmanagement die Moscheen dabei, zum „Tag der offenen Moscheen“ am 3. Oktober möglichst gezielt Nachbarinnen und Nachbarn einzuladen und die Veranstaltungen in der lokalen Presse anzukündigen. Durch das Quartiersmanagement bekommen die Moscheen und islamischen Vereine Kontakte, etwa zur Bezirksverwaltung, zur Polizei oder zu Schulen. Das Quartiersmanagement versorgt die Moscheen mit Informationen über Beteiligungsverfahren und Finanzierungsmöglichkeiten. So gab es bereits drei Projektvorschläge von islamischen Vereinen für das Programm LOS. Diese führten noch nicht zu einer Finanzierung, doch ist eine deutliche qualitative Verbesserung der Vorschläge zu verzeichnen, so

dass wahrscheinlich in absehbarer Zeit, auch islamische Vereine im Soldiner Quartier LOS-Projektträger werden.

Die islamischen Vereine beklagen oft, dass die Mehrheitsgesellschaft die sozial stabilisierende und Werte vermittelnde Funktion dieser Vereine im Stadtteil nicht anerkennt. „Wir holen die Jugendlichen von der Straße und organisieren praktische Solidarität“ beschreiben Moscheevereine ihre Rolle. Im Rahmen des Quartiersmanagementverfahrens im Soldiner Quartier konnte den islamischen Vereinen vermittelt werden, dass ihre stabilisierende Rolle sehr wohl anerkannt wird und dass sie als lokale Akteure anerkannt und als Gesprächspartner akzeptiert werden. Nur auf Grundlage dieser Anerkennung können auch kontroverse Themen, wie die unterschiedlichen Wertesysteme, die Grundschule und Koranschule vermitteln, thematisiert werden.

### **Vernetzung im Stadtteil**

Ziel des Quartiersmanagements Soldiner Straße ist es, Migrantenvereine, einschließlich der Moscheevereine mit anderen Akteurinnen und Akteuren im Stadtteil zu vernetzen. Dabei sind vier Ebenen zu unterscheiden:

#### **■ Vernetzung Kirchen / Moscheen**

Zu Beginn des Quartiersmanagementverfahrens wurde 1999 eine Reihe von Veranstaltungen unter dem Titel: „Kirchen und Moscheen stellen sich vor“ organisiert. Inzwischen werden lokale Kirchenvertreter/innen zu Veranstaltungen, wie dem Fastenbrechen in Moscheen, geladen und Vertreter/innen von Moscheevereinen zu kirchlichen Adventsveranstaltungen. In diesen interreligiösen Begegnungen steht die Suche nach Gemeinsamkeiten und eine hohes Harmoniebedürfnis im Vordergrund.

#### **■ Vernetzung Verwaltung / Moscheen**

Der Bezirksbürgermeister hat in mehreren Rundgängen und zu besonderen Anlässen Moscheen besucht. Diese Anlässe sind ebenso wie andere Politikerbesuche oder Besuche von Polizeivertretern sehr formal und haben den Charakter von Höflichkeitsbesuchen. Obwohl dies in der Regel einmalige Ereignisse ohne konkrete Handlungsvereinbarung sind, haben sie für die Moscheevereine eine hohe Symbolkraft, da sie ein Stück Anerkennung symbolisieren. Von praktischer Bedeutung sind die Kontakte der Moscheen zum lokalen Polizeiabschnitt. In diesen Gesprächen geht es um die Aspekte von Kriminalität, die im Stadtteil als besonders belastend empfunden werden: Rauschgifthandel, Jugendkriminalität und häusliche Gewalt.

### ■ Vernetzung Schulen / Moscheen

Die Vernetzung von Schulen und Moscheevereinen ist von zentraler Bedeutung, da hier das größte Konfliktpotenzial im Stadtteil liegt, wenn Kindern im Grundschulalter vormittags in der Schule das eine und nachmittags und an den Wochenenden in Korankursen der Moscheen ein anderes Wertesystem vermittelt wird. In gemeinsamen Elternabenden mit Grundschulen und islamischen Vereinen und auf größeren Podiumsdiskussionen wurden die Konfliktfelder, wie Beteiligung muslimischer Kinder am Schwimm- und Sportunterricht, an Klassenreisen, an schulischen Faschingsfesten oder Laternenumzügen, Haltung gegenüber Nicht-Muslimen/innen, Unterrichtsgestaltung während des Ramadan und Haltung der Lehrerschaft gegenüber Kopftuch tragenden Mädchen diskutiert. Dieser Diskussionsprozess wird in den nächsten Jahren fortgesetzt. Ziel ist es, die lokalen Akteurinnen und Akteure miteinander bekannt zu machen.

### ■ Vernetzung Moscheen / andere Migrantenvereine

Die Kompetenzen bezüglich Öffentlichkeitsarbeit, Projektentwicklung und Kontaktaufnahme mit der Mehrheitsgesellschaft sind von Moschee zu Moschee sehr unterschiedlich ausgeprägt. Deshalb strebt das Quartiersmanagement an, den Erfahrungsaustausch zwischen Moscheen und von Moscheen zu anderen Migrantenvereinen zu befördern. Im März 2005 organisierte das Quartiersmanagement eine Veranstaltung, zu der sechs Anbieter von Arabischunterricht (drei islamisch-religiöse und drei säkulare Vereine) eingeladen waren, sich über Lehrmethoden, Lehrerqualifikationen und Curricula auszutauschen. Vier der eingeladenen Vereine nahmen teil. Deutlich war eine Zurückhaltung zu spüren, mit der lokalen „Konkurrenz“ eigene Defizite und Probleme zu diskutieren. Trotzdem sollte dieser Weg des Austausches zwischen Migrantenvereinen weiter vorangetrieben werden.

### Fazit

Im öffentlichen Diskurs der letzten Jahre wurde immer wieder der organisierte Islam in Deutschland zu einem Integrationshindernis erklärt. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung forderte in einer Presseerklärung vom 23.11.2004, den Islamismus zu bekämpfen und den Islam einzubürgern. Zur „Einbürgerung“ gehört die Anerkennung islamischer Vereine als Gesprächspartner.

In der Vergangenheit wurde Kritik an islamischen Vereinen im Quartier Soldiner Straße als Kritik am Islam missverstanden. Erst im Laufe des seit 1999 andauernden Diskussions-

prozesses konnte den islamischen Vereinen deutlich gemacht werden, dass Kritik z.B. an ihren Lehrinhalten, ihren Lehrmethoden oder an ihrer Öffentlichkeitsarbeit keine prinzipielle Kritik an ihrer Religion oder ihrer Identität darstellt. Islamischen Vereinen wurde dabei auch vermittelt, dass sie kein Alleinvertretungsanspruch für alle muslimischen Bewohner/innen geltend machen können. Zum einen, da es in unmittelbarer Nachbarschaft einen anderen islamischen Verein mit eventuell anderen Vorstellungen gibt und zum anderen, da nicht alle muslimische Bewohner/innen durch islamische Vereine vertreten werden wollen.

Durch gezielte Einbindung und Vernetzung islamischer Vereine im Stadtteil will das Quartiersmanagement Soldiner Straße Assimilationsängste abbauen und die Integration von muslimischen Migranten/innen fördern.

### Literatur:

Jonker, G./Kapphan A. (Hg.) (1999): Moscheen und islamisches Leben in Berlin. In: Reihe Miteinander leben in Berlin. Berlin

Grübel, N./Rademacher, S. (Hg.) (2003): Religion in Berlin. Ein Handbuch. Berlin

Lemmen, T.(2000): Islamische Organisationen in Deutschland. Friedrich-Ebert Stiftung, Bonn

### Reinhard Fischer

L.I.S.T. GmbH

Quartiersmanagement Soldiner Straße

Koloniestr. 129

13359 Berlin

Fon: 03049912541

Email: rfischer@list-gmbh.de

Heike Binne

## Wohnen in Nachbarschaften – Projektentwicklung mit Migranten und Migrantinnen

Im „Soziale Stadt“-Gebiet“ der Stadt Bremen, Ortsteil Lüssum-Bockhorn sind keine Migrantenvereine ansässig, die in die Quartiersentwicklungsarbeit einbezogen werden können. Im Gebiet ist aufgrund des hohen Anteils an Migranten/innen viel Wert auf eine Einbeziehung der Bewohner/innen mit Migrationshintergrund bei der Projektentwicklung gelegt worden.

### Gebietsbeschreibung

Der Ortsteil Lüssum-Bockhorn ist von vielfältigen Problemlagen geprägt. Jede/r zweite Bewohner/in hat einen Migrationshintergrund. Mehr als die Hälfte der Zugewanderten kommen aus der Türkei. Der Aussiedleranteil ist durchschnittlich und weitgehend von den Aussiedlerinnen und Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion geprägt. Das Programmgebiet ist mit einem hohen Kinderanteil als ausgesprochen „jung“ zu bezeichnen. Extrem hoch ist die Quote der Alleinerziehenden. Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und des Sozialhilfebezugs weist Lüssum die höchsten Anteile aller „Soziale Stadt“-Gebiete auf. Jedes zweite Kind ist von der Sozialhilfe abhängig. Aber auch bei den älteren Menschen nimmt die Sozialhilfeabhängigkeit den höchsten Wert im Vergleich aller Programmgebiete an.

Wenn auch die dringlichsten baulichen Mängel behoben sind, bestehen aufgrund des hohen Ausländeranteils weiterhin große Integrationsprobleme. Jugendcliquen von Aussiedlern/innen und Kurden/innen und die Jugendkriminalität stellen besondere Problemschwerpunkte dar, ebenso wie Alkohol- und Drogenmissbrauch. In Lüssum-Bockhorn wohnen viele arme Menschen. Viele Alleinerziehende und viele kinderreiche kurdische Familien prägen die soziale Struktur. Auffallend ist auch ein niedriges Bildungsniveau. Im Vergleich zur Situation Ende der 1990er Jahre hat sich die Lage im Quartier aber deutlich beruhigt.

Neben dem in Teilen negativen Image Lüssum-Bockhorns sind wesentliche Probleme des Ortsteils seine randständige Lage und das Fehlen wohnungsnaher Arbeitsplätze in Bremen-Nord, die den Wohnstandort Lüssum-Bockhorn attraktiv machen könnten. Nicht zuletzt das „Aus“ der Vulkanwerft hat dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit im Projektgebiet deutlich über dem Bremer Durchschnitt liegt.

### Das Senatsprogramm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“ in Ergänzung zum Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“

Das 1998 vorgelegte Programm «Wohnen in Nachbarschaften (WiN) - Stadtteile für die Zukunft entwickeln» ist Teil einer lang angelegten, integrierten Stadtentwicklungspolitik für die Stadtgemeinde Bremen und wird von allen Senatsressorts getragen.

### Der Anlass für das Programm WiN

- Unterschiedliche Entwicklung der Quartiere in Bremen – Gefahr der Polarisierung
- Probleme in Großsiedlungen des Sozialen Wohnungsbaus der 60-er / 70-er Jahre

### Die Ziele des WiN- Programms

- Lebensqualität in den Gebieten verbessern
- Bürgerengagement und -mitwirkung steigern
- Partner/innen vernetzen
- Mitteleinsatz aus verschiedenen Quellen kombinieren

### Wie funktioniert WiN?

- Ein/e Quartiersmanager/in aktiviert und koordiniert die Beteiligten
- Jedes Gebiet erhält p.a. ca. 150.000 € für Projekte (Finanzierung zu 50%) und ca. 100.000 € für Bauinvestitionen aus dem Programm „Soziale Stadt“
- Über den Mitteleinsatz entscheiden die Beteiligten (auch Bürger/innen) im Konsens

### Menschen mit Migrationshintergrund in den „Soziale Stadt“- und WiN-Gebieten

Die in Deutschland lebenden Migranten/innen leben zu 70 Prozent seit mehreren Jahren hier. 80 Prozent von ihnen leben in westdeutschen Großstädten. In allen zentralen Lebensbereichen wie Arbeit, Wohnen, Bildung, Einkommen, Ausbildung usw. bestehen nach wie vor hohe Benachteiligungen der Migranten/innen gegenüber der Mehrheitsbevölkerung. Die Migranten/innen in den Städten leben immer mehr nach ihrer rechtlichen und sozialen Situation und Lebenslage ausdifferenziert in bestimmten Wohnquartieren. In Bremen sind das überwiegend die zehn „Soziale Stadt“ und WiN-Gebiete. Diese Konzentration nichtdeutscher Familien in den schlechten Wohnvierteln ist Ergebnis sozialräumlicher Armutsegregation. Die Migranten/innen haben die multiethnischen Spannungen nicht verursacht, sondern sind selbst Opfer sozialer Benachteiligungen und auf die weniger attraktiven Wohnquartiere angewiesen. Multiethnische Konflikte in städtischen Quartieren sind heute vor allem soziale Konflikte.

Die wirkliche dauerhafte oder zeitweilige Integration findet in den Städten, Stadtteilen und Nachbarschaften statt. Es zeigt sich vor allem in den Stadtteilen, in Schulen und Vereinen, in Betrieben und Nachbarschaften, ob Integration und interkulturelles Zusammenleben gelingen oder misslingen.

Das ist der Ansatzpunkt für das Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“. Im Land Bremen wurde außerdem auf politischer Ebene mit dem Integrationskonzept von Zuwanderern und Zuwanderinnen reagiert.

### **Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen**

„Integration ist eine bedeutende gesellschaftliche und staatliche Aufgabe. Ihr Ziel ist nicht nur, dafür Sorge zu tragen, dass Einzelne oder Gruppen nicht sozial oder kulturell an den Rand der Gesellschaft geraten, sondern Ziel der Integration ist die erfolgreiche ‚Aufnahme in die Gemeinde‘. Damit wird auch verhindert, dass zukünftige Generationen vor unverhältnismäßig große Probleme gestellt werden. Schließlich bedeutet Integration keine einseitige Angelegenheit, bei der nur die Zuwanderer/innen Neues lernen müssten: Vielmehr bergen Integrationsprozesse auch immer Chancen für die aufnehmende Gesellschaft, in den verschiedensten Bereichen neue Impulse von den Zuwanderern/innen aufzunehmen und zu nutzen.“

„Integration, die vorhandene Potenziale der Zuwanderer und Zuwanderinnen nutzt, dient auch dazu, dass (neue) gesellschaftliche Konfliktherde vermieden werden. Vermeidung von Ausgrenzung schafft immer die Voraussetzung für eine friedliche Gesellschaft, erhöht die Solidarität und fördert die Attraktivität des Standortes. Mangelnde Integration schwächt die Gesellschaft. Zentrale Werte unserer Verfassung wie individuelle Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind Eckpfeiler für ein tolerantes, von gegenseitigem Respekt geprägtes Miteinander.“ (Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2003-2007).

„Integrationsförderung soll den Zuwanderern und Zuwanderinnen eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben der Aufnahmegesellschaft ermöglichen. Sie ist sowohl das Angebot von fachpolitischen Maßnahmen, als auch eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Zur bremischen Integrationsförderung gehört ein klares, zielorientiertes und auf die Bedürfnisse der Zuwanderer und Zuwanderinnen ausgerichtetes Integrationsangebot.“ (ebenda).

### **WiN-Projekt „Zuhause in Lüssum“**

Am Beginn stand die Aktivierende Befragung  
Die Aktivierende Befragung, ein Ansatz von

Aktionsforschung (Hinte / Karas 1989, S. 42), ist eine Methode, um in einem begrenzten Gebiet die Sichtweisen, Interessen und Bedürfnisse der dort leben Menschen zu erfahren. Im Unterschied zu anderen Untersuchungs- und Befragungsmethoden ist eine Aktivierende Befragung gleichzeitig der völlig offene Beginn von Veränderungen, durch Aktionen der dort lebenden und betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Die Methodik der Aktivierenden Befragung wurde im Rahmen von Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Wohnquartieren entwickelt. Ausgehend von der Erkenntnis, dass Menschen nur dann bereit sind, sich für etwas zu engagieren, wenn es in ihrem eigenen Interesse liegt und sie von dessen Notwendigkeit überzeugt sind, gilt es durch aktivierende Gespräche herauszufinden, wie die Betroffenen denken und fühlen, was sie als veränderungsbedürftig ansehen und was sie bereit sind zu tun, damit sich etwas ändert.

Wichtig ist, dass von Seiten der Durchführenden eine Offenheit besteht, die Themen, die von den Befragten benannt und problematisiert werden, anzugehen oder angehen zu lassen. Dies kann zu Beginn von neuen Projekten der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit sein, aber auch zur Erneuerung und Verbesserung von bestehenden Angeboten.

### **Ziele von Aktivierenden Befragungen können sein:**

- die Herstellung von Kontakten zu Bewohnern/innen, Kennenlernen ihrer Sichtweisen und Ressourcen,
- die Unterstützung von Bewohnern/innen, sich über ihre eigenen und ihre gemeinsamen Interessen bewusster zu werden,
- die Grundlage zu schaffen für weiteres, organisiertes, gemeinsames Vorgehen von Bewohnern/innen

Die Aktivierende Befragung im Rahmen des WiN-Projektes Lüssum-Bockhorn wurde von einer erfahrenen Gemeinwesenarbeiterin, Praktikantinnen der Hochschule Bremen, Studiengang Sozialwesen, und Übersetzerinnen, aus dem Wohngebiet durchgeführt. Befragt wurden die erwachsenen Bewohner/innen, oftmals Migranten/innen, nach ihrer Meinung über die Situation im Quartier, die Verbesserungsbedarfe und danach, wo sie bereit sind, sich selbst zu engagieren. Heraus gekommen sind folgende Projekte, allesamt mit Beteiligung der unterschiedlichen Migrantengruppen (Türken/innen, Kurden/innen, Aussiedler/innen).

### **Ergebnisse der Aktivierenden Befragung**

a) Bau eines Backhauses, als Treffpunkt für Frauen aller Nationalitäten. Die Potenziale

der Frauen, Brot u.a. backen, konnten so im Stadtteil sichtbar gemacht werden. Die Frauen backen auch für große gemeinsame Veranstaltungen, wie Stadtteilstfest, Internationaler Frauentag, Abschiedsfest fürs Hochhaus u.a. – die Aktivitäten werden gefördert aus Mitteln der „Sozialen Stadt“;

b) Ein weiterer Wunsch, war ein Ort für die Frauen, wo sie sich ungestört treffen und austauschen können. Hier wurde eine Nähwerkstatt für Frauen im Hochhaus eingerichtet. Die Werkstatt wird jetzt überwiegend von Migrantinnen aus den GUS-Staaten genutzt – und wird gefördert durch das WiN-Programm;

c) Internationales Frauenfest – gefördert durch den Bewohnerfonds WiN;

d) Hausnaher Spielplatz für Kleinkinder – Hier wurden kurdische Väter aktiv, sie haben beim Abbau alter, baufälliger Geräte mitgewirkt, haben unter Anleitung Sitzbänke gebaut und aufgestellt und über diese Aktion ebenfalls an Ansehen gewonnen – gefördert wird es aus Mitteln der „Sozialen Stadt“;

e) Ein Wunsch der Männer bei der Befragung war, eine Möglichkeit zum „Heimwerken“ zu bekommen, da sie in den engen Sozialwohnungen keine Möglichkeit dazu haben. So entstand die Planung für einen Anbau beim Spiel- und Gemeinschaftshaus für die Einrichtung einer Selbsthilfwerkstatt – gefördert aus Mitteln der „Sozialen Stadt“.

Zusammenfassend kann mit diesen Beispielen deutlich gemacht werden, wie mit der Methode der Aktivierenden Befragung im Rahmen der Gemeinwesenarbeit / Quartiersentwicklung Migrantinnen in die Projektarbeit einbezogen werden und wie sie über die spätere Realisierung der Projekte ihre eigenen Potenziale und Kompetenzen sichtbar machen konnten.

#### **Ressourcen im Gebiet: das Quartierszentrum „Haus der Zukunft“ in Lüssum-Bockhorn**

Das „Haus der Zukunft“ ist ein offener Kommunikationsort für Bürger/innen, ein soziales und kulturelles Dienstleistungs- und Kommunikationszentrum. Das Haus ist ein Modell für Integrationsarbeit – Treffpunkt, Café, Mittagstisch, Beratung, Sportangebote, Haus der Familie, WiN-Projektbüro, Berufsorientierung, Sprachkurse u.v.a.m.

Das „Haus der Zukunft“ wurde von Arbeitslosen aus dem Stadtteil und Profi-Firmen gemeinsam errichtet. Es waren Menschen aus sechs Nationen beteiligt. Das Haus wurde im Juli 1997 eingeweiht. Im Haus arbeiten kommunale, soziale, kirchliche und sportliche Träger mit engagierten Bürgern und Bürgerinnen zusammen, um die dringend erforderlichen positiven Akzente zu setzen.

#### **Angebote zur Integration im „Haus der Zukunft“**

Im Haus werden von unterschiedlichen Trägern Angebote zur Integration gemacht. Der Großteil der Angebote wird durch das Programm WiN bezuschusst, ein kleinerer Teil wird durch das Programm LOS gefördert.

##### ■ **Sprachkurse mit Berufsorientierung:**

„Deutsch als Zweitsprache + EDV-Schulung + Berufsorientierung“ – Paritätisches Bildungswerk, gefördert durch LOS

„Fit für den Arbeitsmarkt – Sprachkurs für Bürger/innen aus den GUS-Staaten – AWO-Migrationsdienst, gefördert durch LOS

##### ■ **Berufsorientierung für Frauen aus den GUS-Staaten**

– AWO-Migrationsdienst

##### ■ **Berufsberatung für Migrantinnen**

und Berufswegeplanung, Anerkennung von Abschlüssen – Frauen in Arbeit und Wirtschaft

##### ■ **Erziehungsberatung für türkische Familien**

– Haus der Zukunft e.V., gefördert durch WiN

##### ■ **HIPPY-Gruppentreffen**

Mütter aus Zuwandererfamilien mit Kindern im Alter von 4 - 6 J. – DRK, gefördert durch WiN

##### ■ **Opstapje- Gruppentreffen**

Mütter aus Zuwandererfamilien mit Kindern im Alter von 2 - 4 J. – DRK, gefördert durch WiN

##### ■ **donnerstagsFORUM**

Begegnung von türkischen, deutschen und Bürgern/innen aus den GUS-Staaten – Caritas, gefördert durch WiN

##### ■ **Musikensemble**

Arbeitslose Musiker/innen aus den GUS-Staaten bauen ein Musikensemble auf – Caritas, gefördert durch LOS

##### ■ **Café-Nachmittag für türkische Frauen**

Einmal in der Woche treffen sich die ‚älteren‘ türkische Frauen zum Teetrinken und Klönen – selbstorganisiert.

##### ■ **„Schlichten in Nachbarschaften“**

wohnortnahe Schlichtungsstelle des Täter-Opfer-Ausgleichs – TOA e.V., gefördert durch das Programm WiN

Das Programm WiN unterstützt mit den Projekten in den ausgewählten Gebieten die nachhaltige und nachholende Integration von Migrantinnen und Aussiedlern/innen. Die Projekte versuchen eine differenzierte Integration von Neuzuwanderern und Neuzuwanderinnen. Durch das Programm WiN können die Menschen vor Ort in vielen Fragen gefördert und unterstützt werden. Barrieren zwischen den Kulturen und Vorurteile können durch die Arbeit in den Projekten abgebaut werden.

**Literatur:**

Hinte, Wolfgang/Karas, Fritz (1989): Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Neuwied/Frankfurt a.M.

Richers, Hille (2003): Aktivierende Befragung. In: Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenbuch. Verlag Stiftung Mitarbeit. Bonn

Freie Hansestadt Bremen (2004): Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Bremen: Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen, 2003 - 2007. Bremen

**Heike Binne**

Dipl. Sozialpädagogin, Quartiersmanagerin  
in Bremen Lüssum-Bockhorn

Haus der Zukunft

Planungsbüro

Lüssumer Heide 6

28777 Bremen

Fon: 042136179293

Email:

projektbuero-luessum@asdnord.bremen.de



## **Imageverbesserung, Sauberkeit und Sicherheit im Quartier Borsigplatz – Gemeinsame Interessen und kleinster gemeinsamer Nenner als Grundlage für eine erfolgreiche Stadtteilarbeit**

Die Dortmunder Nordstadt ist ein Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf mit allen Begleiterscheinungen. Mit der Schließung der Hochhöfen und der Stahlproduktionswerke in der Westfalenhütte im Laufe der Stahlkrise Ende der 80er Jahre, sind viele Arbeitsplätze verloren gegangen, oder woanders hin verlegt worden. Auch viele Bewohner/innen am Borsigplatz waren davon betroffen. Hinzu kommt noch der Globalisierungsprozess, der am Borsigplatz nicht spurlos vorbeiging. Die Dortmunder Nordstadt und somit auch der Borsigplatz befinden sich in Aufbruchstimmung, der Prozess des Strukturwandels ist in Gang gekommen. Wo früher die Stahlarbeiter vor Staub kaum zu sehen waren, steht heute eines der modernsten Feuerverzinkungswerke in Europa und Autokarosserien rollen vom Band.

Der begonnene Prozess des Strukturwandels erhält noch zusätzlichen Schub durch die EU-Gemeinschaftsinitiative Urban II, die in der Nordstadt von 2002 – 2006 läuft. Mit den Urban II-Mitteln sollen städtebauliche, wirtschaftsfördernde und soziale Maßnahmen auf die Beine gestellt werden. Ziel ist es, den Menschen in diesem Stadtteil die Chance zu geben, aktiv an den Stadtteilentwicklungen mitzuwirken und sie mit zu gestalten. Das Projekt „Quartiersmanagement Nordstadt“ mit den Quartiersbüros Hafen, Nordmarkt und Borsigplatz findet in diesem Kontext statt. Das Quartiersmanagement ist Vermittler zwischen Politik, Verwaltung, Verbänden, Eigentümern, Bevölkerung u. a. m. mit der Zielsetzung, das Viertel noch lebenswerter und lebendiger zu entwickeln und den Strukturwandel in der Nordstadt voranzutreiben. Unterstützt werden alle Belange des Stadtteilens, die zur Verbesserung der Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedingung beitragen. Das Quartiersmanagement Borsigplatz wird von den gemeinnützigen Vereinen Stadtteil-Schule e. V., dem Bernhard-März-Haus des Caritasverbandes Dortmund e. V. und der Vincenzheim-Ausbildungsstätte e. V. getragen.

### **Das Quartier Borsigplatz**

Der städtische Bezirk Borsigplatz (060) der Stadt Dortmund besteht aus einer Gebietsfläche von 654,4 ha, mit einer Bevölkerungsdichte von ca. 1736 Einwohnern/innen pro km<sup>2</sup>. Insgesamt wohnen 11.360 Menschen im städtischen Bezirk Borsigplatz. Davon besitzen 5112

(45%) Einwohner/innen einen ausländischen Pass (Amt für Statistik und Wahlen 2004). Der Anteil erhöht sich, wenn man die Einwohner/innen mit einem ausländischen Hintergrund mitberücksichtigt. Das Viertel ist multikulturell, nicht nur von seiner Geschichte her, sondern auch von seinem heutigen Erscheinungsbild. In Bezug auf die Zugewanderten leistet es eine enorme Integrationskraft nicht nur für das Quartier, sondern für die gesamte Stadt.

### **Quartiersmanagement am Borsigplatz**

Nach einer gemeinsamen Vereinbarung zwischen der Stadtverwaltung (Projektgruppe Urban II) und den unterschiedlichen Trägervertretern sind die wichtigsten Aufgaben des Quartiersbüros:

- die Durchführung eines Leitbildentwicklungsprozesses für das Quartier,
- die Ermittlung der unterschiedlichen Bedarfe der Bewohner/innen,
- die Motivation der Bewohner/innen,
- die Organisation von Nachbarschaftsgruppen/-foren,
- die Kontaktvermittlung zu Verwaltung und Politik,
- die Projektberatung und -entwicklung,
- der Aufbau von Vernetzungsstrukturen,
- die Kontaktvermittlung zu potenziellen Projektpartnern/innen,
- die Mittelakquisition für bürgerschaftliche Projekte,
- die Quartierspromotion und
- die Öffentlichkeitsarbeit.

### **Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner vor Ort**

Das Quartiersmanagement am Borsigplatz stützt sich auf die bestehenden Strukturen in der Stadt und im Quartier. Die stadtweit bestehenden Strukturen der Stadtverwaltung und Instrumente der politischen Partizipation sind der Ausländerbeirat und die Wohnungsgesellschaften wie DOGEWO, Ruhr-Lippe, Spar- und Bauverein und die Wohnbau Westfalen. Weitere wichtige Partner/innen sind die institutionellen Dienstleister der sozialen Beratung und Begleitung der Wohlfahrtsverbände (wie Caritasverband, Arbeiterwohlfahrt und die Diakonie).

Die ortsgebundenen Strukturen bestehen aus zwei türkischen Vereinen, zwei sozialen

Einrichtungen, acht Kindergärten & Kitas, zwei Schulen, drei Kirchen und drei Moscheen. Alle diese ortsgebundenen Akteure sind Mitglieder des Gesprächskreises Borsigplatz. Er existiert seit Ende 1990 und ist u.a. Vorreiter der später gesetzlich verankerten Struktur der Jugendhilfe (Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII). Er verfolgt ein stadtteil-/sozialraumorientiertes Konzept, das insbesondere darauf abzielt, einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen am Borsigplatz, vor allem der Kinder und Jugendlichen zu leisten. Ein weiteres Anliegen ist es, die Zusammenarbeit und Vernetzung aller Einrichtungen und Vereine zu fördern und die Kooperation von Schule und Jugendhilfe im Stadtteil zu verbessern. Durch die engere Zusammenarbeit der Einrichtungen sollen die vorhandenen Kapazitäten in personeller und räumlicher Hinsicht besser ausgeschöpft werden und eine verbesserte und abgestimmte Angebotsstruktur für Kinder und Jugendliche am Borsigplatz erreicht werden. Ein weiteres Ziel ist es, Lücken in der Angebotsstruktur zu schließen oder sich gemeinsam für eine Verbesserung – auch gegenüber Politik und Verwaltung einzusetzen. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit aller Aktiven in der Kinder- und Jugendarbeit sollen gemeinsame Aktionen zum besseren Zusammenleben der vielen Kulturen am Borsigplatz erreicht werden.

Weitere Kooperationspartner/innen im Rahmen des Quartiersmanagements sind vier straßengebundene Nachbarschaftstreffe (Im Spähenfelde, Bleichmärsch-, Stahlwerk- und Hirtenstraße). Die Nachbarschaftstreffe leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Ansatzes Hilfe zur Selbsthilfe und zur Öffnung des Beteiligungsprozesses für möglichst viele Bewohnerinnen und Bewohner. Sie sind das Forum zum Austausch, zur Diskussion und vor allem begegnen sich in deren Sitzungen die Bewohner/innen untereinander, die Bewohner/innen den Vertretern/innen aus der Politik, der Stadtverwaltung und Experten/innen. Durch die Arbeit der Nachbarschaftstreffe wird eine Brücke zwischen Vertretern/innen aus der Politik, der Stadtverwaltung etc. und den Bewohnerinnen und Bewohnern im Quartier gebaut.

### **Förderung von Partizipation und Beteiligung**

Die wichtigste Arbeit und größte Herausforderung des Quartiersmanagements Borsigplatz ist die Förderung der Partizipation und Beteiligung der Bewohner/innen an der Stadtteilarbeit. Die Bewohner/innen sollen nicht nur die Möglichkeit bekommen, sich an der Quartiersarbeit zu beteiligen, sondern das primäre Ziel ist, sie als aktive Gestalter/innen des Quartiers zu verstehen und die Möglichkeiten zur

Partizipation für sie herauszufinden und einen Rahmen herzustellen, der eine möglichst breite Beteiligung ermöglicht. Die Bewohner/innen lernen so, die Rolle eines Akteurs/ einer Akteurin im Viertel auszuüben und zu meistern

Das Quartiersmanagement hat sich folgende Anforderungen zur Partizipation und Beteiligung der Bewohner/innen gesetzt:

- a) Die Beteiligung jedes Individuums, das Interesse an Stadtteilarbeit hat, wird gefördert. Das bürgerliche Engagement wird unterstützt und erweitert, unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit.
- b) Das Quartiersmanagement fördert und setzt auf kleinräumiges nachbarschaftliches Zusammenleben.
- c) Das Quartiersmanagement fördert und setzt auf die Zusammenarbeit aller im Quartier.

Um nicht nur am Anfang eines Prozesses Partizipation und Beteiligung sicher zu stellen, sondern möglichst viele Beteiligte auch langfristig ins Boot zu bekommen, setzt das Quartiersmanagement als eine Handlungsstrategie, auf den kleinsten gemeinsamen Nenner möglichst vieler Bewohner/innen des Stadtteils.

### **Gemeinsamer Nenner und Interessen vieler Bewohner/innen**

Um die Beteiligungsprozesse in der Stadtteilarbeit, insbesondere für die Bewohner/innen, gezielt und vor allem nachhaltig zu fördern, ist es erforderlich:

- a) Dass die Interessen der Bewohner/innen ein stärkeres Gehör finden, sie dürfen nicht ignoriert werden. Es kommt darauf an, dass man sie ernst nimmt, den Stadtteilentwicklungsprozess mit ihnen diskutiert und ein gemeinsames Ergebnis herbeiführt.
- b) Ein Beteiligungsprozess ist immer ergebnisoffen durchzuführen. Die Bewohner/innen müssen das Gefühl bekommen, dass nicht alles von oben diktiert wird, sondern sie vielmehr als mündige, kreative und als wichtige Akteurinnen und Akteure im Stadtteil verstanden werden.
- c) Der Findungs- und Entscheidungsprozess von aktiven und engagierten Bewohnern/innen, die ihr Wohnumfeld gestalten wollen, soll auf einer breiten Basis getragen werden. Hierbei ist es wichtig, Konfliktpunkte nicht zu vermeiden, sondern sie vielmehr solange zur Diskussion zu stellen, bis man auf den kleinsten gemeinsamen Nenner und das gemeinsame Interesse vieler Bewohner/innen kommt.

Die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner und dem gemeinsamen Interesse vieler Bewohner/innen ist ein Beteiligungsprozess, der nicht unbedingt reibungsfrei laufen

muss. Er kann zu Widerspruch führen, er ist mühsam, er stellt eine Herausforderung für jede/n Beteiligte/n dar und hat eine längere Gestaltungsdauer. Er ist aber dennoch eine wichtige Basis zur Gestaltung des darauffolgenden gemeinsamen Handelns von unterschiedlichen Partnern/innen (Bewohnern/innen). Obwohl er nur die kleinste Übereinstimmung darstellt, ist er der erste Schritt zu einem gemeinsamen, von vielen getragenen Handeln im Quartier. Er stellt die Bewohner/innen vor eine wichtige Herausforderung, bei der sie vor allem lernen, gemeinsame Entscheidungen zu treffen und sie danach gemeinsam umsetzen. Er eröffnet neue Horizonte für die Bewohner/innen, indem sie erfahren gemeinsam mit anderen zu arbeiten. Das gemeinsame Arbeiten (Gestaltung, Durchführung des Prozesses zur Ermittlung des kleinsten gemeinsamen Nenners) ist auch als ein Anlass und Forum für die Bewohner/innen zu verstehen, bei dem sie mit ihren Nachbarn/innen zueinander finden und mit einem gemeinsamen Interesse (Ziel) das Quartier in kleinen Schritten gestalten. Insbesondere die Durchführungsphase setzt voraus, dass die Bewohner/innen miteinander kommunizieren und in eine „Machesituation“ kommen. Dieses bindet und stärkt die Identifikation jeder/s Mitwirkenden.

#### **Ermittelte Handlungsbedarfe**

Um herauszubekommen, was der kleinste gemeinsame Nenner der Bewohner/innen im Rahmen der Stadtteilarbeit ist, bzw. welcher Handlungsbedarf daraus entsteht, nutzt das Quartiersmanagement den Nachbarschaftstreff oder die bestehenden Vereine. Im Rahmen von zahlreichen Gesprächen, Sitzungen oder Workshops wird eruiert, welchen Handlungsbedarf viele als notwendig zur Verbesserung des Quartiers sehen. Als die von allen am wichtigsten gesehenen notwendigen Maßnahmen sind:

- a) Die Imageverbesserung
- b) Die Sauberkeit
- c) Ordnung und Sicherheit

#### **Die Imageverbesserung**

Die Dortmunder Nordstadt insgesamt, wie alle anderen Stadtteile im Gebiet mit besonderem Erneuerungsbedarf, weisen ein manifestiertes und anhaltend schlechtes Image von innen und außen auf. Das Quartier ist leicht mit unterschiedlichen Vorurteilen zu behaften. Die Schwächen des Stadtteils dominieren die öffentliche Diskussion und Wahrnehmung.

Alle Bewohner/innen, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, sehen die Imageverbesserung als Herausforderung, die alle gemeinsame anvisieren sollten, wo jede/r einen

Beitrag zu leisten hat. Die hier beschriebenen Maßnahmen werden zwar von den Menschen mit einem Migrationshintergrund durchgeführt, aber dennoch von vielen Bewohnern/innen getragen. Sie verfolgen die Ziele:

- a) Zuerst das Selbstbewusstsein der einzelnen Bewohner/in zu stärken.
- b) Die Stärke und Attraktivität des Stadtteils zuerst für sich als Individuum zu erkennen und zu lernen, sie in den Vordergrund zu stellen, ohne die Schwächen des Stadtteils zu verdrängen (differenzierte Betrachtung).
- c) Der Vielfalt des Quartiers in den privaten und öffentlichen Diskussionen mehr Raum zu geben.
- d) Die Identifikation der Bewohner/innen und Akteure/innen mit dem Quartier zu verstärken.

Insbesondere ist es wichtig, das Quartier als Einheit nach innen und außen zu verstehen und es zu repräsentieren. Es ist ein komplexes Gebilde das sich nur durch das Ineinandergreifen von mehreren Faktoren und Akteuren positiv oder auch negativ entwickeln kann.

#### **Türkischer Verein Trabzon e.V. und die Moschee KOCATEPE bringen sich zur Imageverbesserung ihres Stadtteils ein**

Die „türkische Community“ am Borsigplatz ist gut organisiert. Der soziale Verein Trabzon, der Verein ENSAR e.V. und die Moschee KOCATEPE gelten im Quartier als die zentralen Anlaufstellen vieler Bewohner/innen mit einem türkischen Hintergrund. Das Quartiersmanagement zählt sie jeweils zu einem von vielen Kooperationspartnern im Quartier. Sie werden als Partner in zahlreiche quartierspezifische und wichtige Prozesse eingebunden und sind von Bedeutung, da sie nicht nur als Multiplikatoren, sondern auch als Akteure wahrgenommen werden. Über und mit ihnen wurde auch abgestimmt, was für sie und ihre Mitglieder der wichtigste Handlungsbedarf im Quartier ist. Sie stimmten auch das Thema Imageverbesserung an und überraschten mit den gleichen Empfindungen, also auch mit der optischen Wahrnehmung. Sie machten deutlich, dass sie sich gemeinsam mit ihren Nachbarn für eine Wende in dem Image des Borsigplatzes einsetzen wollen und dafür insbesondere in ihrem sozialen Umfeld werben werden.

In diesem Bereich wirken sie seit Jahren mit an den folgenden Aktivitäten zur Imageverbesserung und dem Standortmarketing für das Quartier Borsigplatz:

- a) Durchführung eines jährlichen Quartiersfestes (Oesterholzstraßenfest). Hierbei wirken sie sowohl bei der Planung als auch bei der Durchführung des Festes mit. Sie beteiligen sich mit Info- und Verkaufsständen. Das Bühnenpro-

gramm bereichern sie mit ihren Vereins-Folkloregruppen, die dort kostenlos auftreten und nicht nur das Fest bereichern, sondern auch dafür Sorge tragen, die Kosten des Festes in Grenzen zu halten.

b) Mitwirken an der Entwicklung einer Broschüre zur Imageverbesserung: Im Rahmen des Eigentümerforums ist im Zeitraum von 2003-2004 ein Fotokatalog „Mein Quartier Borsigplatz“ in Kooperation mit Studenten/innen des Fachbereichs Design der Fachhochschule Dortmund auf den Markt gebracht worden (ISBN: 12236789). Der Fotokatalog ist ein Werk zur Unterstützung der Kommunikation und wird in Zukunft als „Botschafter“ für den Borsigplatz fungieren. Er soll dazu beitragen, in der Öffentlichkeit ein realistisches und vorurteilsfreies Bild des Quartiers zu vermitteln. Hierbei unterstützte Trabzon e.V. und die KOCATEPE e.V. das Projekt, ohne größere Überzeugungskraft leisten zu müssen. Sie vermittelten nicht nur Kontakte zu der türkischen Community, sondern schafften eine Vertrauensbasis für die Studenten/innen, die zum großen Teil zum ersten Mal in der Nordstadt waren. Somit war die Brücke zu dieser Zielgruppe aufgebaut. Durch den Vermittlungsservice von Trabzon e.V. und der KOCATEPE Moschee ist es den Studenten/innen gelungen, per Kamera Zutritt in das intime und private Leben der Borsigplatzbewohner/innen mit türkischen Hintergrund zu erlangen. Ein realistisches Bild des Quartiers Borsigplatz mit seinen Menschen, städtebaulichen und architektonischen Gegebenheiten sowie der lokalen Wirtschaft, ist somit durch die Kooperation vieler Akteure im Quartier möglich gemacht worden.

c) Mitwirken bei der Erstellung eines Kalenders 2005: Die Erstellung des Borsigplatz-Kalenders für das Jahr 2005 lief ähnlich wie das Projekt „Mein Quartier Borsigplatz“, auch hier konnten wir auf die Hilfe von Trabzon und der KOCATEPE Moschee zurückgreifen.

### **Sauberkeit**

Das Erscheinungsbild und Image des Viertels wird zum Teil durch die Sauberkeit geprägt. Ein Stadtteil, in dem Sperrmüll und auf der Straße liegendes Papier und Hundekot das Erscheinungsbild dominiert, ist allen Vorurteilen leicht ausgesetzt. Sauberkeit, insbesondere im öffentlichen Raum, ist ein Indikator für das Wohlergehen der Menschen, die unmittelbar und nah an diesem Standort wohnen. Das Problem ist differenziert zu bearbeiten, da es nur um wenige Bewohner/innen geht, die unverantwortlich mit dem Thema Müll umgehen. Gerade hier liegt das Problem, das sehr schwer zu vermitteln ist. Am Borsigplatz ist zwar der Entsorgungsunternehmer (EDG) sehr bemüht,

die Sauberkeit im Stadtteil in Griff zu bekommen, dennoch kommt es dazu, dass Sperrmüll an den Containerstandorten herumliegt und insbesondere Werbeblätter das Straßenbild verunstalten.

### **Beitrag des türkischen Vereins Trabzon und der Moschee KOCATEPE**

In einer Informationsveranstaltung im Jahr 2004 zum Thema Sauberkeit machte Trabzon e.V. deutlich, dass unabhängig davon, ob man Ausländer/in oder Deutsche/r ist, keine/r gerne an einem Ort lebt, wo der Hausflur voller Zeitungen und Reklame ist, wo Sperrmüll kaum ein Durchkommen möglich macht, wo Hundekot zur Tretmine wird, wo die Treppen längst von Staub und Geruch erobert sind und jede/r, bis in die eigenen vier Wände, zum Zuhalten der Nase gezwungen ist und gleich beim Öffnen der Haustür einer Müllkippe begegnet und Angst haben muss, dass Ungeziefer, wie Ratten usw., in die eigene Wohnung kommen könnten.

Sie gingen noch einen Schritt weiter und formulierten: „Wir alle am Borsigplatz wollen nicht in einer verdreckten und verschmutzten Wohnumgebung leben. Müll und vor allem die Sauberkeit im öffentlichen Bereich am Borsigplatz, bereitet uns allen Sorge und wir wollen alles daran setzen, um den Borsigplatz sauber zu halten und vor allem dem öffentlichen Raum ein gepflegtes Erscheinungsbild geben“. Mit dieser Erklärung stimmen ihre Einschätzung und ihre Wahrnehmung als auch Handeln zur Sauberkeit mit ihren Nachbarn überein. Das Erscheinungsbild des Quartiers geht alle etwas an, und Sauberkeit im öffentlichen Raum wurde als gemeinsame Aufgabe für alle gesehen und anerkannt. Diese Einstellung wurde mit der Reaktion von Trabzon und der KOCATEPE Moschee untermauert. Sie luden ihre Mitglieder ein und organisierten eine Informationsveranstaltung zum Thema Sauberkeit in ihrem Domizil. Alle Akteure in der Stadt, die mit Sauberkeit zu tun haben, wurden eingeladen. In einem zweiten Schritt partizipierten beide Vereine an der immer wieder, jedes Jahr stattfindenden Sauberkeitsaktion. Die KOCATEPE ging modellhaft noch einen Schritt weiter. Sie übernahm für 2005 eine Straßenpatenschaft für die Schlosserstraße.

### **Gemeinsame Handlungen von unterschiedlichen Akteuren am Borsigplatz zum Thema Ordnung und Sicherheit**

Das Thema Ordnung und Sicherheit ist komplex. In diesem Kontext meinen wir die Problematik Beschaffungskriminalität, Drogenverkauf, Drogenkonsum und Alkoholkonsum in größeren Mengen im öffentlichen Raum.

Weiterhin zählt auch die Lärmbelästigung im privaten oder öffentlichen Raum dazu, die von Bewohnern/innen selber in ihrem Wohnraum oder in der Freizeit erzeugt wird. Obwohl die Stadt und die Polizei mit Ordnungswidrigkeitsverfahren und Strafverfolgungsmaßnahmen alles in Bewegung setzt, dem entgegen zu wirken, beschreiben die Bewohner/innen immer wieder, dass insbesondere Grünanlagen, Kinderspielplätze und andere Orte erobert werden, entweder von Drogendealern oder Punkern oder der Alkoholszene.

Der sichtbare, offene Drogenhandel im Quartier, das Missachten von Ordnungsregeln, wie schlechtes Parken, unangeleinte Hunde, der Konsum von Alkohol, Drogenhandel und -konsum auf Kinderspielplätzen, aber auch die vermehrte Beschaffungskriminalität, wie Diebstahl und Einbrüche, werden von allen am Borsigplatz mit Sorge verfolgt. Das Thema wird noch schwieriger dadurch, dass es emotional für Aufregungen sorgt und somit der Diskussionsprozess maßgebend erschwert wird. Das Problem stellt aber auch ein gutes Beispiel für die Handlungsstrategie des kleinsten gemeinsamen Nenners dar. Im Rahmen der gesamten Diskussion zum Thema Ordnung und Sicherheit ist uns allen bewusst geworden, dass das Thema sehr komplex und vor allem sensibel ist. Bewohner/innen können dem entgegen wirken, jedoch sind die Möglichkeiten sehr stark eingeschränkt. Den Bewohnern/innen bleibt als effektives Handeln nur, sich selber aktiv in die Diskussion einzubringen, sich darüber offen und öfter untereinander und mit den zuständigen Institutionen immer wieder auszutauschen, dort die Missstände anzuprangern und sich vor allem professionelle Hilfe zu holen.

### **Handlungsempfehlung für ein gemeinsames Handeln im Stadtteil**

Nach den bisherigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Bewohnern/innen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen im Stadtteil ist es nach unserer Meinung wichtig, zwei Blickwinkel zu berücksichtigen:

- a) Aus der Sicht der Bewohner/innen
- b) Aus der Sicht der Selbstorganisationen

### **Aus der Sicht der Bewohner/innen**

Im Rahmen der Partizipation und des Beteiligungsprozesses ist es wichtig, in sehr frühem Stadium nach Gemeinsamkeiten (Interesse zwischen Bewohnern/innen mit einem Migrationshintergrund und ihren deutschen Nachbarn/innen) zu suchen und sie in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Die Gemeinsamkeiten auszuloten, ist Basis und Anlass, um im nächsten Prozess weiter zu kommen. In der Frühphase ist es nicht unbedingt erforderlich, dass die

Gemeinsamkeiten groß sind. Partizipation und Beteiligung muss auch aufgebaut werden können und zwar in kleinen Schritten.

Nach der Auslotung der Gemeinsamkeiten sollen aus den Diskussionen Taten folgen. Hierbei ist es wichtig, wieder auf das gemeinsame Handeln Wert zu legen, wobei diejenigen, die die Gemeinsamkeiten erarbeitet haben, auch stark bei der Planung und der Realisierung der Gemeinsamkeiten mitwirken sollten.

Einerseits ist es Aufgabe der lokalen Akteure (Verwaltung, Politik etc.) sicher zu stellen, dass Anlass und Raum für die Bewohner/innen mit einem Migrationshintergrund im Quartier gegeben ist, wo sie sich einbringen und als wichtige Akteure/innen im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe ihren Beitrag einbringen können. Andererseits ist es auch wichtig, dass die Bewohner/innen mehr Verantwortung übernehmen können und hierbei auch eine treibende Kraft sein können.

### **Aus der Sicht der Selbstorganisationen**

Wichtig ist die Erkenntnis, dass die Selbstorganisationen von Migranten/innen einen sehr wichtigen Beitrag leisten können, wenn es um Partizipation und Beteiligungsprozesse der Menschen mit Migrationshintergrund geht. Sie sind als aktive Multiplikatoren/innen und Partner/innen zu verstehen. Sie zu stärken ist eine Investition, die den Integrationsprozess von Zugewanderten beschleunigen kann und somit einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leistet. Sie sind als Partner/innen und wichtige Akteure und Akteurinnen im Quartier anzuerkennen.

### **Resümee**

- 1) Die Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund und deren Selbstorganisationen setzt gestärktes Vertrauen und persönliche Kontakte voraus.
- 2) Es ist empfehlenswert, die Menschen persönlich aufzusuchen und anzusprechen .
- 3) Fehlende Kenntnisse der deutschen Sprache wirken hemmend in der Kommunikation und der Gestaltung des Beteiligungsprozess zwischen den einzelnen Bewohnern/innen.
- 4) Die Selbstorganisationen wollen sich in der Stadtteilentwicklungen stark und aktiv einbringen, eine Forum/Plattform hierfür ist unabdingbar.

### **Mike Ndambuki**

Quartiersmanagement Borsigplatz  
Wambeler Str. 1  
44145 Dortmund  
Fon: 0231286118 0  
Email: qm-borsigplatz  
@quartiersmanagement-nordstadt.de

## „Imece“<sup>1</sup> – Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren türkischsprachiger Bewohner und Bewohnerinnen im Wrangelkiez

### Vorstellung des Quartiersmanagementgebietes Wrangelkiez

#### Lage des Wrangelkieses

Der Wrangelkiez ist ca. 46 ha groß. Der Wrangelkiez liegt im Südosten von Berlin im Ortsteil Kreuzberg des Gesamtbezirkes Friedrichshain-Kreuzberg. Im Norden wird das Quartiersmanagementgebiet von der Spree, im Osten vom Landwehrkanal und im Süden vom Görlitzer Park begrenzt. Der Park gehört nicht mehr zum Gebiet, ist jedoch unmittelbarer Bezugsraum. Die westliche Gebietsgrenze bilden die Skalitzer Straße, das Schlesische Tor und die Köpenicker Straße bis zur Pfulstraße.

#### Charakteristika des Wrangelkieses

Der Wrangelkiez hat eine gute Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel, liegt am Wasser und hat attraktive Wohnlagen am Wasser zwischen Spree und Landwehrkanal und einen hohen Anteil an wohngebietsnahen Grünanlagen und Freiflächen. Im Wrangelkiez sind die Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf fußläufig zu erreichen, daneben gibt es zahlreiche soziale oder kulturelle Infrastruktureinrichtungen. Der Wrangelkiez ist ein dicht bebauter innerstädtischer Altbauquartier, das baulich Ende der 70er und bis Mitte der 80er Jahre durch Stadterneuerungsprogramme aufgewertet wurde. Die Wohnungen sind dadurch den heutigen Standards größtenteils angepasst und der öffentliche Raum, Frei- und Spielflächen sind erneuert oder geschaffen worden und umfangreiche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen wurden realisiert.

#### Bevölkerungsstruktur

Der Stadtteil hat ca. 12.000 Bewohner/innen. Hinsichtlich der altersmäßigen Zusammensetzung ist das Gebiet als „jung“ zu bezeichnen. Der Anteil der unter 18-Jährigen lag 2002 bei 18,1%. Auffallend für den Wrangelkiez ist der relativ hohe Anteil der unter 6-Jährigen im Vergleich zu Gesamtberlin (7,1% vs. 5%), während die über 65-Jährigen einen geringen Anteil ausmachen (6% vs. 15%). Der Anteil der Senioren/innen im Wrangelkiez lag 1999 bei 3,7% (Nichtdeutsch) und 6,3% (Deutsch) und damit weit unter dem Berliner Durchschnitt. Im Jahr 2002 ist der Anteil der nichtdeutschen Senioren/innen im Gebiet auf 6,2% gestiegen (2001: 4,9%). Der Anteil der deutschen Senioren/innen ist auf 5,8% gesunken.

Insgesamt weist das Gebiet einen hohen Anteil an Bewohner/innen nichtdeutscher Herkunft auf (38,4%) im Vergleich zu Gesamt-Berlin (13%) und Berlin-Kreuzberg (33%). 28% der Quartiersbevölkerung kommt aus Nicht-EU-Staaten, 23,9% der Bevölkerung ist türkischer bzw. kurdischer Herkunft. (Statistisches Landesamt 2002)

#### Das Projekt: „Imece“ Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren türkischsprachiger Bewohner/innen im Wrangelkiez

#### Ausgangssituation

Die türkischsprachigen Arbeitsmigranten/innen der ersten Generation mit ihren Kindern und Enkelkindern prägen das Erscheinungsbild des Wrangelkieses. Die türkische Sprache wird nicht nur in den Familien, sondern häufig in den Läden und auf der Straße gesprochen. Ein großer Teil der Bewohner/innen sind aufgrund von Arbeitslosigkeit von sozialen und ökonomischen Problemen betroffen. Der öffentliche Raum und die Grünanlagen werden insbesondere in den Sommermonaten zur Freizeitgestaltung und für gemeinschaftliche Aktionen intensiv genutzt. Trotz des hohen Anteils der türkischsprachigen Bewohner/innen im Stadtteil, wurden in den letzten 20 Jahren im Rahmen der Stadterneuerungsprogramme keine auf diese Bevölkerungsgruppe abgestimmte Beteiligungs- oder Aktivierungsverfahren entwickelt. Auch in den letzten Jahren blieb diese Bewohnergruppe den klassischen Bürgerbeteiligungsverfahren zum größten Teil fern. Einer der Gründe dafür ist, dass die klassischen Bürgerbeteiligungsverfahren sich in erster Linie an deutsche Mittelschichtfamilien richten. Im Rahmen der Arbeit des Quartiersmanagements wurde deutlich, dass die Mitwirkung von türkischsprachigen Bewohnern/innen bei gezielten Aktionen größer ist.

#### Gesamtkonzept und Ziele

Im Wrangelkiez wurde abgestimmt auf die türkischsprachige Bewohnerschaft eine alternative Beteiligungs- und Aktivierungsform für diese Zielgruppe entwickelt. Bei der Entwicklung des Beteiligungsverfahrens wurde auf den biografischen Erfahrungshintergrund aus dem Herkunftsland (erste und zweite Generation) zurückgegriffen und gleichzeitig die Lebensumwelt und die Methode der Ansprache dieser spezifischen Bewohnergruppe berücksichtigt.

1) Begriffserklärung: Imece bedeutet in der türkischen Sprache „mit vereinten Kräften, Gemeinschaftsarbeiten, mit vereinten Kräften“, Steuerwald, K. (1987): Langenscheidt Taschenwörterbuch Türkisch-Deutsch, Deutsch-Türkisch, München

In den anatolischen Dörfern prägen „Gemeinschaftsarbeiten mit vereinten Kräften“ „Imece“ das kollektive Bewusstsein der Bewohner/innen. Bei den gemeinschaftlichen Aufgaben handelt es sich um konkrete, kurzfristig umsetzbare Aktionen, wie z.B. Reparaturen, Reinigung von Gemeinschaftshäusern wie Schulen und Glaubenshäuser, Hilfe bei der Ernte, Ausrichtung von Festen oder Trauerfeiern etc. Da in dem türkischsprachigen Kulturkreis die persönliche Ansprache und spontane informelle Gesprächstreffen bekannt sind (statt Großveranstaltungen), wurde bei der Beteiligungsaktion auf diese Methode zurückgegriffen.

Das im Wrangelkiez entwickelte umsetzungsorientierte Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren besteht aus drei Phasen:

1. Aktivierende Befragung,
2. Realisierung von Mikroprojekten,
3. Einbindung der Bewohner/innen in breiter angelegte Beteiligungsstrukturen.

Zur Zeit des Vortrages war die letzte Phase noch nicht abgeschlossen; voraussichtlich wird sie sich bis in die nächsten Jahre ziehen.

#### **Methodik/ Innovation**

Über die Methode der „aktivierenden Befragung“ wurden Bewohner/innen zur Teilnahme an von ihnen vorgeschlagenen Projekten und Aktionen motiviert. Die Innovation besteht darin, dass bewährte Instrumente der Bürgerbeteiligung, wie z.B. „aktivierende Befragungen“ mit den Traditionen und dem Erfahrungshintergrund der türkischsprachigen Bewohner/innen (Imece) kombiniert werden und dadurch ein höherer Grad der Beteiligung im Vergleich zu klassischen Beteiligungsverfahren erreicht wird. Die Realisierung der Mikroprojekte schafft sichtbare Überzeugungsargumente, dass die Beteiligung von türkischsprachigen Bewohnern/innen erwünscht und erfolgreich umzusetzen ist. Insgesamt wird dadurch nicht nur ein Beitrag zur Infrastrukturverbesserung für eine spezifische Zielgruppe, sondern ein Beitrag für die Gesamtentwicklung des Stadtteils geleistet.

#### **Ergebnisse**

Die Befragung der Bewohner/innen und die Hintergrundgespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der sozialen Einrichtungen haben eine breite Palette von Projektvorschlägen hervorgebracht. Durch die Interviews mit den Bewohnerinnen und Bewohnern wurden vorhandene Netzwerke und Kommunikationsstrukturen und Schlüsselpersonen innerhalb der türkischsprachigen Bewohnerschaft in Erfahrung gebracht. Von besonderer Bedeutung ist das Wissen über die Herkunftsregionen. Dabei kann man beobachten, dass sich Bewohner/

innen aus bestimmten Regionen der Türkei in Straßenzügen konzentrieren oder Familien sich über mehrere Häuser verteilen. Diese Kenntnis ist für die Einbindung von Multiplikatoren/innen unter diesen Gruppen und die Verbreitung von Informationen über „Mund – zu – Mund“ Propaganda war von großer Bedeutung. Auf der Bewohnerversammlung und bei der Befragung wurden zwei Themenbereiche besonders herausgestellt, die die Befragten bewegen und am häufigsten von den Bewohnern/innen benannt wurden. Diese sind die:

- Sprachförderung der Kinder und Erziehungsfragen, da sie maßgeblich zum schulischen und beruflichen Erfolg der Kinder beitragen und
- Maßnahmen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes, wie z.B. die Verkehrsbelastung und der Zustand des Görlitzer Parks.

Mit Hilfe des weitreichenden Beteiligungsansatzes für türkischsprachige Bewohner/innen wird ein zentraler Beitrag zur Ganzheitlichkeit des integrierten Handlungskonzeptes geleistet, da Bewohnergruppen in die konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse im Stadtteil einbezogen wurden, deren Engagement bisher unterrepräsentiert war. Im Zuge der Umsetzung der vielfältigen Mikroprojekte wurde die Zusammenarbeit zwischen Bewohnern/innen, Vereinen, Gewerbetreibenden und Schulen verstärkt. Diese konkreten Verbesserungen kommen nicht nur den türkischsprachigen Bewohnern/innen, sondern dem gesamten Stadtteil zugute.

#### **Emine Başaran**

Dipl. Ing. Stadt- und Regionalplanung  
Quartiersmanagement Wrangelkiez  
Schlesische Str. 12  
10997 Berlin  
Fon: 03069515724  
Email: qm.wrangelkiez@berlin.de

## Teilnahmeliste

Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon, Email
Altunkaynak, Sükran	Quartiersmanagement Pankstraße Prinz-Eugen-Str. 1 13347 Berlin	Tel.: 030-74746347 saltunkaynak@list-gmbh.de
Antz, Eva-Maria	Stiftung Mitarbeit Bornheimer Str. 37 53111 Bonn	Tel.: 0228-6042416 antz@mitarbeit.de
Atalla, Dr. Awad	Marburger Islamischer Kulturverein Hadara e.V. Berliner Str. 11 35039 Marburg	christian.meineke @marburg-stadt.de
Avramenko, Dimitri	Internationaler Bund Kepler Str.23 19063 Schwerin	Tel.: 0385-208240 stadtteilbuero@web.de
Aydinlar, Recep	Quartiersmanagement Magdeburgerplatz Pohlstraße 91 10785 Berlin	Tel.: 030-23005023 info@ qm-magdeburgerplatz.de
Beisel, Petra	Stadtteilwerkstatt Kranichstein Grundstr. 21 64189 Darmstadt	Tel.: 06151-981233 stadtteilwerkstattkranichst ein@
Bleicher, Alena	QM Leipzig-Volkmarsdorf Konradstr. 60a 04315 Leipzig	Tel.: 0341-6888940 volkmarsdorf@gmx.de
Böhm, Bärbel	Bürgerbüro-Quartiersmangement Leipziger Str. 3 09113 Chemnitz	Tel.: 0371-3350520 buelei3@web.de
Buz, Sahabeddin	LH Hannover/ Jugendschutz Herrenstr. 11 30159 Hannover	Tel.: 0511-16844768 Sahabeddin.Buz @hannover-stadt.de
Fey, Tanja	Quartiersmanagement KAFgGmbH Friedrich-Wökler-Str. 22 34127 Kassel	Tel.: 0561-8619218 quartiersmanagementNordstadt @web.de
Frenzel, Regine	Stadtteilmanagement Sonnenstein Remscheider Str. 2a 01796 Pirna	regine.frenzel@pirna.de
Illert, Annett	Quartiersmanagement, Bürgerbüro Leipziger Straße 3 09113 Chemnitz	Tel.: 0371-3350520 buelei3@web.de
Kahle, Sylvia	Stiftung SPI, Quartiersmanagement Kott Reichenberger Str. 177 10999 Berlin	Tel.: 030-6123040 spi-qm-kottbusser-tor @t-online.de
Kemp, Peter	Stadt Hannover Ihmeplatz 5 304419 Hannover	Tel.: 051116841504 Peter.Kemp @Hannover-Stadt.de
Keskin, Yakup	Stadtteilbüro St.Georgen Stadtteilbüro St. Georgen 54 95448 Bayreuth	Tel.: 0921-1502240 soziale.stadt.bayreuth @t-online.de
Kinn, Ute	Soziala Stadt Stuttgart Kehreckweg 13 76275 Ettlingen	Tel.: 016090704595 ute.kinn@grips-ettlingen.de



Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon, Email
Lübke, Heinrich	Internationales Migrantenzentrum Paulstr. 4 45889 Gelsenkirchen	Tel.: 0209-6048318 alawoge@compuserve.de
Luig-Arlt, Helene L.	Büro f. Stadtteilmanagement Heuberg 5 24977 Langbollig	Tel.: 04636-977858 luig-arl@foni.net
Marko, Martina	Quartiersmanagement Sparrplatz Burgsdorfstr. 13a 13353 Berlin	Tel.: 030-46606190 qm-sparrplatz@t-online.de
Meier, Sarah	Quartiersmangement Celle-Neustadt Neustadt 63 29225 Celle	Tel.: 05141-901516 smeier@baubecon.de
Meineke, Christian	Magistrat der Stadt Marburg 35035 Marburg	Tel.: 06421-201126 christian.meineke @marburg-stadt.de
Müller, Ines	QM High-Deck-Siedlung Leo-Slezak-Str. 23 12057 Berlin	Tel.: 030-68059325 qm_high-deck- siedlung@gmx.de
Pauly, Sonja	Trägerverbund Heuberg e.V. Platz der deutschen Einheit 5 37269 Eschwege	Tel.: 05651-952564 stadtteilbueroheuberg @freenet.de
Posdeewa, Tatjana	Integrationszentrum e.V. (DOIZ) In der Badestube 7 35039 Marburg	christian.meineke @marburg-stadt.de
Quast, Isabel	Quartiersmanagement Leipzig Grünau Ploudiver Str. 40 04205 Leipzig	Tel.: 0341-4113494 quartiersmanagementwk7 @gmx.de
Riesinger, Anette	Caritas-Quartiersbüro Bahnhofstr. 17489 Greifswald	Tel.: 03834-7983112 a.riesinger @caritas-vorammern.de
Rochdy, Radouane	Interkulturelles Stadtteilzentrum Goethestr. 7 55118 Mainz	Tel.: 01613-678192 rochy-mainzer @coromail.com
Rölker, Susanne	Stadtteilbüro Westenheide Friesenstr. 33 59067 Hamm	Tel.: 02381-487897 s.roelke@ stadtteilbuero-westenheide.de
Schilf, Sabine	Stadt Neumünster; FD Stadtplanung Brachenfelder Str. 1-3 24534 Neumünster	Tel.: 04321-9422705 sabine.schilf @neumuenster.de
Schirmer, Matthias	QM Leipzig-Volkmarsdorf Konradstr. 60a 04315 Leipzig	Tel.: 0341-6888940 volkmarsdorf@gmx.de
Schrabeck, Rita	Wohnforum München gGmbH Osloerstrasse 10 München	bewohnertreff- widmannstrasse @wohnforum.net
Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina	Deutsches Institut f. Urbanistik Straße d. 17. Juni 110 10623 Berlin	Tel.: 030-39001234 schuleri-hartje@difu.de
Schwarzer, Thomas	Stadt Bottrop, Stadtteilbüro Boyer Markt 20 46240 Bottrop	Tel.: 02041-479284 stadtteilbuero@bottrop.de
Shahtout, Said	Sprecherrat Soziale Stadt Marburg- Richtsberg Am Richtsberg 78 35039 Marburg	christian.meineke @marburg-stadt.de

Name, Vorname	Institution, Adresse	Telefon, Email
Skowronneck, Agnes	Quartiersmanagement Mittelfeld Schweidnitzer Weg 4 30519 Hannover	Tel.: 0511-8602620 skowronneck @qm-mittelfeld.de
Spoerhase, Christian	Quartiersmanagement Leipzig WK8 Liliensteinstr. 1 04207 Leipzig	Tel.: 0341-9454776 qm-gruenau-wk8@web.de
Stell, Swetlana	AWO Bremen Bürgerm.-Reuter Str. 16 28327 Bremen	Tel.: 0421-43669292 swetlana.stell@gmx.de
Storck-Treudler, Erika	Projekt Grohn (Win) Bydolekstr. 5 28759 Bremen	Tel.: 0421-652860 projekt-grohn @nord-com.net
Stöver, Dirk	Quartiersmanagement Neue Vahr Wilhelm-Leyschner-Str. 27 28327 Bremen	Tel.: 0421-36119737 dirk.stoever @afsd.bremen.de
Strotmann, Daniel	Quartiersmangement Celle-Neustadt Neustadt 63 29225 Celle	Tel.: 05141-901516 dstrotmann@baubecon.de
Stützer, Katrin	Bürgerbüro Koordinatorin Leipziger Str. 3 09113 Chemnitz	Tel.: 0371-3350520 buelei3@web.de
Tempel, Marion	Quartiersmanagement Vicellinertel Vicellinerstr. 23 24534 Neumünster	Tel.: 04321-250225 quartiersmanagement @awo-neumuenster.de
Umar, Nükhet	Stadtteilbüro-Hattersheim Pregelstr. 1a 65795 Hattersheim	Tel.: 06190-935818 stadtteilbuero- hattersheim@web.de
Wenz, Anja	Sozial- und Jugendamt Freiburg Kaiser-Joseph Straße 143 79098 Freiburg	Tel.: 0761-2013920 Anja.Wenz@stadt.freiburg.de
Mögling, Tanja	Regionale Arbeitsstelle Halle Franckeplatz 1 06110 Halle	Tel.: 03456817826 moegling@dji.de
Wenzel, Igor	Stadtteil-Laden Katernberg Hanielstr. 33 45327 Essen	Tel.: 0201-370811 PGKaternberg@web.de
Wölfle, Daniel	Nachbarschaftsbüro Wollepark QM Am Wollepark 2 27749 Delmenhorst	Tel.: 04221-123985 quartiersmanager @hotmail.com
Zeitler, Elisabeth	Wohnforum München gGmbH Riemerstrasse 367 81829 München	Tel.: 089-89053657 bewohnertreff- widmannstrasse @wohnforum.net
Zeuss, Gerda	Stadtteilbüro St.Georgen Stadtteilbüro St. Georgen 54 95448 Bayreuth	Tel.: 0921-1502240 soziale.stadt.bayreuth @t-online.de
Zieger, Christian	Quartiersmanagement WK8 Leipzig, Grünau An der Verfassungslinde 4 04103 Leipzig	Tel.: 0177-3228282 Krischa_74@web.de

Zielgruppenkonferenz für Quartiersmanager/innen  
**Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen  
und -selbstorganisationen in stadtteilbezogene  
Handlungsstrategien**

# Konferenz

25. und 26. Mai 2005 in Berlin

Aufgrund von Zuwanderung, vor allem aber aufgrund generativer Effekte ist die Aufgabe der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine bedeutende strategische Zukunftsaufgabe, die zentral verantwortet, aber lokal gelöst werden muss. Migration ist kein zeitlich befristetes Phänomen und auch kein randständiges Thema bestimmter „Problemgruppen“, sondern berührt zahlreiche Politikfelder. Städtische Integrationspolitik muss als kommunale Querschnittsaufgabe angegangen werden und unterschiedliche Akteure einbinden.

Viele Migrantenorganisationen üben eine wichtige Integrationsfunktion aus und nehmen eine Vermittlerrolle zwischen den Zugewanderten und den deutschen Bewohnern/innen wahr. Auf kommunaler und lokaler Ebene gibt es immer mehr Beispiele erfolgreicher Kooperation von Verwaltungen, Bildungsträgern und Sozialer Arbeit mit Migrantenorganisationen, wie z. B. im Bildungs- und Ausbildungsbereich, im Bereich der Gesundheitsförderung oder der Sprachförderung. Darüber hinaus gilt die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Migranten/innen als eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Ziel der Konferenz ist es, stadtteilbezogene Integrationspolitik unter dem Aspekt der Einbeziehung von Migrantenorganisationen zu thematisieren und partizipativ ausgerichtete und nachhaltig wirkende Beispiele von Integrationspraxis vorzustellen. Zentrale Fragestellungen der Konferenz betreffen Konzepte und Formen der Vernetzung von Organisationen der Migranten/innen mit der Kommunalverwaltung und den sozialen Diensten. Im Focus stehen Strategien eines interkulturellen Quartiersmanagements, die sicherstellen, dass Integrationspolitiken nicht „für“ sondern „mit“ Migranten/innen erfolgen und Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen einbinden.

In vertiefenden Arbeitsgruppen werden am Beispiel bestehender Integrationspraxis gemeinsam Handlungsempfehlungen entwickelt und erfolgreiche Strategien zur systematischen Einbindung von Migrantenvereinen und -selbstorganisationen in die Stadtteilarbeit diskutiert.

**Termin:**

25. und 26. Mai 2005

**Veranstaltungsort:**

Centre Français de Berlin  
Müllerstr. 74  
13349 Berlin

**Verkehrsanbindung:**

U-Bhf. Rehberge, U-Bahn-Linie 6

**Organisatorische Rückfragen:**

MNS – PR und Events  
Frau Astrid Nelke-Mayenknecht  
Tel: 030. 53 65 58 60  
Fax: 030. 703 26 68  
Email: mail@mns-events.de



**Mittwoch 25. Mai 2005**

- 13.30** Öffnung des Tagungsbüros
- 14.30 Begrüßung**  
Hartmut Brocke, Stiftung SPI
- 14.45 Integration von jungen Migranten und Migrantinnen, gemeinsame Handlungsfelder von Jugendmigrationsdiensten und Quartiersmanagern/innen**  
Angelika von Heinz, Referat Integration, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn
- 15.15 Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik**  
Claudia Walther, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- 16.00 Migrantenorganisationen unter Berücksichtigung ihres Integrationspotentials**  
Dr. Uwe Hunger, Universität Münster
- 16.45** Pause
- 17.15 Einbindung von Migranten/innen und Migrantenorganisationen in operative Projekte der Stadt Frankfurt**  
Helga Nagel, Amt für multikulturelle Angelegenheiten Frankfurt
- 18.00 Partizipation von Migranten/innen und Migrantenvereinen im Stadtteil**  
Alp Otman, Interkulturelles Büro Darmstadt
- 18.45 Migrantenvereine und -selbstorganisationen als Partner für das Berufliche Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten (BQN) in Essen**  
Ina Wolbeck, BQN Essen
- 19.30** Abendessen

**Donnerstag 26. Mai 2005**

- 9.30 Strategien eines interkulturellen Quartiersmanagements**  
Prof. Dr. Dieter Filsinger, Katholische Hochschule für Soziale Arbeit, Saarbrücken
- 10.15 Beginn der Arbeitsgruppen Teil I**  
Beispiele aus dem Quartiersmanagement
- AG 1 | Zusammenarbeit mit Moscheevereinen**  
Reinhard Fischer, Quartiersmanagement Soldiner Straße, Berlin  
*Moderation: Rainer Schwarz, Regiestelle E&C*
- AG 2 | Wohnen in Nachbarschaften – Projektentwicklung mit Migranten/innen**  
Heike Binne, Quartiersmanagement Bremen Lüssum  
*Moderation: Antje Klemm, Regiestelle E&C*
- AG 3 | Imageverbesserung, Sauberkeit und Sicherheit im Stadtteil! Gemeinsame Interessen als Grundlage und „kleinster“ gemeinsamer Nenner für eine erfolgreiche Stadtteilarbeit.**  
Mike Ndambuki, Quartiersmanagement Borsigplatz, Dortmund  
*Moderation: Petra Dinkelacker, Regiestelle E&C*
- AG 4 | „Imece“ – Beteiligungs- und Aktivierungsverfahren türkischsprachiger Bewohner/innen**  
Emine Basaran, Quartiersmanagement Wrangelkiez, Berlin  
*Moderation: Andreas Hemme, Regiestelle E&C*
- 11.45** Pause
- 12.15 Beginn der Arbeitsgruppen Teil II**  
Zweiter Durchlauf der o.g. Arbeitsgruppen mit neuer Teilnehmer/innen-Zusammensetzung
- 13.45 Resümee und Ausblick**
- 14.00** Imbiss
- Ende der Veranstaltung